



# 2017 Integrationskonzept des Kreises Steinfurt

## Inhalt

3	Vorwort
4	Akronyme
<b>5</b>	<b>Grundsätze der Integrationsarbeit im Kreis Steinfurt</b>
6	Regionale Vielfalt und Unterschiede der Integrationsarbeit im Kreis Steinfurt
<b>8</b>	<b>Das Kommunale Integrationszentrum Kreis Steinfurt</b>
<b>9</b>	<b>Der Weg zum Integrationskonzept</b>
<b>11</b>	<b>Ziele und Maßnahmen der Integration im Kreis Steinfurt</b>
11	Rahmenbedingungen der Ziele und Maßnahmen
12	Übergeordnete Ziele und Maßnahmen
12	Aufbau der Darstellung einzelner Handlungsfelder
13	Handlungsfeld Frühkindliche Bildung und Familie
20	Handlungsfeld Schulische Bildung
30	Handlungsfeld Arbeit und Wirtschaft
37	Handlungsfeld Partizipation und Ehrenamt
47	Handlungsfeld Kultur und Freizeit
53	Handlungsfeld Sport
<b>56</b>	<b>Weitere künftig stärker zu entwickelnde Handlungsfelder</b>
56	Wohnen und Wohnumfeld-Integration
56	Kultursensible Pflege
<b>57</b>	<b>Ausblick</b>
<b>58</b>	<b>Anhang</b>
58	Pressebericht
59	Auftaktkonzept Integration im Kreis Steinfurt (2016)
<b>135</b>	<b>Impressum</b>

## Vorwort

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
liebe Leserinnen und Leser,

unsere Gesellschaft im Kreis Steinfurt ist in den vergangenen Jahrzehnten bunter geworden. Unsere Biografien sind sehr vielfältig, und einige von uns haben ihre Wurzeln in anderen Ländern: 76 000 Menschen im Kreis Steinfurt haben eine Zuwanderungsgeschichte, das ist etwa jede sechste Bürgerin bzw. jeder sechster Bürger. 38 500 von ihnen sind Ausländer – Menschen also, die keinen deutschen Pass haben. Etwa 15 000 von ihnen kommen aus EU-Ländern, 23 500 aus sogenannten „Drittstaaten“.



Bereits heute kommt etwa jedes fünfte Kind, das eine Kindertageseinrichtung besucht, aus einer Familie mit Zuwanderungsgeschichte. Damit wird deutlich, dass Integration im Kreis Steinfurt längst eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe geworden ist, die uns alle angeht.

Die Gründe, weshalb die Frauen, Männer und Kinder in den vergangenen Jahren oder sogar Jahrzehnten ihre Heimat verlassen haben und zu uns gekommen sind, sind ebenso unterschiedlich wie ihr gesellschaftlicher, kultureller und religiöser Hintergrund. Nicht nur, aber vor allem auch deshalb war die Aufnahme zugewanderter Menschen in unsere Gesellschaft schon immer ein komplexer Prozess – der, blicken wir zurück, in vielen Bereichen richtig gut gelungen ist.

Als Kreisverwaltung haben wir unser Integrationsverständnis bereits in einem Auftaktkonzept mit dem Titel „Ziele, Wege, Chancen. Integration im Kreis Steinfurt“ definiert. Wir wollen allen Menschen, die dauerhaft bei uns leben können, die gleichen Chancen an gesellschaftlicher Teilhabe und somit auch gesellschaftlicher Integration ermöglichen, unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder persönlicher und wirtschaftlichen Situation.

Das Integrationskonzept des Kreises Steinfurt trägt diesem Gedanken Rechnung und richtet den Blick hinaus aus der Kreisverwaltung in die Integrationsarbeit vor Ort. Es wurde unter breiter Beteiligung von politischen Parteien, Wohlfahrtsverbänden, Schulen, Bildungseinrichtungen, Bildungsträgern, Beratungsdiensten, Behörden, kommunalen Vertreterinnen und Vertretern der Städte und Gemeinden und vielen haupt- sowie ehrenamtlichen Akteuren der Integrationsarbeit erarbeitet. Es bietet einen Orientierungsrahmen für die gemeinsame und vernetzte Zusammenarbeit und kann als „Handwerkskasten“ dienen, an dem sich die jeweiligen Akteure vor Ort entsprechend den lokalen Bedarfen bedienen können.

Wir alle haben ein gemeinsames Ziel, ein friedliches und auf Toleranz basierendes Zusammenleben aller Menschen im Kreis Steinfurt.

Für die engagierte und konstruktive Mitarbeit möchte ich mich ausdrücklich bei allen Beteiligten bedanken!

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Dr. Klaus Effing | Landrat

## Akronyme

<b>DaF</b>	Deutsch als Fremdsprache
<b>DaZ</b>	Deutsch als Zweitsprache / Zielsprache
<b>IQ</b>	Netzwerk Integration durch Qualifizierung
<b>KAoA</b>	Kein Abschluss ohne Anschluss
<b>KeKiz</b>	Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor (Modellvorhaben)
<b>KI</b>	Kommunales Integrationszentrum
<b>OGS</b>	Offene Ganztagschule
<b>ÖPNV</b>	Öffentlicher Personennahverkehr
<b>RBN</b>	Regionales Bildungsnetzwerk
<b>SMART</b>	spezifisch – messbar – aktionsorientiert – realistisch – terminiert

## Grundsätze der Integrationsarbeit im Kreis Steinfurt

Die Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte ist eine der großen sozialen und politischen Herausforderungen unserer Zeit. Sie ergibt sich nicht nur aus den weltgeschichtlichen Gegebenheiten von transnationaler Flucht und Migration, sondern auch aus den strukturellen demographischen Veränderungsprozessen in Deutschland, die mit ihren geringen Geburtenraten, ihrem Rückgang in den „erwerbsfähigen“ Alterskohorten und ihrer dramatischen Überalterung nur schlaglichtartig betrachtet werden können. Jenseits aller weltgeschichtlichen Erfordernisse ist klar: Die Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte kann auch in Deutschland als Chance begriffen werden, um solchen Veränderungstendenzen mittelfristig zu begegnen.

Gleichzeitig ist Integration als Eingliederung von Menschen, die aus anderen Regionen der Erde und anderen Lebensumständen kommen, eine herausfordernde und verantwortungsvolle Aufgabe. Dabei liegt ein wesentlicher Teil des unmittelbaren Handlungsdrucks, der sich im Feld der Integrationsarbeit jetzt und in einer mittel- bis langfristigen Zukunft ergibt, auf den Schultern der kommunalen Akteurinnen und Akteure. Es sind die Menschen vor Ort, in den Kreisen und Gemeinden, die die unmittelbare Arbeit leisten. Auf kommunaler Ebene und in den Quartieren und Nachbarschaften entstehen die wichtigen Strukturen und Netzwerke, die Menschen mit Migrationsgeschichte aufnehmen, annehmen und ihnen die Pfade und Werkzeuge für eine langfristig angelegte Integration zur Verfügung stellen.

Die Zusammenführung von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Weltanschauung und Religion ist eine Querschnittsaufgabe: Sie spielt in allen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Handlungsbereichen eine Rolle. Das bedeutet auch, dass sie nicht im „luftleeren Raum“ stattfindet: Alle Angebote und Maßnahmen zur Integration gründen selbstverständlich auf dem bestehenden Rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland und auf den im Grundgesetz verankerten Werten. Diese bilden daher auch im Kreis Steinfurt den unverhandelbaren Rahmen, innerhalb dessen sich die konkrete Integrationsarbeit bewegt und entfaltet.

Vor diesem Hintergrund formulierte der Kreis Steinfurt bereits in einem Auftaktkonzept aus dem Jahr 2016 (vgl. Anlage zu diesem Konzept) sein Integrationsverständnis.

### Zentrale Punkte sind:

- (1) Die Werte des Grundgesetzes sind nicht verhandelbar und müssen von allen Menschen respektiert und zur Grundlage des eigenen Handelns gemacht werden.
- (2) Ziel ist ein friedliches und von Toleranz geprägtes Zusammenleben aller Menschen, wofür es einer Haltung der Offenheit und der Akzeptanz unterschiedlicher Lebensentwürfe und des Überwindens von Schubladendenken bedarf.
- (3) Der soziale Frieden wird als Voraussetzung dafür angesehen, dass sich alle Menschen vor Ort angenommen und sicher fühlen. Der Abbau von sozialen und gesellschaftlichen Chanceungleichheiten spielt entsprechend auch für die Frage der Integration eine wichtige Rolle.

### Regionale Vielfalt und Unterschiede der Integrationsarbeit im Kreis Steinfurt

Auf der Grundlage dieser allgemeinen Rahmenbedingungen spielen für die Frage der Integration und ihre politische und soziale Umsetzung regionale und lokale Besonderheiten eine entscheidende Rolle. Gerade weil es die Kommunen sind, die hier einen erheblichen Teil der konkreten Umsetzungsarbeit leisten, und weil es die Menschen vor Ort sind, bei denen die Zuwanderinnen und Zuwanderer „ankommen“, können Konzepte zur Integration nur dann erfolgreich sein, wenn sie die lokalregionalen Rahmenbedingungen angemessen berücksichtigen. Dabei sind nicht nur großräumige Unterschiede relevant (z.B. zwischen Bundesländern), sondern vielmehr strukturelle Verschiedenheiten innerhalb der Bundesländer auf der regionalen Ebene. Es macht einen Unterschied, ob Integration im Rahmen einer kreisfreien Stadt organisiert wird oder ob sie sich in der politisch und administrativ deutlich vielfältiger angelegten Organisationsstruktur eines Kreises mit einer Vielzahl von Gemeinden entfalten soll. Dies zeigt sich am Kreis Steinfurt in besonderer Weise. Seine 24 Städte und Gemeinden sind durch eine große strukturelle Differenzierung gekennzeichnet, die sich nicht nur in der starken Spannbreite der Einwohnerzahlen zwischen der größten Stadt Rheine (74.852 Einwohner) und dem kleinsten Ort Horstmar (6.447 Einwohner)<sup>1</sup> ausdrückt, sondern tieferliegend in erheblichen Unterschieden bezüglich der ökonomischen, finanziellen und sozialen Strukturmerkmalen der Kommunen.

Diese Ausgangssituation führt im Kreis Steinfurt nicht nur zu unterschiedlichen Anteilen von Menschen mit Migrationsgeschichte in den Städten und Gemeinden, sie hat in der Vergangenheit auch dazu geführt, dass die Kommunen ein unterschiedliches Maß an integrationsbezogenen Strukturen, Konzepten und Maßnahmen ausgebildet haben, insbesondere vor dem Hintergrund selektiv erhöhter Zuwanderungszahlen und der besonderen Erfordernisse der Flüchtlingsbewegung. Ähnliches gilt für die sektoral für diese Fragen in der Fachadministration im Kreis Steinfurt Zuständigen (z. B. Schulamt, Sozialamt, Jobcenter, Arbeitsagentur, etc.) sowie für die Einrichtungen des Sports und die vielfältigen ehrenamtlichen Initiativen der Zivilgesellschaft.

Diese Binnendifferenzierung ist sowohl für die inhaltliche Struktur und Funktion eines Integrationskonzeptes auf Kreisebene als auch für die spezifische Aufgabendimensionierung und die mit den bereits bestehenden Strukturen kompatible Einbettung des Kommunalen Integrationszentrums (KI) des Kreises von grundsätzlicher Bedeutung. Ein Integrationskonzept des Kreises kann im Sinne einer „Startlinie“ die vorhandenen Disparitäten und die spezifische regionale Struktur, Aufgaben- und Arbeitsteilung berücksichtigen. Gleichzeitig kann es einen Rahmen bieten, der so offen gehalten ist, dass sich in ihm die diversen Integrationsstrukturen und -geschwindigkeiten der Kommunen wiederfinden und mit einem sensiblen Gefühl für diese Unterschiede zukunftsgerichtet weiterentwickeln lassen.

---

<sup>1</sup> Stand der Einwohnerdaten: Dezember 2015,

Quelle: Information und Technik Nordrhein-Westfalen, Fortschreibung auf Basis des Zensus 2011.

Vor diesem Hintergrund haben sich die am Prozess beteiligten Akteurinnen und Akteure der Integrationsarbeit dafür entschieden, ein eher umfassend angelegtes Integrationskonzept des Kreises Steinfurt zu erarbeiten, das als Dach die Umsetzung jeweils spezifischer Maßnahmen für unterschiedliche Problembereiche und/oder Kommunen mit verschiedenen „Integrationsprofilen“ ermöglicht.

Die Entscheidung für ein breit und offen angelegtes Konzept macht es erforderlich, auf der Ebene der Ziele allgemeiner zu bleiben (vgl. Ziele und Maßnahmen der Integration im Kreis Steinfurt), gleichzeitig aber auf der Ebene der Integrationsmaßnahmen neben allgemeinen Strategien und Maßnahmen auch spezifische, konkrete auf die Anforderungen und Wünsche einzelner Kommunen oder Institutionen bezogene Maßnahmen zu entwerfen.

Das breit angelegte Konzept mag den Nachteil haben, dass es eine kurzfristige konkrete Steuerung von Integrationsstrukturen nicht in aller Kleinschrittigkeit unterstützt (wie dies beispielsweise Smart-Ziele<sup>2</sup> tun). Es hat aber, da es sich hier um das erstmals entwickelte Integrationskonzept auf Kreis-ebene handelt, den großen Vorteil, in diesem breiteren Rahmen unterschiedliche Wege, Strategien und Maßnahmen erproben zu können, die nach zwei bis drei Jahren in eine erste Evaluierung und Re-Formulierung des Integrationskonzeptes münden sollen.

Anhand dieser Grundzüge wird klar, dass dieses Integrationskonzept in erster Linie einen orientierenden, nicht aber einen vorschreibenden Charakter hat. Dies gilt sowohl bezogen auf die einzelnen Gemeinden des Kreises und deren teilweise bereits weit entwickelten Integrationsansätze als auch bezogen auf die bei der Kreisverwaltung mit Integrationsaufgaben betrauten Dienststellen. Für sie alle kann das Konzept einen Orientierungsrahmen für die gemeinsame vernetzte Zusammenarbeit oder einen „Werkzeugkasten“ bieten, der den Akteurinnen und Akteuren der Integrationsarbeit unterschiedliche Möglichkeiten entsprechend ihrer jeweiligen Bedürfnisse offeriert (vgl. Abbildung 1).



Abbildung 1: Integrationskonzept als Orientierungsrahmen und Werkzeugkasten.

<sup>2</sup> SMART = spezifisch, messbar, aktionsorientiert, realistisch, terminiert.

## Das Kommunale Integrationszentrum Kreis Steinfurt

Aufbauend auf den zuvor formulierten Rahmenbedingungen und Grundsätzen der Integrationsarbeit im Kreis Steinfurt nimmt das Kommunale Integrationszentrum neben den bereits bestehenden Initiativen, Akteurinnen und Akteuren sowie Projekten in den einzelnen Kommunen seine spezifische Rolle ein.

Dabei ist eine der zentralen Aufgaben des KI, sich konsensorientiert und angebotsbezogen in die differenzierte „Integrationslandschaft“ des Kreises Steinfurt und dessen sehr unterschiedlich aufgestellte Städte und Gemeinden einzugliedern, um Akzeptanz bei den Akteurinnen und Akteuren der Integrationsarbeit zu schaffen und erfolgreich arbeiten zu können. Hierfür gilt es einerseits, die Schnittstellenfunktion des KI zu den Landesinitiativen sowie die zweckbezogene Fördermittelakquise im Auge zu behalten. Andererseits geht es aber – wie die zahlreichen und produktiven Anregungen in den Workshops der Auftaktveranstaltung von Mitgliedern aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft gezeigt haben – auch darum, die konkreten Erfordernisse und Anforderungsprofile in der Integrationsarbeit vor Ort nachhaltig maßnahmenbezogen zu unterstützen und zu ergänzen.

Es wird deutlich, dass der im Integrationskonzept verabschiedete Ziele- und Maßnahmenkatalog breiter aufgestellt ist, als es die konkrete Arbeit des KI in den kommenden Jahren sein kann. In dieser Hinsicht ist es erforderlich, dass das KI in Abstimmung mit den verschiedenen Partnerinnen und Partnern aus den Gemeinden, der Kreisverwaltung, den freien Trägern und dem Ehrenamt passende Ziele und Maßnahmen unterschiedlicher Reichweite auswählt. Dabei müssen auch die Möglichkeit zur Fördermittelakquise, die finanziellen Spielräume des Kreises und seiner Kommunen sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen mitbedacht werden.

Insgesamt soll es folglich darum gehen, in einer sinnvollen Abstimmung mit vorhandenen Angeboten Parallelstrukturen zu vermeiden und Synergieeffekte zu schaffen und zu nutzen. In diesem Sinne kann es hilfreich sein, die vorhandenen Initiativen, Konzepte und Maßnahmen durch Netzwerkarbeit zu unterstützen und dadurch den Informationsaustausch sowie das konstruktive Miteinander zu fördern. Gerade durch eine binnendifferenzierte und auf Kooperation ausgerichtete Rolle kann das KI als neue Struktur in den vorhandenen Netzwerken Vertrauen bei den Akteurinnen und Akteuren der Integrationsarbeit aufbauen und im Sinne der großen gemeinsamen Aufgabe seine Rolle finden und erfolgreich sein.



## Der Weg zum Integrationskonzept

Die Überlegungen des Kreises Steinfurt zum Aufbau eines Integrationskonzeptes reihen sich ein in eine Vielzahl ähnlicher Initiativen auf kommunaler Ebene nicht nur in NRW. Sie alle reflektieren darüber, was sinnvolle Ziele, Strategien und Maßnahmen sind, um die Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte gelingen zu lassen. Nach internen Vorarbeiten im Jahr 2015 hat der Kreistag 2016 in einem Auftaktkonzept sein Integrationsverständnis formuliert, das seitdem als politische Willensbekundung eine wichtige Basis für die Konkretisierung der Integrationsarbeit der Kreisverwaltung in den kommenden Jahren bietet.

Zur inhaltlichen Erweiterung und Operationalisierung luden der Landrat des Kreises Steinfurt, Dr. Klaus Effing, und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kommunalen Integrationszentrums im nächsten Schritt im Januar 2017 zu einer eintägigen Fachtagung ins Kreishaus ein. Ziel war es, gemeinsam mit rund 150 Akteurinnen und Akteuren aus unterschiedlichen Segmenten der Politik, Verwaltung, freien Trägerschaft und der Bürgerschaft die Herausforderungen, Ziele und Maßnahmenvorschläge für ein Integrationskonzept des Kreises Steinfurt zu erarbeiten, in das sich auch das Kommunale Integrationszentrum des Kreises (KI) mit einem spezifischen Aufgabenprofil eingliedern kann.

Inhaltlich konzentrierte sich die Arbeit auf die Diskussion von verschiedenen Handlungsfeldern, die in der Integrationsarbeit zentral sind und auch im Auftaktkonzept des Kreises als entsprechend wichtige Dimensionen genannt wurden: (1) Frühkindliche Bildung und Familie, (2) Schulische Bildung, (3) Arbeit und Wirtschaft, (4) Partizipation und Ehrenamt, (5) Kultur und Freizeit sowie (6) Sport. In all diesen Bereichen bilden die übergeordneten und unverzichtbaren Aspekte der Förderung der Sprache und der Gesundheit als Querschnittsthemen eine zentrale Rolle.

Um den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Workshops ein effektives und zielorientiertes Arbeiten zu ermöglichen, hatte das Moderationsteam (Leitung Prof. Dr. Paul Reuber, Imme Lindemann, M.Sc., Institut für Geographie der Universität Münster) im Vorfeld Best-Practice-Beispiele aus bestehenden Integrationskonzepten sowie landes- und bundesweiten Förderprogrammen zusammengetragen, um einen Input für die Diskussion und Entwicklung der eigenen Ziele und Handlungsfelder des Kreises Steinfurt zur Verfügung zu stellen (vgl. Abbildung 2).



Abbildung 2: Vorstrukturierter Input zur Erarbeitung von Zielen und Maßnahmen.

Die Diskussionen fanden in arbeitsteiligen handlungsfeldbezogenen Workshops statt. Dabei ging es sowohl um Ziele als auch um Maßnahmenvorschläge sehr unterschiedlicher Reichweite. Letztere wurden von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern mit Blick auf die kommenden zwei Jahre priorisiert.

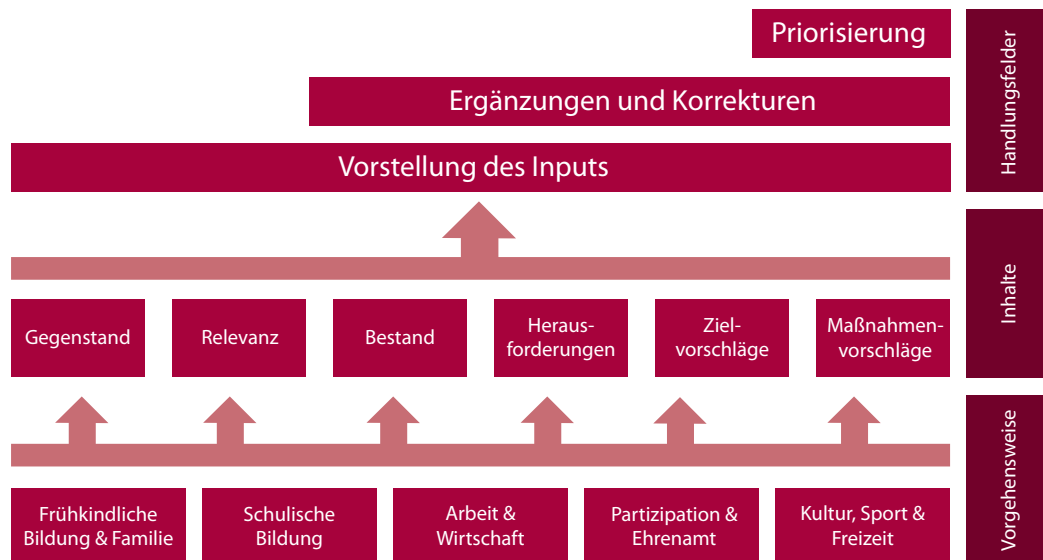


Abbildung 3: Arbeitsweise in den Workshops.

Die erarbeiteten Ergebnisse wurden im Rahmen der 15. Fachkonferenz „Zuwanderung, Aufenthalt und Integration“ vorgestellt und von den rund 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Politik, Verwaltung, Trägerschaft und Initiativen noch einmal gesichtet und mit letzten Feinjustierungen überarbeitet. Unter Berücksichtigung der Anmerkungen erstellte das Moderatorenteam die endgültige Fassung des Integrationskonzeptes und übergab diese an das KI und die politischen Gremien zur Abstimmung.



Abbildung 4: Abschlussplenum, Fachtagung Januar 2017 (Foto: Kreis Steinfurt).

## Ziele und Maßnahmen der Integration im Kreis Steinfurt

Ziele und Maßnahmen gehören neben einer Ermittlung von Bestand und Herausforderungen zu den zentralen Eckpfeilern eines Integrationskonzeptes. Sie bauen auf dem Integrationsverständnis des Kreises Steinfurt auf (vgl. Grundsätze der Integrationsarbeit im Kreis Steinfurt) und beziehen sich auf die vor Ort identifizierten und vom Kreistag beschlossenen Handlungsfelder, die im Auftaktkonzept Integration für die kommenden Jahre ausgewiesen worden sind. Die Ziele sind im Integrationsalltag vielfältig miteinander vernetzt und spiegeln sich im Maßnahmenkatalog wider.

### Rahmenbedingungen der Ziele und Maßnahmen

Grundsätzlich können Ziele und Maßnahmen im Feld kommunaler Politik und Planung auf sehr unterschiedlichen Ebenen ansetzen: Sie können von eher allgemein gehaltenen, übergreifend-strategisch angelegten Generalzielen bis hin zu sehr fein ausdifferenzierten Zielsystemen reichen, die eng auf bestimmte Maßnahmen oder Problemstellungen zugeschnitten sind. Bei der Formulierung von Zielen und Maßnahmen wird im vorliegenden Integrationskonzept eine gemischte Herangehensweise gewählt: Sowohl auf der Ziel- als auch auf der Maßnahmenebene wurden in den Handlungsfeldern Vorschläge unterschiedlicher Reichweite und Spezifität eingebracht. Einige Ziele und Maßnahmen sind aufgrund ihres unterschiedlichen Grades der Konkretisierung und inhaltlichen Bezuges teilweise überlappend, da sie in getrennten Workshops erarbeitet wurden. Sie sind in dieser Form dennoch allesamt in das Konzept eingeflossen, um die Ideen und Impulse der beteiligten Akteurinnen und Akteure in ihrer Vielfalt angemessen abzubilden. Viele der genannten Ziele und Maßnahmen weisen sinnvoller Weise breite Gemeinsamkeiten mit bereits bestehenden Integrationsleitlinien und -konzepten von Bezirks- und Landesregierung, Kommunen und anderen Akteurinnen und Akteuren der Integrationsarbeit im Kreis Steinfurt auf und können die Basis für konstruktive Vernetzung und Zusammenarbeit bilden.

Dass die Akteurinnen und Akteure für das kreisbezogene Integrationskonzept mit Zielen unterschiedlicher Reichweite operieren, erscheint sinnvoll, denn die gemeindeübergreifende Integrationsarbeit befindet sich im Kreis Steinfurt in einer Aufbauphase. Und auch weil der Kreis sehr heterogen ist, weil die Gemeinden des Kreises vor dem Hintergrund differenzierter Problemlagen unterschiedlich weit in der Formulierung, Institutionalisierung und Umsetzung ihrer Integrationsansätze vorangeschritten sind, erscheint es angemessen und realistisch, diese unterschiedlichen Geschwindigkeiten und Erfordernisse in Form eines eher breit angelegten Ziel- und Maßnahmenkataloges abzubilden.

Dies hat den Vorteil, dass unterschiedliche Erfahrungen, Erwartungen und Ansprüche, die aus den Kommunen und den mit Integration betrauten Behörden des Kreises sowie von den freien Trägern und den ehrenamtlich Tätigen in den Integrationsprozess hineingetragen werden, ihre jeweiligen Andockpunkte an diesem Integrationskonzept finden können. Es hat zudem den Vorteil, dass aus einem eher empfehlend wirkenden Zielkatalog unterschiedliche Geschwindigkeiten und Detailgrade der Integrationsarbeit ableitbar sind, die die real recht verschieden gelagerten Integrationslagen und -bedarfe der Kommunen ernst nehmen und ihnen Rechnung tragen. Dieselbe Vielfalt spiegelt sich auch auf der Ebene der Maßnahmen wider. Hier reichen die Vorschläge von eher allgemeinen Maßnahmenbündeln, die in den kommenden Jahren konzeptualisiert und spezifiziert werden müssen, bis zu sehr konkreten Einzelmaßnahmen, die sich in manchen Gemeinden bereits in einer erfolgreichen Erprobungs- und Umsetzungsphase befinden (vgl. den Grad der Spezifizierung in den entsprechenden Tabellen der Handlungsfelder).

Es sind genau die Vielfalt und die unterschiedliche Reichweite von Zielen und Maßnahmen, die für die Weiterentwicklung dieses Integrationskonzeptes des Kreises Steinfurt in den kommenden Jahren Chancen der Erfahrungssammlung, des Austausches und der nachjustierenden Steuerung bieten. Sie haben – wie oben bereits angesprochen – für die nahe Zukunft nicht in erster Linie vorschreibenden, sondern vor allem einen auf Empfehlung, auf Exploration und auf Innovation ausgelegten Charakter.

Die in diesem Konzept aufgelisteten, von den Akteurinnen und Akteuren aus sehr unterschiedlichen formellen und informellen Bereichen der Integrationsarbeit eingebrachten Ziel- und Maßnahmenvorschläge stellen eine erste und zweifellos ambitionierte Sammlung möglicher und sehr vielfältiger Vorschläge dar, wie es in den Handlungsfeldern in den kommenden Jahren konkret weitergehen kann. Die Ziele und Maßnahmen sind sicherlich breiter als der finanzielle und zeitliche Rahmen des konkret Machbaren. Sie sind somit eher als „Werkzeugkasten“ zu verstehen, aus dem man je nach Problemlage und zeitlichen Veränderungen bezüglich der Herkunft und der Integrationsbedarfe zuwandernder Menschen passende Optionen herausgreifen kann. Welche Pfade sich davon im Einzelnen tatsächlich realisieren lassen (und welche möglicherweise auch nicht), welche zügiger und welche zeitlich verzögert angegangen werden können, hängt nicht nur vom guten Willen aller am Integrationsprozess beteiligten Akteurinnen und Akteure im Kreis Steinfurt ab, sondern auch von den inhaltlichen Dimensionen der Förderrahmenbedingungen des Landes und des Bundes sowie von deren finanziellem Umfang. Insofern haben vor allem Teile der allgemeinen, strategischen Ziele dieses Konzeptes auch einen Aufforderungscharakter an die übergeordnete Politik, in den nächsten Jahren entsprechende Mittel für die Umsetzung bereitzustellen und die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

### Übergeordnete Ziele und Maßnahmen

Die Diskussionen in den Workshops der Fachtagung und der Fachkonferenz haben deutlich gemacht, dass einige Ziele und Maßnahmen einen übergeordneten Charakter aufweisen und sich nicht allein einem spezifischen Handlungsfeld zuordnen lassen. Was hierbei von verschiedenen Institutionen und Trägern immer wieder als besonderes wichtig betont wurde, ist eine möglichst lückenlosen Zeitschiene bei unterschiedlichen, aufeinander folgenden Integrationsmaßnahmen. Dies trägt dazu bei, Zeiten des „Leerlaufes“ und des Stillstandes zu vermeiden und somit die Integration „im Fluss“ zu halten und damit auch die zuwandernden Menschen in ihren eigenen Integrationsanstrengungen zu unterstützen und zu motivieren.

Ein weiteres für viele Handlungsfelder wichtiges Ziel ist die Verbesserung der lokalregionalen Mobilität von Menschen mit Migrationsgeschichte. Die gute Erreichbarkeit der im Kreis verteilten Angebote bildet die Grundvoraussetzung für die Teilhabe und sollte als Querschnittsthema in jedem Feld berücksichtigt werden.

### Aufbau der Darstellung einzelner Handlungsfelder

Die Darstellung der nachfolgenden Handlungsfelder folgt einem einheitlichen Aufbau. Zu Beginn werden die zentralen Aspekte des jeweiligen Handlungsfeldes aufgezeigt und Rahmenbedingungen und spezifische Herausforderungen hervorgehoben. Im Anschluss wird schlaglichtartig ein (exemplarischer) Überblick über bestehende Initiativen, Einrichtungen, Angebote und Akteurinnen und Akteure der handlungsfeldbezogenen Integrationsarbeit gegeben. Das inhaltliche Kernstück der Darstellung bilden dann die Ziele und Maßnahmenvorschläge. Anzumerken ist, dass diese vorgeschlagenen Maßnahmen nicht automatisch mit einer unmittelbaren bzw. mittelbaren Umsetzung verknüpft sind. Sie dienen als Orientierungshilfe in welchen Bereichen bereits konkreter Handlungsbedarf benannt werden kann. Des Weiteren ist eine bedarfsorientierte Arbeit im Bereich der Integration unabdingbar, so dass diese Maßnahmenvorschläge grundsätzlich nicht den Anspruch auf Vollständigkeit haben und in der nächsten Zeit kontinuierlich weiterentwickelt werden können. Die verschiedenen Maßnahmenvorschläge werden je Handlungsfeld in spezifischere Unterfelder (Feld 1 - Feld x) eingeteilt. Die farbigen Markierungen geben die Priorisierung der Maßnahmenvorschläge durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Workshops wieder (dunkelgrün:  $\geq 10$  Nennungen, hellgrün:  $\geq 5$  Nennungen, gelb:  $< 5$  Nennungen), der Grad der Spezifizierung gibt Auskunft über die Reichweite des Vorschlages.

## Handlungsfeld Frühkindliche Bildung und Familie

### Relevanz des Handlungsfeldes, Akteurinnen, Akteure und Themen

Das Handlungsfeld Frühkindliche Bildung und Familie bildet eine der zentralen Säulen der Integrationsarbeit im Kreis Steinfurt. Zu kaum einem anderen Zeitpunkt sind Kinder so wissbegierig und lernfähig wie in den ersten Lebensjahren. Die Frühkindliche Bildung ist deshalb der Startpunkt einer lebenslangen Bildungsbiographie und einer erfolgreichen Integration. Die vorschulische Förderung von Sprache sowie der frühzeitige Kontakt mit der aufnehmenden Gesellschaft ermöglichen und erleichtern eine Integration von Beginn an. Gleichzeitig können über die Frühkindliche Bildung die gesamte Familie angesprochen und insbesondere die Eltern aktiviert werden. Speziell auf Mütter ausgerichtete Angebote können dazu beitragen, diese Zielgruppe anzusprechen und in die Gesellschaft zu integrieren. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen zudem, dass lebenslang wirksame soziale Netzwerke vor allem in sozialen Infrastruktureinrichtungen wie Kitas, Horten und Vereinen entstehen und auf diese Weise einen wichtigen Beitrag zur gelingenden Integration leisten.

Das Handlungsfeld Frühkindliche Bildung und Familie nimmt im Kreis Steinfurt mehrere Zielgruppen in den Blick. Die Maßnahmen beziehen sich einerseits auf Kinder mit Migrationsgeschichte (von Geburt an bis zur Einschulung) und deren Eltern, insbesondere auf die Mütter, andererseits werden gleichzeitig die Erzieherinnen und Erzieher, Akteurinnen und Akteure, die mit diesen Kindern und Eltern in vielfältigen Aufgaben- und Verantwortungsrollen arbeiten, in den Fokus gerückt. Darüber hinaus werden wichtige Institutionen und Einrichtungen wie Kitas, Grundschulen, Familienzentren und -bildungsstätten sowie Begegnungsstätten als Orte für Integrationsförderung im Handlungsfeld der Frühkindlichen Bildung angesprochen. Hinsichtlich der o.g. Gruppen beziehen sich die Maßnahmen – je nach Zielgruppe spezifisch – auf die

- (1) Frühkindliche Bildung (v.a. Sprache),
- (2) die begleitende Elternarbeit (v.a. Information, Ansprache und Teilhabe),
- (3) die Unterstützung des Übergangs von der Kita in die Schule sowie
- (4) auf die Fortbildung, Qualifikation und Vernetzung der mit diesen Aufgabenfeldern betrauten Akteurinnen und Akteure.

## Herausforderungen

Für die Integrationsarbeit im Handlungsfeld Frühkindliche Bildung und Familie lässt sich eine Reihe von Herausforderungen formulieren, die sich teilweise aus spezifischen Strukturen des Handlungsfeldes, teilweise aus regionalen Strukturmerkmalen des Kreises Steinfurt ableiten.

Grundsätzlich gibt es in Deutschland im Gegensatz zur Schulpflicht keine Pflicht zum Kita-Besuch. Dem stehen jedoch auf der Anreiz-Seite der gesetzlich formulierte Rechtsanspruch und die Niedrigschwelligkeit der bereitgestellten Angebote gegenüber. Trotzdem führt diese Situation dazu, dass auch Kinder mit Migrationsgeschichte nicht „automatisch“ in der Kita angetroffen werden. Diese Tendenz kann zumindest für Teile der nach Deutschland migrierenden Familien dann verstärkt werden, wenn diese unterschiedliche Modelle von Familie und Kindererziehung mitbringen; im Falle kulturell geprägter Ängste, die Kinder zeitweise in eine Tagesstätte zu geben, oder wenn in Teilen der Familien das Selbstverständnis vorherrscht, die Kinder vor der Schule nur in der Familie zu erziehen, was nicht selten mit eher traditionellen Familienmodellen einhergeht. Die Aktivierung entsprechender Milieus ist eine langfristige Aufgabe.

Bezogen auf diejenigen Familien mit Migrationsgeschichte, die ihre Kinder in einer Kita anmelden, liegen die Herausforderungen auf anderen Ebenen. Sprachbarrieren können hier die Arbeit erschweren, psychische Traumata bei Kindern und Eltern können die Integrationsarbeit vor besondere Herausforderungen stellen. Nach Einschätzung der Workshop-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer können auch Regelungen übergeordneter staatlicher Institutionen Hindernisse bereitstellen.

Diese Situation führt insgesamt zu einer besonderen Belastung der Einrichtungen und kann angesichts bereits bestehender Ressourcen- und Personalknappheit die Spielräume für eine effektive Erziehungsarbeit und für die Integrationsarbeit deutlich einengen. Ohne die entsprechenden Aufstockungen kann diese Belastung nicht angegangen werden. Daneben sind Sensibilisierungs- und Qualifikationsmaßnahmen bezüglich des Ausbaus interkultureller Kompetenzen notwendig, die das Personal auf einer breiteren Ebene mit Verstehens- und Handlungsmöglichkeiten für die neue Situation ausstatten.

## Bestehende Initiativen, Einrichtungen, Angebote, Akteurinnen und Akteure [Auswahl]

Im Kreis Steinfurt gibt es bereits eine Vielzahl an Institutionen, Einrichtungen und Initiativen, die sich auf unterschiedlichen Ebenen im Handlungsfeld der Frühkindlichen Bildung und der Familienarbeit mit der Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte beschäftigen.

### Dazu zählen:

- » Kitas, insbesondere als Familienzentren anerkannte Kitas
- » Angebote des Kreises und der Kommunen im Bereich Frühe Hilfen, z.B. Kontakte zu Familienhebammen, das Programm „welcome“, Familienpatinnen und -paten, Elterncafés, etc.
- » Projekte zur Sprachförderung, z.B. Brückenprojekt, Rucksack-Kita, Griffbereit, Landesmittel für Sprachförder- und Plus-Kitas
- » Angebote zur Gesundheitsvorsorge in den Kitas
- » Angebote der Jugendämter
- » Initiative „KeKiz – Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“
- » Angebote der Familienbildungsstätten (z.B. Ibbenbüren, Rheine, Steinfurt)
- » LEADER-Regionen Steinfurter und Tecklenburger Land mit Entwicklungsschwerpunkten und Projektförderungen
- » Angebote aus dem Bereich des ehrenamtlichen Engagements, z.B. Flüchtlingslotsinnen und -lotsen
- » Angebote freier Träger, z.B. Spielgruppen, Sport- und Spielangebote

### Ziele im Handlungsfeld Frühkindliche Bildung und Familie

- » Wir fördern die Potenziale von Kindern und Eltern mit Migrationsgeschichte unabhängig von Sprache, Herkunft und Aufenthaltsstatus.
- » Wir fördern mit frühkindlicher Bildungsarbeit die Integration von Kindern und Eltern.
- » Wir fördern und unterstützen im Handlungsfeld Frühkindliche Bildung und Familie die Begegnung von Menschen unterschiedlicher Herkunft und mit unterschiedlichen Normen und Werten.
- » Wir berücksichtigen dabei insbesondere auch die Rolle und Stellung der Frauen.
- » Wir ermitteln die Bedarfe unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure und berücksichtigen bei der Umsetzung von Maßnahmen die gegebenen Ressourcen und Möglichkeiten.
- » Wir fördern Kinder und Eltern mit Migrationsgeschichte mit niedrigschwelligen Angeboten.
- » Wir fördern die Sprachausbildung für Kinder im Vorschulalter.
- » Wir fördern – den Erkenntnissen der Integrationsforschung folgend – zum Zweck einer Verbesserung der Integration die Mehrsprachigkeit von Menschen mit Migrationsgeschichte.

#### **Dazu gehören:**

- » einerseits die zielgruppenspezifische Förderung der Deutschkenntnisse (z.B. Kinder und Eltern aus unterschiedlichen Sozial- und Bildungsniveaus der Zuwanderungsgesellschaften)
- » andererseits die Förderung der mitgebrachten Kompetenzen in der Herkunftssprache.
- » Wir unterstützen sprachorientierte Angebote von Migrantenselbstorganisationen und bauen diese aus.
- » Wir vernetzen bestehende Angebote zur Integrationsarbeit im Handlungsfeld Frühkindliche Bildung und Familie und machen diese transparent.

## Vorgeschlagene Maßnahmen in unterschiedlichen Bereichen des Handlungsfeldes Frühkindliche Bildung und Familie




Maßnahmen	Priorität		Spezifität		
			Allgemeiner Vorschlag	Konkreter Vorschlag	Bereits tlw. in Umsetzung
<p>Integrationslotsinnen und -lotsen, Stadtteilmütter &amp; -väter oder Patinnen und Paten</p> <p>Einsatz von Betreuungspersonen, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die bezogen auf konkrete Familien mit Kindern im Vorschulalter vertrauensvolle Elternarbeit und Lotsenfunktionen für verschiedenste Bereiche der Integration übernehmen, bspw. Aussuchen der Kita, Fragen zum Schulsystem, zur Gesundheitsvorsorge, etc.</p> <p>In der Gemeinde besteht die Möglichkeit zu informieren, wer für wen zuständig ist.</p> <p>Hauptamtliche im Feld der „Kultursensibilität“ schulen</p>	17				
	davon			+	
	1				
	2				
<p>Aufbau eines Hilfskataloges</p> <p>Dolmetscherinnen- und Dolmetscherpool, Telefonnummern, Ansprechpartnerinnen und -partner z.B., Ärzte, Vereine; Leitfäden für spezifische Probleme, etc.</p>	15			+	
<p>Vernetzung von Kitas und Schulen</p> <p>Erleichterung und Begleitung des Übergangs von der Kita in die Grundschule, z.B. Schulbesuche von Kita-Kindern, Patenschaften von Schülerinnen und Schülern für Kita-Kinder, Austausch zwischen Erzieherinnen, Erziehern und Lehrkräften, um frühzeitig Bedarfe und besondere Bedürfnisse von Kindern mit Migrationsgeschichte zu erkennen.</p> <p>Vernetzung von Brückenangeboten und Kitas</p>	10				
	davon			+	
	1				
<p>Vermittlung Früher Hilfen</p> <p>Ansprechpartnerinnen und -partner Früher Hilfen in den Kommunen für interkulturelle Belange sensibilisieren, um die Vermittlung von Angeboten Früher Hilfen wie bspw. Familienhebammen, ehrenamtliche Unterstützung („welcome“), Familienpatinnen und -paten, etc. zu verstärken.</p> <p>Initiative „KeKiz – Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“</p>	9				
	davon			+	
	6				+
<p>Mehrsprachige Informationen</p> <p>Webseiten, Flyer und Broschüren über Einrichtungen, Integrationsangebote und Regelungen werden mehrsprachig und in einfacher Sprache gestaltet und ggf. zusätzlich über Migrantenselbstorganisationen verteilt. Migrantinnen und Migranten sollen damit informiert und ermutigt werden, sich selbst einen persönlichen Eindruck von Hilfsangeboten zu verschaffen.</p>	8				
	davon			+	
	3				
<p>Elternveranstaltungen</p>	4			+	
	davon				



Maßnahmen	Priorität		Spezifität		
			Allgemeiner Vorschlag	Konkreter Vorschlag	Bereits tlw. in Umsetzung
Unterstützung der Eltern in ihrer Erziehungs- und Bildungsarbeit (z.B. Informationen über das Bildungs- und Schulsystem, Weiterbildungsmöglichkeiten, Praktika, Ansprechpartnerinnen und -partner, etc.) unter Einbindung der Migrationsberatung. Eltern-Infoabende zum Themenfeld „Kultur in Deutschland“	2				
Vernetzung und Einbeziehung der Akteurinnen und Akteure z. B. Jugendamt, Kita, Arbeitsagentur, Spielgruppen	4	●		+	+

*Feld 2: Qualifikation und Fortbildung*

Maßnahmen	Priorität		Spezifität		
			Allgemeiner Vorschlag	Konkreter Vorschlag	Bereits tlw. in Umsetzung
Aufstocken der Personalressourcen in den Kitas	36	●		+	
Fortbildungen Interkulturelle Kompetenz Angebote und Koordination von Weiterbildungen für Erzieherinnen und Erzieher im Bereich interkulturelle Kompetenz und interkulturelle Elternarbeit. Interkulturelle Kompetenz zum festen Bestandteil der Ausbildung machen Schulungen zum Umgang mit spezifischen Erwartungshaltungen von Kindern und Eltern mit Migrationsgeschichte in Kitas	20 davon 6	●		+	
Einstellung von Fachkräften aus Herkunftsländern Zusätzliche Einstellung von Fachkräften mit Kenntnissen der Herkunftssprachen, um den Umgang mit Kindern und Eltern mit Migrationsgeschichte zu erleichtern und insbesondere traumatisierte Familien zu unterstützen. Maßnahmen verbinden: Erwachsene mit beruflicher Vorerfahrung im Erziehungsbereich können Praktika in der Kita machen → Praktikum: „Neues Land: neue Chancen“ (Abbau von Sprachbarrieren)	6	●		+	
Schulung im Umgang mit Traumata Angebot und Koordination von Weiterbildungen für Erzieherinnen und Erzieher in der Ansprache von und im Umgang mit traumatisierten Kindern und Eltern. Gleichzeitig Maßnahmen zur psychischen Entlastung der Erzieherinnen und Erzieher durch Supervisionsangebote o.ä.	5	●		+	
Entwicklung von Maßnahmen und Anleitungen für den Umgang mit Familien ohne Bleibeperspektive	4	●	+		

Maßnahmen	Priorität		Spezifität		
			Allgemeiner Vorschlag	Konkreter Vorschlag	Bereits tlw. in Umsetzung
<p>Angebote zur Partizipation von Eltern, insbesondere von Müttern</p> <p>Beispiele: Themenbezogene Angebote für Eltern, während die Kinder in der Betreuung sind (vgl. Maßnahmenvorschlag „Deutsch vor Ort“ aus dem Bereich Sprachförderung); Einbeziehen von Eltern bei der Organisation von Ausflügen und Festen, etc.</p>	12		+		
<p>Maßnahmen für eine bessere Partizipation der Zielgruppe im Bereich Frühkindliche Bildung – Was brauchen wir in dieser Hinsicht für eine erfolgreiche Integrationsarbeit?</p>	11		+		
<p>Elterncafés</p> <p>Koordination von regelmäßigen Elterncafés für die Eltern von Kindern mit Migrationsgeschichte im Vorschulalter, lokalisiert z.B. in Betreuungseinrichtungen oder Treffpunkten mit Angeboten zu Austausch, Information und Beratung rund um das Thema Frühkindliche Bildung und Familie.</p>	6		+		

Maßnahmen	Priorität		Spezifität		
			Allgemeiner Vorschlag	Konkreter Vorschlag	Bereits tlw. in Umsetzung
<p>Deutsch vor Ort-Netzwerk / Alltagsintegrierte Sprachförderung</p> <p>Initiierung eines Netzwerkes von [ehrenamtlichen] Sprachlotsinnen und -lotsen: Eltern lernen in niedrigschwelligen Angeboten die deutsche Sprache durch Nachspielen alltäglicher Situationen (Begrüßung, Small-Talk, Einkauf, Arztbesuch, etc.), während die Kinder in der Kita betreut werden.</p> <p>Spezielle Sprachkurse für Mütter mit Kinderbetreuung</p>	16 davon			+	
<p>Brückenprojekt</p> <p>Brückenangebote sind frühpädagogische Angebote für Kinder und Familien mit Migrationsgeschichte und insbesondere Fluchterfahrung. Ziel ist ein leichter Einstieg in das deutsche Bildungssystem. Die Angebotsformen variieren in Abhängigkeit von der Trägerschaft und zeichnen sich durch einen oftmals individuellen Charakter aus.</p>	10				+
<p>Rucksack KiTa</p> <p>Das Programm Rucksack KiTa ist ein Konzept zur Sprachförderung und Elternbildung im Elementarbereich. Hierbei werden die Eltern als Expertinnen und Experten für das Erlernen der Familiensprache und Erzieherinnen sowie Erzieher für die deutsche Sprache angesehen. Durch die Anbindung an eine Kita stehen Eltern und Erzieherinnen sowie Erzieher im Austausch über die Entwicklung der Kinder. Unterstützt wird die Arbeit durch einen Rucksack mit Materialien zum Spracherwerb.</p> <p>Weitere Optimierung des Programms durch Hinzuziehen (externer) Fachkräfte</p>	7				+
<p>Projekt Griffbereit</p> <p>Im Programm Griffbereit werden Eltern dabei unterstützt, ihre Erziehungskompetenzen zum Wohle des Kindes auszubauen, zu verfeinern und zu sichern. Hierbei stehen vor allem die Förderung der kindlichen Entwicklung im Alter von 1-3 sowie die Förderung der Muttersprachkompetenz im Mittelpunkt.</p>	7				+
<p>Sprachoffensive im Kreis Steinfurt</p> <p>Die Stadt Rheine bietet im Rahmen der Sprachoffensive für alle Migrantinnen und Migranten Sprachkurse an. Der Kreis fördert nach diesem Vorbild entsprechende Maßnahmen in allen Kommunen.</p>	2			+	
<p>Koordination von Landesprojekten zur Sprachförderung z.B. Sprache Tor zur Welt, Plus Kita, Sprachförderkita</p>	1				+
<p>Mehrsprachige Kinderbücher</p> <p>Unterstützung der Lese- und Sprachkompetenz von Kindern und Eltern.</p>			+		

## Handlungsfeld Schulische Bildung

### Relevanz des Handlungsfeldes, Akteurinnen, Akteure und Themen

„Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf seine wirtschaftliche Lage und Herkunft und sein Geschlecht ein Recht auf schulische Bildung, Erziehung und individuelle Förderung“ – diesen Anspruch legt das Land NRW im Schulgesetz (§1 Abs. 1 SchulG) dem Handeln der Akteurinnen und Akteure im Handlungsfeld Schulische Bildung zugrunde. Damit ist die Schule einer der wichtigsten Orte zur Unterstützung der Chancengerechtigkeit in einer demokratischen Gesellschaft und entsprechend auch eine Schlüsselinstitution im Feld der Integration von Schülerinnen und Schülern mit Migrationsgeschichte. Es ist die Schule, die den jungen Menschen wie kaum eine andere Instanz die Möglichkeit des Hereinwachsens in die Gesellschaft bietet und in diesem Feld Wege zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen eröffnet. Weil die Schule darüber hinaus ein Ort der Persönlichkeitsbildung aller Schülerinnen und Schüler ist, bietet sie vielfältige Möglichkeiten der Orientierung in der Gesellschaft, insbesondere auch bezogen auf unterschiedliche Wertesysteme und soziokulturelle Praktiken. Darüber hinaus legt die Bildung den Grundstein für die Zugangsvoraussetzungen zum Arbeitsmarkt einerseits, an-dererseits aber auch – im Sinne einer lebenslangen Bildungskette – für die Teilhabe in der Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft.

Das Handlungsfeld Schulische Bildung konzentriert sich vor diesem Hintergrund auch im Kreis Steinfurt auf integrationsbezogene und unterstützende Maßnahmen für Kinder, Jugendliche und Eltern mit Migrationsgeschichte sowie auf Fortbildungs- und Sensibilisierungsangebote für Lehrkräfte, schulische Erzieherinnen und Erzieher sowie betriebliche Ausbilderinnen und Ausbilder. Folgende Themen stehen auch im Einklang mit dem Runderlass des Ministeriums für Schule und Weiterbildung zum Unterricht für neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler (Fassung v. 28.06.2016) im Fokus des Handlungsfeldes:

- (1) Sprachförderung,
- (2) Bereitstellung von Schulplätzen für schulpflichtige Kinder,
- (3) Förderung der interkulturellen Kompetenzen,
- (4) (Aus-)Bildung entlang der Konzepte und Anforderungen in Deutschland unter den strukturellen Rahmenbedingungen des Kreises und der Region,
- (5) Vermeidung von Bildungsbrüchen und Unterstützung von Übergängen (Schule-Beruf, Schule-Hochschule) sowie
- (6) Unterstützung der beruflichen Integration (Berufsschule,-kolleg).

Diese werden nicht isoliert betrachtet, sondern ziehen sich teilweise durch verschiedene integrationsbezogene Handlungsfelder hindurch. Sprache ist ein Querschnittsthema in allen Handlungsfeldern, die oben genannten Themenfelder (5) und (6) sind an der Schnittstelle zwischen den Handlungsfeldern Schulische Bildung und Arbeit und Wirtschaft angesiedelt und ragen auch in Bezug auf Ziele und Maßnahmen in beide Bereiche hinein (vgl. Handlungsfeld Arbeit und Wirtschaft). Themen wie diese können grundsätzlich durch eine individuelle Seiteneinsteigerinnen- und Seiteneinsteiger-Beratung für neu zugewanderte Kinder und Jugendliche sowie auch durch eine selektive Verbesserung der bildungsbezogenen Datenbasis (vgl. Ziele) unterstützt werden. Besonders angesprochen werden in diesem Handlungsfeld Grundschulen, weiterführende Schulen, sowie Berufsschulen und -kollegs sowie das KI.

## Herausforderungen

Im Kreis Steinfurt stellt die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationsgeschichte die Akteurinnen und Akteure vor eine Reihe von Herausforderungen, auf die es zu reagieren gilt, um Teilhabechancen nachhaltig zu verbessern.

Sprachbarrieren erschweren das Hineinwachsen in den neuen Kontext und – im beiderseitigen Sinne – den gegenseitigen Austausch und die Kommunikation. Hinzu kommt, dass Kinder aus Familien mit Migrationsgeschichte teilweise sehr unterschiedliche Bildungsstände aufweisen. Diese Differenzen können verstärkt auftreten, wenn Eltern (mit und ohne Migrationsgeschichte) aus einem kulturellen Kontext heraus unterschiedliche Vorstellungen über die Rolle und Bedeutung schulischer Bildung für die Lebensverläufe ihrer Kinder haben, was am Anfang der Integration vor Ort nicht immer gleich erkennbar ist. Sind die Umstände der Flucht bzw. Migration dramatisch, bringt ein Teil der Kinder und Eltern Traumata mit, die auch in den Schulalltag hineinwirken können. Eine besondere Herausforderung stellt hier die Arbeit mit unbegleiteten Kindern und Jugendlichen dar.

Im Kreis Steinfurt wirken im Handlungsfeld der Schulischen Bildung eine Reihe unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure mit verschiedenen Zuständigkeiten an Fragen der Integration mit. Um hier Doppelstrukturen zu vermeiden und durch Kooperationen Synergiepotenziale zu erschließen, sind ein frühzeitiger und koordinierter Einbezug, eine Vernetzung und eine gegenseitige Abstimmung notwendig und hilfreich. Auch die Verbindlichkeit mancher Angebote kann verbessert werden.

## Bestehende Initiativen, Einrichtungen, Angebote, Akteurinnen und Akteure [Auswahl]

Angesichts der vielfältigen Herausforderungen ist die Integration im Handlungsfeld Schule vor Ort eine vernetzte Aufgabe, der sich eine Vielzahl an Institutionen, Akteurinnen und Akteure aus unterschiedlichen Segmenten der Gesellschaft widmen. Sie leisten bereits einen wertvollen Beitrag zur schulischen Integration und nehmen im Rahmen der derzeitigen und zukünftigen Herausforderungen eine wichtige Rolle in der Umsetzung verschiedenster Maßnahmen ein.

### **Schulen**

- » Grund-, Haupt- und Realschulen
- » Gymnasien
- » Integrierte Gesamtschulen
- » Sekundarschulen
- » Förderschulen
- » Weiterbildungskollegs
- » Berufskollegs
- » Abendgymnasium u. Realschule Rheine
- » FH Münster, Abteilung Steinfurt
- » Fernuniversität GH Hagen
- » Studienzentrum Rheine
- » Mathias Hochschule Rheine
- » VHS

### **Schulische Angebote**

- » Offene Ganztagsangebote
- » Einsatz von Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter
- » Herkunftssprachlicher Unterricht
- » Projekte zur Sprachförderung
- » Projekt „Schule ohne Rassismus“
- » Internationale Förderklassen an Berufskollegs
- » Schulkinowochen
- » Medienzentrum Steinfurt

### **Beratung und Einstufung**

- » Regionale Schulberatungsstellen
- » Schuleingangsuntersuchungen
- » Zahngesundheitsvorsorge
- » Seiteneinsteigeruntersuchungen
- » Berufsberatung der Agentur für Arbeit
- » Maßnahmen von jobcenter und
- » Jugendämtern
- » Jugendmigrationsdienst

### **Strukturen**

- » RBN Steinfurt
- » Studienseminar ZFSL Rheine  
(Zentrum für schulpraktische Lehrerbildung)
- » Organisation der Förderschullandschaft
- » Umsetzung des Landesvorhabens „Kein Abschluss ohne Anschluss“
- » Weiterbildung von Lehrkräften

### **Außerschulische Einrichtungen, Betriebe und Angebote**

- » Betriebspraktika
- » Ausbildungsbetriebe
- » Kindergärten, Familienzentren
- » Bibliotheken, Büchereien
- » Jugendhilfeeinrichtungen,  
z.B. ev. Jugendhilfe, LWL-Tecklenburg e.V., Outlaw, Caritas, etc.
- » Kooperationen mit Ehrenamtlichen

### Ziele im Handlungsfeld Schulische Bildung

- » Wir unterstützen die Schule in ihrem Auftrag, im Sinne der Chancengerechtigkeit Kindern und Jugendlichen mit Migrationsgeschichte unabhängig von wirtschaftlicher Lage, Herkunft, Geschlecht und Bildung, möglichst gute Lernbedingungen und individuelle Förderung zu bieten.
- » Wir fördern die Eingliederung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationsgeschichte in das Regel- und Förderschulsystem, wir unterstützen dabei auch Seiteneinsteigerinnen, Seiteneinsteiger und Bildungsübergänge.
- » Wir bieten Kindern und Jugendlichen mit Migrationsgeschichte Orientierung beim Hineinwachsen in die deutsche Gesellschaft und ihr Normen- und Wertesystem.
- » Wir unterstützen Schülerinnen und Schüler mit Migrationsgeschichte während ihrer Schullaufbahn bedarfsgerecht und befähigen sie zu einem Schulabschluss.
- » Wir ermuntern und unterstützen die Eltern, ihre Kinder auf dem Bildungsweg aktiv zu begleiten, und fördern die Elternarbeit.
- » Wir fördern die interkulturelle Öffnung der Bildungseinrichtungen, die Anerkennung und die Reflexion des Umgangs mit der Vielfalt.
- » Wir unterstützen und fördern bei Schülerinnen und Schülern mit Migrationsgeschichte Mehrsprachigkeit als Prinzip einer gelingenden Integration.
- » Wir fördern die Netzwerkarbeit von Erziehungs- und Bildungseinrichtungen entlang der Bildungskette.
- » Wir fördern eine gezielte Vernetzung von Angeboten und Maßnahmen im Bereich der schulischen Bildung und arbeiten dabei auch mit Migrantenselbstorganisationen zusammen.
- » Wir unterstützen die schulbezogene Entwicklungsplanung im Feld der Ausbildung von Menschen mit Migrationsgeschichte durch eine Verbesserung der sozialstatistischen Datenbasis.
- » Wir unterstützen bei Menschen mit Migrationsgeschichte nicht nur die schulische Bildung, sondern zusätzlich Angebote im Bereich des lebenslangen Lernens.
- » Wir fördern die Unterstützung der Schulen durch ehrenamtliche Initiativen.

## Vorgeschlagene Maßnahmen in unterschiedlichen Feldern des Handlungsfeldes Schulische Bildung

Feld 1: Kooperation der Bildungsakteure auf unterschiedlichen Ebenen & Beratung

Maßnahmen	Priorität	Spezifität		
		Allgemeiner Vorschlag	Konkreter Vorschlag	Bereits tlw. in Umsetzung
<p>Maßnahmen zum Auf- und Ausbau der Kooperationen von Bildungseinrichtungen mit Partnern für die Ausbildung in der Region</p> <p>Eine Liste von Betrieben, die Praktikumsplätze anbieten, kann z.B. den Zugang für Jugendliche mit Migrationsgeschichte erleichtern. Erfolgreich absolvierte Praktika münden nicht selten in einem Ausbildungsplatz.</p>	37	●	+	
<p>Enge Verzahnung von Regionalem Bildungsnetzwerk und Kommunalem Integrationszentrum</p> <p>Enge Abstimmung der Angebote und Maßnahmen zwischen dem KI und dem RBN im Sinne einer Verbesserung der Synergien und der Vermeidung von Parallelstrukturen.</p>	17	●	+	
<p>Spezifische Angebote für junge Menschen mit Migrationsgeschichte im Bereich Berufsberatung</p> <p>Agentur für Arbeit, jobcenter, Jugendämter, Arbeitsbündnis Jugend + Beruf, Jugendmigrationsdienste</p>	13	●	+	
<p>Ausbau der Schulträgergespräche zu einer Plattform für Schulentwicklung</p> <p>Die vom Regionalen Bildungsnetzwerk initiierten Schulträgergespräche können zu einer Plattform für Schulentwicklung ausgebaut werden, in deren Rahmen gemeinsame Lösungsansätze für die Herausforderungen der schulischen Integration erarbeitet und gemeinsame Standards abgestimmt werden können.</p>	10	●	+	
<p>Aufbau einer Datenbank der Kooperationspartnerinnen und -partner sowie ergänzender Hilfsangebote</p> <p>z.B. Angebote und Beratungsmöglichkeiten im Bereich Gesundheit</p>	3	●	+	
<p>Flächendeckender Ausbau der Beratung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern mit Migrationsgeschichte in Kooperation von KI und Schulaufsicht</p> <p>Berücksichtigung der Vorschläge und Rahmenbedingungen des Rahmenkonzeptes Schulische Integration.</p>	3	●	+	
<p>Lernmöglichkeiten zuhause schaffen</p> <p>Internet, Computer, etc.</p>	2	●	+	



Maßnahmen	Priorität		Spezifität		
			Allgemeiner Vorschlag	Konkreter Vorschlag	Bereits tlw. in Umsetzung
Individuelle Förderangebote in Pflichtfächern (z.B. Mathematik) für Schülerinnen und Schüler mit Migrationsgeschichte	2	●	+		
Im Internet zur Verfügung gestellte und abrufbare Liste „Häufig gestellter Fragen“ aus dem Bereich der Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte	1	●		+	
Bildungsclearing	1	●	+		
Initiative „Kein Abschluss ohne Anschluss“ um spezielle Angebote für Schülerinnen und Schüler mit Migrationsgeschichte erweitern Kooperationsangebote zwischen Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen		●			+
Praktikumsbetriebe dafür gewinnen, Schülerinnen und Schüler mit Migrationsgeschichte aufzunehmen und entsprechende Angebotsliste erstellen Praktikum führt nicht selten zum Ausbildungsplatz.		●	+		

Maßnahmen	Priorität		Spezifität		
			Allgemeiner Vorschlag	Konkreter Vorschlag	Bereits tlw. in Umsetzung
Bessere Vernetzung und Abstimmung der Sprachförderangebote von Kitas und Grundschulen	24		+		
Maßnahmen zur Begleitung des Übergangs von Schülerinnen und Schülern mit Migrationsgeschichte an die weiterführende Schule	15		+		
Zusätzlicher Sprachförderunterricht am Nachmittag oder als AG für Schülerinnen und Schüler mit Migrationsgeschichte	6		+		
Weiterer Ausbau des herkunftssprachlichen Unterrichts Ergänzend zum Regelunterricht sollen die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit erhalten, am Sprachunterricht mit muttersprachlichen Lehrkräften verschiedener Sprachen (z.B. Arabisch, Russisch, Bosnisch, Kroatisch) teilzunehmen.	3		+		
Auf- und Ausbau mehrsprachiger Literaturangebote in Schulbibliotheken Durch den Auf- und Ausbau mehrsprachiger Literaturangebote in Schulbibliotheken können Angebote aus dem Bereich des herkunftssprachlichen Unterrichtes medial unterstützt werden (Zusatzmittel einwerben).	3			+	
Aufbau von Angeboten zur zusätzlichen Sprachförderung über den Schulunterricht hinaus	3		+		
DaF- und DaZ-Angebote Zusätzliche ausgebildete, qualifizierte DaF- und DaZ-Lehrkräfte in den Schulen und Bereitstellung eines Raumes an jeder Schule, der für DaZ und DaF zur Verfügung steht.	2			+	
Ausweitung des Projektes Rucksack-Schule Das bereits bewährte Programm Rucksack-Schule soll ausgeweitet werden.	2				+

Maßnahmen	Priorität		Spezifität		
			Allgemeiner Vorschlag	Konkreter Vorschlag	Bereits tlw. in Umsetzung
<p>Qualifizierung von Lehrkräften, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen im Bereich der Interkulturalität</p> <p>Schaffung von Angeboten und Koordinierung von Qualifizierungsmaßnahmen für das pädagogische Fachpersonal in Schulen und im offenen Ganztagsangebot im Bereich der Interkulturalität und interkulturellen Öffnung der Einrichtungen.</p> <p>Kreisweite Schulungsangebote für Lehrkräfte</p>	19 davon				
	16	●	+		
	3				
<p>Ethik-Unterricht für Alle</p> <p>Aufbau von Konzepten für einen Ethik-Unterricht für Schülerinnen und Schüler aller Religionen und Weltanschauungen</p>	13	●		+	
<p>Netzwerk Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte ausbauen und fördern</p> <p>Die Zusammenarbeit mit dem landesweiten Netzwerk Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte wird gestärkt. Das Netzwerk leistet Unterstützung bei der interkulturellen Öffnung von Schulen, bei der Ausbildung von migrationssensiblen Mentorinnen und Mentoren, etc.</p> <p>Lehrkräften aus anderen Ländern wird der Zugang zum deutschen Schulsystem erleichtert.</p>	12 davon				
	10	●	+		+
	2				
<p>Ausloben und Finanzieren eines „Integrationspreises Schule“</p>	5	●		+	
<p>Aufbau von Angeboten und AGs zum besseren Kennenlernen des Landes</p> <p>z.B. Landes- und Regionalkunde, Leben in Deutschland</p>	3	●		+	
<p>Entwicklung von Strategien und Maßnahmen für eine stärkere Einbindung von Integrationsagenturen, Migrations- und Flüchtlingsberatung in das schulische Rahmenprogramm</p>	3	●	+		
<p>Angemessene Schule für die einzelnen Schülerinnen und Schüler finden: nicht unter- und nicht überfordern</p>	3	●	+		
<p>Ausbau islamischer Religionsunterricht im Kreis Steinfurt mit an deutschen Universitäten ausgebildeten Religionslehrerinnen und -lehrern</p>	2	●	+		
<p>Aufbau von Konzepten und Materialien für die migrationsensible Unterrichts- und Schulentwicklung im KI-Verbund NRW</p>	1	●	+		

Feld 4: Unterstützungsangebote für Schülerinnen, Schüler und Eltern

Maßnahmen	Priorität		Spezifität		
			Allgemeiner Vorschlag	Konkreter Vorschlag	Bereits tlw. in Umsetzung
<p>Ausbau von schulpsychologischer Begleitung und Schulsozialarbeit</p> <p>psych. Begleitung: Umgang mit traumatisierten Geflüchteten</p> <p>Schulsozialarbeit: Elternberatung, Gruppenangebote, nicht nur für Migrantinnen und Migranten, sondern für alle Schülerinnen und Schüler</p>	44		+		
<p>Hausaufgabenhilfe mit Sprachlehrerinnen und -lehrern</p> <p>Sprachlehrerinnen und -lehrer der Herkunftssprache unterstützen bei fachlichen Fragen und können gleichzeitig beim Erwerb der deutschen Bildungssprache helfen.</p>	27			+	
<p>„Willkommenshelferinnen und -helfer“: Aufbau eines Patinnen- und Patenmodells von Schülerinnen und Schülern für Schülerinnen und Schüler</p> <p>Freiwillige Schülerinnen und Schüler werden in kleinen Workshops zu Patinnen und Paten weitergebildet und unterstützen in dieser Funktion Schülerinnen und Schülern mit Migrationsgeschichte.</p> <p>Ähnlich: Bürgerstiftung Tecklenburger Land mit dem Projekt „Wir für Kinder“ (Patinnen und Paten)</p>	22			+	+
<p>Elterncafé</p> <p>Um ihre Kinder begleiten und beraten zu können, benötigen Eltern Kenntnisse über das deutsche Schulsystem sowie Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten. Um Hemmschwellen abzubauen und Sprachbarrieren zu umgehen, können regelmäßige Elterncafés informelle Gelegenheiten zum Gespräch und zur Beratung bieten.</p>	20				
<p>Bildungs- und Teilhabe-Lotsinnen und -Lotsen (BuT-Lotsinnen und -Lotsen)</p> <p>Die BuT-Lotsinnen und -Lotsen informieren an den Schulen über das Leistungsspektrum des Bildungs- und Teilhabepakets und helfen bei der Antragstellung. Die Leistungen (z.B. Lernförderung, Zuschüsse für Klassenfahrten, Mittagessen, etc.) werden über die Münsterland-Karte abgerechnet.</p>	11				+
<p>Ausweitung von Angeboten am Nachmittag</p> <p>Ähnliche Angebote wie z.B. die bereits existierenden Initiativen Kreisel, Jugendtreff 13drei (Emsdetten), etc. mit Schwerpunkten und Aspekten sozialer Gruppenarbeit im Nachmittagsbereich für alle Schülerinnen und Schüler.</p>	10				+
<p>Migrationsensible Gestaltung des KAoA-Ansatzes</p> <p>Der vom Land NRW bildungspolitisch verfolgte Ansatz „Kein Abschluss ohne Anschluss“ wird in der schulbegleiteten beruflichen Orientierungsphase im Kreis Steinfurt migrationssensibel ausgestaltet, um die</p>	9			+	+

Maßnahmen	Priorität		Spezifität		
			Allgemeiner Vorschlag	Konkreter Vorschlag	Bereits tlw. in Umsetzung
Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler mit Migrationsgeschichte einerseits und mögliche Herausforderungen der Ausbildungsbetriebe andererseits zu berücksichtigen.					
Elternführerschein & Elternschulung Vermittlung von Informationen zum Schul- und Ausbildungssystem (inkl. Gewinnung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren)	5	●	+		
Barrierefreier Zugang zur OGS und zu Betreuungsmaßnahmen	4	●	+		
Maßnahmen zur Verbesserung der Information der Eltern über Einbindungsangebote	1	●	+		
Förderung von sozialräumlich zugeschnittenen integrationsbezogenen Unterstützungskonzepten in Stadtteilen und Kommunen	1	●			
Mehr Internetzugänge ermöglichen		●		+	
(Mehr) Praxis im alltagsintegrierten Sprechen für Schülerinnen und Schüler mit Migrationsgeschichte durch die Einbindung von Ehrenamtlichen		●		+	

## Handlungsfeld Arbeit und Wirtschaft

### Relevanz des Handlungsfeldes, Akteurinnen, Akteure und Themen

Die Integration in den Arbeitsmarkt und in das Wirtschaftsgefüge ist Gegenstand des Handlungsfeldes Arbeit und Wirtschaft. Diese Bereiche bilden auch im Kreis Steinfurt eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration und das eigenverantwortliche Leben von Menschen mit (und ohne) Migrationsgeschichte, sie sind ein wichtiger Grundstein für deren Unabhängigkeit und Selbstständigkeit. Auf diese Weise wird eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Gelingt es, die Leistungen und Fähigkeiten der zugewanderten Menschen aktiv zu fördern und für den Arbeitsmarkt nutzbar zu machen, so können diese gleichzeitig für den Kreis, die Kommunen und die regionalen Unternehmen zu einem echten Potenzial werden. Wenn ihre Arbeitsmarktintegration erfolgreich ist, werden sie dabei mithelfen, einem sektoral drohenden Fachkräftemangel sowohl in den Mittelstädten als auch in den ländlichen Regionen des Kreises zukunftsorientiert entgegenzuwirken und damit die ökonomische Leistungsfähigkeit und Wirtschaftskraft langfristig zu stabilisieren.

Um die Arbeitsmarktintegration für alle Beteiligten gelingen zu lassen, konzentriert sich dieses Handlungsfeld auf Schulabgängerinnen und -abgänger sowie Erwachsene im erwerbsfähigen Alter mit Migrationsgeschichte. Dafür spielen zentrale Institutionen im Kreis Steinfurt eine wichtige Rolle: An erster Stelle stehen hierbei die Betriebe und Ausbildungsbetriebe, die den Migrantinnen und Migranten den Weg in den Arbeitsmarkt ermöglichen. Daneben leisten Jobcenter, Agentur für Arbeit und Integrationsagenturen wertvolle Beratungs- und/oder Vermittlungsarbeit. Auch Handwerkskammer, IHK, Kreishandwerkerschaft und Wirtschaftsförderung stoßen bei der Begleitung und Beratung von Unternehmen und Betrieben auf das Thema Integration. Das Regionale Bildungsnetzwerk engagiert sich insbesondere im Bereich des für den beruflichen Einstieg zentralen Übergangs von der Schule in den Beruf; die Berufsschulen und -kollegs bieten ebenso wie weitere Bildungsträger und die Volkshochschulen Möglichkeiten der berufsorientierten (Weiter-)Qualifikation der Migrantinnen und Migranten.

Das integrationsbezogene Engagement konzentriert sich bezogen auf die Eingliederung von Menschen mit Migrationsgeschichte in den Arbeitsmarkt und in das Wirtschaftsgefüge auf vier zentrale Felder:

- (1) den Übergang von der Schule in den Beruf für Schulabgängerinnen und -abgänger,
- (2) die konkrete Integration in und Qualifikation für den Arbeitsmarkt,
- (3) die berufsbezogene Sprachförderung und das Hineinwachsen in die Gesellschaft über die beruflichen Kontakte und Erfahrungen sowie
- (4) die Unterstützung und Sensibilisierung der Betriebe sowie aller anderen institutionellen Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber des Kreises.

## Rahmenbedingungen und Herausforderungen

Das Handlungsfeld Arbeit und Wirtschaft ist im Kreis Steinfurt in ein komplexes gesamtwirtschaftliches Gefüge eingebunden, das auch bei der Frage der Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte bedeutsam ist. Dabei lassen sich grob betrachtet unterschiedliche Zeithorizonte unterscheiden: Zwar herrscht derzeit eine eher gute Lage auf dem regionalen Arbeits- und Stellenmarkt, mittelfristig ist jedoch ein sich bereits abzeichnender selektiver Fachkräftemangel (z.B. mitbedingt durch den demographischen Wandel) nicht unwahrscheinlich. Gut ausgebildete Menschen mit Migrationsgeschichte werden unter solchen Bedingungen zu einem Potenzial.

Will man diese langfristigen Potenziale möglichst effektiv nutzen, so ist kurz- und mittelfristig für die gelingende Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte ein spezifischer Ausbildungs- und Eingliederungsbedarf der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer notwendig, dazu bedarf es auf der Maßnahmensseite aber auch einer Sensibilisierung und Unterstützung der privaten, institutionellen und öffentlichen Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber im Kreis.

Vor dem Hintergrund dieser Rahmenbedingungen und darüber hinaus ergeben sich spezifische Herausforderungen sehr unterschiedlicher Reichweite, denen die Arbeitsmarktakteurinnen und -akteure begegnen:

- » Notwendigkeit der Verringerung sprachlicher Barrieren in den verschiedenen beruflichen Feldern
- » Vereinbarkeit von und Zugang zu passgenauen Formen der Sprachbildung und der Arbeit und Ausbildung
- » Notwendigkeit einer zielführenden Aufklärung und Information für Arbeitgeberinnen, Arbeitgeber, Migrantinnen und Migranten
- » Vorhandensein teilweise sehr unterschiedlicher formalrechtlicher Zugangsvoraussetzungen zum Arbeitsmarkt bei Menschen mit Migrationsgeschichte: Wer darf wann unter welchen Umständen und Rahmenbedingungen eine Arbeit aufnehmen?
- » Probleme der Integration von Migrationsgruppen mit unterschiedlichem Anerkennungsstatus und entsprechend unterschiedlichen Aufenthalts- und Bleibeperspektiven in den lokalregionalen Arbeitsmarkt
- » Verfahren der berufspraktischen Kompetenzfeststellung bei unklarer Dokumentenlage
- » Frage der Integration von Geringqualifizierten
- » Notwendigkeit der Angleichung teilweise unterschiedlicher „Arbeitskulturen“
- » Finden von Patinnen und Paten für die fallspezifische Begleitung der Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte in den Arbeitsmarkt und ihr neues berufliches Umfeld
- » Ggf. Umgang mit fallweise unrealisierbaren Erwartungshaltungen von Migrantinnen und Migranten bezüglich möglicher Stellenangebote
- » Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere für Frauen
- » Vereinbarkeit von Arbeitsmarktintegration und Perspektive des Familiennachzugs
- » Konkurrenzsituation mit deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Gefahr des gegeneinander Ausspielens von am Arbeitsmarkt benachteiligten Bevölkerungsgruppen, mögliche Benachteiligung von Migrantinnen und Migranten bei der Bewerbung
- » Umgang mit der psychosozialen Situation und Belastung von Geflüchteten im beruflichen Umfeld
- » Frage der Vereinbarkeit von Wohnsitzauflage und Arbeitsplatzerreichbarkeit
- » Organisation der Pendlermobilität für Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer, Praktikantinnen und Praktikanten, um Arbeitsplatzangebote wahrnehmen zu können.

### Bestehende Initiativen, Einrichtungen, Angebote, Akteurinnen und Akteure [Auswahl]

Zur Bearbeitung der von zahlreichen Herausforderungen geprägten Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte in die regionale Wirtschaft und den Arbeitsmarkt sind im Kreis Steinfurt bereits eine Reihe von Institutionen und Akteurinnen und Akteuren aus allen gesellschaftlichen Feldern aktiv. Dazu gehören die zahlreichen Unternehmen, die mit gutem Beispiel vorangehen und Menschen mit Migrationsgeschichte aufnehmen, die Agentur für Arbeit und das Jobcenter, die einerseits allgemein bei der Vermittlung und Begleitung ins Berufsleben unterstützen, zum Teil mit Hilfe von Spezialvermittlerinnen und -vermittlern mit sprachlicher und interkultureller Kompetenz, andererseits auch konkrete Angebote anbieten, z.B. Beratungs- und Integrationsstrategien für anerkannte Asylbewerberinnen und -bewerber und Flüchtlinge. In diesem Feld finden sich im Kreis Steinfurt auch besondere Angebote wie z.B. der Integration Point der Agentur für Arbeit Rheine.

Auch die WEST mbH berät regionale Unternehmen in Bezug auf die Gewinnung von Fachkräften, eine Reihe von Akteurinnen und Akteuren arbeitet an Maßnahmen zur Gestaltung des Übergangs Schule-Beruf (z.B. RBN, Schulen, Bildungsträger), weitere Beratungs- und Schulungsangebote werden von den Kammern und Sprachkursträgern bereitgestellt.



### Ziele im Handlungsfeld Arbeit und Wirtschaft





- » Wir bereiten Menschen mit Migrationsgeschichte mit unterstützenden Angeboten auf den regulären Arbeitsmarkt vor.
- » Wir fördern die Chancengleichheit beim Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.
- » Wir kennen und berücksichtigen die individuellen Bedürfnisse und Potentiale von Menschen mit Migrationsgeschichte für eine optimale Eingliederung in den Arbeitsmarkt.
- » Wir schaffen die erforderlichen Rahmenbedingungen für möglichst passgenaue Eingliederungsangebote.
- » Wir vermeiden zeitliche Lücken bei den Übergängen zwischen einzelnen Angeboten.
- » Wir fördern Existenzgründungen von Unternehmerinnen und Unternehmern mit Migrationsgeschichte.
- » Wir unterstützen Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationsgeschichte bei ihrer Suche nach einem geeigneten Ausbildungsplatz, wir bereiten sie vor und begleiten sie während der Ausbildung.
- » Wir fördern die langfristige Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte auf dem Arbeitsmarkt und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- » Wir berücksichtigen spezifische Bedürfnisse von Müttern und Frauen.
- » Wir fördern den Aufbau von Netzwerken zwischen den handlungsfeldrelevanten Akteurinnen und Akteuren und unterstützen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren.



## Vorgeschlagene Maßnahmen in unterschiedlichen Bereichen des Handlungsfeldes Arbeit und Wirtschaft

Maßnahmen	Priorität		Spezifität		
			Allgemeiner Vorschlag	Konkreter Vorschlag	Bereits tlw. in Umsetzung
<p>Speziell auf Frauen zugeschnittene berufsbezogene Sprach- und Förderangebote</p> <p>Begleitend: Aufklärung von Männern mit traditionellen Rollenvorstellungen über den gleichberechtigten Zugang von Frauen zum Arbeitsmarkt in Deutschland mit dem Ziel, dass mehr Frauen berufsbezogene Bildungsangebote wahrnehmen können.</p>	23		+		
<p>Berufsbegleitende Sprachbildung</p> <p>Bei einer berufsbegleitenden Sprachbildung für Menschen mit Migrationsgeschichte kann ein besonderer Schwerpunkt auf die berufsspezifische Sprache gelegt werden, was die Kommunikationsmöglichkeit am Arbeitsplatz verbessert. Zur Umsetzung ist eine Koordination von KI, Betrieben und Bildungsträgern sinnvoll.</p>	16		+		
<p>Angebote für Schulabgänger</p> <p>Junge Erwachsene mit Migrationsgeschichte sollten zeitnah über Angebote für Sprachkurse informiert werden und Zugangsmöglichkeiten erhalten.</p>	6		+		
<p>Ausbau spezifischer Integrations Sprachkurse</p> <p>z.B. Alphabetisierungskurse, Jugendintegrationskurse</p>	6			+	
<p>Verbindung von gesundheitlich-psychologischer Traumata-Bewältigung und Sprachförderung</p>	3		+		
<p>Bessere Auslastung der Sprachkursangebote</p> <p>Durch eine intensiviertere und optimierte Kooperation von KI, Sprachkursträgern, jobcenter und Agentur für Arbeit können vorhandene Angebote zur Sprachbildung für Erwachsene mit Migrationsgeschichte besser ausgelastet werden.</p>	3			+	
<p>Bekanntmachen von Sprachkursen vor Ort</p>	2				

Maßnahmen	Priorität		Spezifität		
			Allgemeiner Vorschlag	Konkreter Vorschlag	Bereits tlw. in Umsetzung
<p>Kooperation der am Arbeitsmarkt beteiligten Akteurinnen, Akteuren und Gemeinden</p> <p>Um Menschen mit Migrationsgeschichte den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen, sollen Akteurinnen und Akteure (jobcenter, Agentur für Arbeit, Kammern, Ausbildungsbetriebe, Integration Point, Wirtschaftsförderung, etc.) besser miteinander vernetzt und für migrationspezifische Belange sensibilisiert werden. Gleichzeitig sollen gemeinsame Veranstaltungen und Berufsmessen an Schulen und Berufskollegs organisiert und durchgeführt werden.</p> <p>Angebot von Ausbildungsplätzen durch Kommunen</p> <p>Jobmessen von jobcenter und Agentur für Arbeit</p>	28 davon		+	+	
<p>Gewinnung von Fachkräften mit Migrationsgeschichte</p> <p>Wirtschaftsbetriebe sollen bei der Gewinnung von Fachkräften mit Migrationsgeschichte unterstützt werden. Diese Maßnahme kann einerseits einen Beitrag zur Integration in den Arbeitsmarkt leisten und andererseits einem mittelfristig drohenden Fachkräftemangel in der Region entgegenreten. Behördliche Unterstützung könnte beispielsweise konkret bei der Ausschreibung und Übersetzung von Stellenprofilen, bei der Bekanntmachung der Stellenausschreibung und bei der Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen erfolgen.</p> <p>Darstellung der Anreize für Firmen vor Ort zur Aufnahme von Migrantinnen und Migranten als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder Praktikantinnen und Praktikanten</p> <p>Externe Begleitung und Beratung der Unternehmen</p>	16		+		
<p>Aufbau eines „ethnic business“-Netzwerkes</p> <p>Von Migrantinnen und Migranten geführte Betriebe sollen beim Aufbau eines Netzwerkes unterstützt werden, das Neueinsteigerinnen und Neueinsteigern mit Migrationsgeschichte beim Weg in die Selbstständigkeit und beim Aufbau eines eigenen Betriebes beratend zur Seite zu steht.</p>	1				

Maßnahmen	Priorität		Spezifität		
			Allgemeiner Vorschlag	Konkreter Vorschlag	Bereits tlw. in Umsetzung
<p>Sensibilisierung der Jobberaterinnen und -berater, Arbeitsvermittlerinnen und -vermittler, Betriebe und Unternehmen für Interkulturalität und Vielfalt</p> <p>Aufbau gezielter Schulungen und Workshops, die Beraterinnen, Berater, Vermittlerinnen und Vermittler, Betriebe und Unternehmen für die Potenziale der interkulturellen Vielfalt sensibilisieren und auf das Integrationskonzept sowie die Integrationsbemühungen des Kreises aufmerksam machen.</p> <p>(Halb-)öffentliche Institutionen nehmen eine Vorbildfunktion ein.</p>	29				
	davon		+		
	11				
<p>Patenschaften für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationsgeschichte</p> <p>Neue Mitarbeiterinnen und -mitarbeiter mit Migrationsgeschichte bekommen in den Betrieben Patinnen und Paten zugeteilt, die in den ersten Wochen helfend zur Seite stehen. Diese sollen in gezielten Workshops auf ihre Rolle vorbereitet werden.</p>	13			+	
<p>Fortbildungen für Ausbilderinnen und Ausbilder</p> <p>Ausbilderinnen und Ausbilder in Betrieben sollen bei Bedarf auf ein Angebot zur Fortbildung zurückgreifen können, das ihnen Hilfestellungen beim Umgang mit Auszubildenden mit Migrationsgeschichte erleichtert. Gleichzeitig können solche Fortbildungen die Willkommenskultur in den Betrieben unterstützen.</p>	12			+	
<p>Begegnungstreffen in Betrieben</p>	8		+		

Feld 4: Information und Qualifizierung

Maßnahmen	Priorität		Spezifität		
			Allgemeiner Vorschlag	Konkreter Vorschlag	Bereits tlw. in Umsetzung
Zusammenstellung integrationspezifischer Informationen für unterschiedliche Gruppen, z.B. ... für Fachkräfte mit Migrationsgeschichte ... für Migrantinnen und Migranten ohne Vorbildung ... für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber	27 davon 5 12 10			+	
Qualifizierungsmaßnahmen für Menschen mit Migrationsgeschichte Qualifizierungsmaßnahmen für Menschen mit Migrationsgeschichte werden ausgebaut, um die Grundlagen für den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu verbessern. Ausbau berufsbezogener Praktika Maßnahmen zur besseren Vermittlung von Anschlussmaßnahmen und / oder -beschäftigungen	20 davon 1 10			+	
Transparenz des Angebotes Transparenz und Informationen über Maßnahmen und Angebote	12			+	
Bekanntmachung von Stellenausschreibungen Stellenausschreibungen können ergänzend gezielt über ein Netzwerk der Migrantenselbstorganisationen verteilt werden, um auch Menschen mit Migrationsgeschichte zu erreichen.	5			+	
Beratungskonzepte zur Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen aus dem Ausland Die Erarbeitung von Informationsmaterial für Migrantinnen, Migranten und Verantwortliche in Betrieben zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Schul- und Berufsabschlüssen kann dazu beitragen, die Einstellung von Menschen mit Migrationsgeschichte zu fördern (Hinweis: Fortbildungsangebote durch das Netzwerk Integration durch Qualifizierung und Beratungsangebote im Rahmen der Beratung zur beruflichen Entwicklung bereits vorhanden).	4				+
Ausbau der Angebote in Erwerbslosenberatungsstellen Migrationssensible Gestaltung der Angebote in den Erwerbslosenberatungsstellen Rheine und Ibbenbüren.					+
Unterstützung von Existenzgründungen Mehrsprachige Informationen, mehrsprachige Gründungslotsinnen und -lotsen sowie Kontakte zu einem (noch aufzubauenden) „ethnic business“-Netzwerk können dabei helfen, Menschen mit Migrationsgeschichte die Existenzgründung zu erleichtern. Vereinfachung formaler Abläufe bei gewünschter Selbstständigkeit (soweit möglich und zulässig)			+		

## Handlungsfeld Partizipation und Ehrenamt

### Relevanz des Handlungsfeldes, Akteurinnen, Akteure und Themen

Bereits im „Auffaktkonzept Integration“ hebt der Kreis Steinfurt das Ehrenamt besonders hervor und definiert bürgerschaftliches Engagement als „selbstbestimmte(n) und zielgerichtete(n) Einsatz für nachhaltige Verbesserungen sowohl im persönlichen Lebensumfeld als auch im Gemeinwesen“ (Auffaktkonzept Kreis Steinfurt 2016:17). Zahlreiche landes- und bundesweite Initiativen, Integrationskonzepte und wissenschaftliche Untersuchungen verdeutlichen, dass Integration ohne bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe nicht oder nur schwer möglich ist. Menschen mit Migrationsgeschichte zeigen gegenüber Ehrenamtlichen häufig geringere Berührungspunkte, gleichzeitig kann ehrenamtliches Engagement an vielen Stellen schneller, persönlicher und informeller wirksam werden als das Handeln formeller Institutionen und Akteurinnen und Akteure. Partizipation, Engagement und Teilhabe bieten zudem die Möglichkeit des gegenseitigen Kennenlernens und Austauschs kultureller Praktiken und Wertesysteme. Sie bilden damit – gesellschaftlich wie politisch – auch im Kreis Steinfurt einen wichtigen Ausgangspunkt für das Ankommen der Migrantinnen und Migranten.

Bezogen auf integrationsfördernde Maßnahmen geht es in diesem Handlungsfeld v.a. um die Unterstützung der ehrenamtlichen Initiativen, Akteurinnen und Akteure, gleichzeitig aber auch um die Migrantinnen und Migranten selbst, die nicht nur Zielgruppen ehrenamtlichen Handelns sein sollen, sondern selbst befähigt und ermutigt werden können, sich zu engagieren und am gesellschaftlichen Leben zu partizipieren. Entsprechend nimmt dieses Handlungsfeld insbesondere fünf Aspekte in den Fokus:

- (1) Die politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten, beispielsweise durch Integrationsräte, Migrantenselbstorganisationen oder die Mitarbeit in bestehenden Parteien,
- (2) vielfältige weitere Formen der gesellschaftlichen Partizipation und ehrenamtlichen Tätigkeit,
- (3) die Stärkung der Anerkennungs- und Unterstützungskultur für das Ehrenamt,
- (4) Möglichkeiten zur (Weiter-)Qualifizierung von ehrenamtlich Tätigen sowie
- (5) die Rolle von Teilhabe und Ehrenamt im Bereich der Integrationsarbeit als demokratisches Lernfeld sowie als identifikationsförderndes Element.

## Herausforderungen

Im Handlungsfeld Partizipation und Ehrenamt begegnen den Akteurinnen und Akteuren Herausforderungen, die sowohl auf struktureller als auch auf persönlicher Ebene anzusiedeln sind:

### Strukturelle Ebene

- » Der Kreis Steinfurt und seine angehörigen Kommunen sollten im Bereich der Organisation und Unterstützung ehrenamtlicher Integrationsarbeit ihre Zuständigkeiten
- » abstimmen und ihre Zusammenarbeit ausbauen, um die Möglichkeiten des ehrenamtlichen Handelns weiter zu verbessern.
- » Es bedarf einer zielführenden Koordinierung der vielfältigen Angebote und Strukturen sowie der Zusammenarbeit von Trägern und Ehrenamtlichen.
- » Die Informationsvermittlung an Ehrenamtliche kann noch verbessert werden.
- » Teile der bestehenden Beratungsangebote sind den Zielgruppen und anderen Akteurinnen und Akteuren nicht bekannt.
- » Es sind zu wenig Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in den Migrantenselbstorganisationen bekannt, um diese gezielt einzuladen und in die Zusammenarbeit einzubinden.
- » Die Integrationsarbeit im Ehrenamt erfordert das Schaffen einer Balance zwischen informeller Spontaneität und vorhandenen rechtlichen, strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen.
- » Ehrenamtlich Tätige möchten nicht immer in feste Strukturen eingebunden sein.
- » Die Charakteristika des Flächenkreises Steinfurt (Distanzen, Zeitressourcen) erschweren ehrenamtliches Handeln.

### Persönliche Ebene

- » Teilweise besteht die Gefahr der Überforderung der ehrenamtlich Tätigen im häufig emotional, körperlich und psychisch herausfordernden Feld der Integrationsarbeit.
- » Das Aufrechterhalten der Motivation der ehrenamtlich Tätigen im Bereich der Integrationsarbeit, z.B. vor dem Hintergrund durchgeführter Abschiebungen und negativer Medienberichte, stellt eine Herausforderung dar.
- » Teilweise sehen sich Ehrenamtliche auf Grund ihres Einsatzes für Migrantinnen und Migranten mit verbalen Anfeindungen konfrontiert.
- » Es besteht eine Notwendigkeit der angemessenen Anerkennung und Würdigung des Ehrenamtes.
- » Es bedarf weiterer „neuer“ Ehrenamtlicher. Dabei sollten auch Migrantinnen und Migranten selbst zur Partizipation eingeladen werden.
- » In Einzelfällen kann die Gefahr des unangemessenen ehrenamtlichen Handelns oder des Missbrauchs des Ehrenamts bestehen.
- » In Einzelfällen kann die Reflexion der ehrenamtlich Tätigen über ihr eigenes Handeln und das Handeln anderer zu gering sein.

### **Bestehende Initiativen, Einrichtungen, Angebote, Akteurinnen und Akteure [Auswahl]**

Die folgende Bestandsaufnahme versteht sich als schlaglichtartige Darstellung der bereits laufenden Initiativen und Angebote der Akteurinnen und Akteure im Kreis und verdeutlicht das Engagement der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Dabei lassen sich die vielfältigen Initiativen noch einmal nach stärker politisch ausgerichteten und stärker gesamtgesellschaftlich ansetzenden Initiativen unterteilen, wobei die Übergänge zwischen diesen Bereichen häufig fließend sind. In einer dritten Gruppe lassen sich solche Initiativen zusammenfassen, die die Ehrenamtlichen selbst unterstützen, weiter qualifizieren und/oder vernetzen.

#### **Politische Partizipation**

- » Teilnahme des Kreises am Bundesprojekt „Jugendgerechte Kommune“ zur Entwicklung von Partizipationsmöglichkeiten von und mit Jugendlichen
- » Ehrenamtliche Arbeit von Migrantenselbstorganisationen

#### **Gesellschaftliche Partizipation**

- » Ehrenamtliche Foren und Netzwerke zum Themenfeld Integrationsarbeit in einzelnen Städten des Kreises, z.B. Rheine, Greven, Emsdetten
- » Ehrenamtliche Arbeit der Vereine, insbesondere der Sportvereine
- » Ehrenamtliche Arbeit von Caritas und Wohlfahrtsverbänden
- » Ehrenamtliche Integrationsarbeit der Religionsgemeinschaften

#### **Weiterbildung und Qualifikation / Unterstützung**

- » Förderung ehrenamtlicher Initiativen durch das KI mithilfe von Informations- und Schulungsangeboten sowie Angebote der Integrationsagenturen Ibbenbüren, Rheine und Steinfurt
- » Fachkonferenzen zu den Themen Zuwanderung, Integration, die auch Ehrenamtliche ansprechen
- » LEADER-Regionen mit eigenen Entwicklungsschwerpunkten und Förderprojekten
- » Ehrenamtliche Arbeit von Wohlfahrtsverbänden

### Ziele im Handlungsfeld Partizipation und Ehrenamt

- » Wir würdigen das bürgerschaftliche Engagement im Bereich der Integrationsarbeit vor Ort und fördern und optimieren es mit hauptamtlichen Strukturen und finanzieller Unterstützung. Wir erkennen die Vielfalt dieses ehrenamtlichen Engagements vor Ort an.
- » Wir laden Menschen mit Migrationsgeschichte aktiv zur gesellschaftlichen Partizipation ein und befähigen sie, sich ehrenamtlich zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen.
- » Wir ermutigen Migrantinnen und Migranten bei der Gründung von Migrantenselbstorganisationen und stärken gleichzeitig die Zusammenarbeit und den Austausch mit diesen Organisationen.
- » Wir fördern die politische Bildung und Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte.
- » Wir fördern die kulturelle Öffnung bestehender Strukturen.
- » Wir beteiligen Migrantinnen und Migranten bei der Umsetzung und Weiterentwicklung des Integrationskonzeptes.
- » Wir fördern die Vernetzung ehrenamtlicher Initiativen im Bereich der Integrationsarbeit.
- » Wir gewinnen weitere Ehrenamtliche.
- » Wir sensibilisieren Ehrenamtliche für das Erkennen traumatisierter Migrantinnen und Migranten, stärken sie im Erkennen von und im Umgang mit ihren Folgeerscheinungen.
- » Wir klären sie darüber auf, an welche amtlichen gesundheitlichen und psychologischen Hilfsangebote traumatisierte Menschen weitervermittelt werden sollen.
- » Wir verbinden die Inhalte des Integrationskonzeptes mit Präventionsprogrammen und Maßnahmen zur Antidiskriminierung von Geflüchteten und Ehrenamtlichen, um neonationalistischen und rassistischen Tendenzen vorzubeugen.



## Vorgeschlagene Maßnahmen in unterschiedlichen Bereichen des Handlungsfeldes Arbeit und Wirtschaft






Maßnahmen	Priorität		Spezifität		
			Allgemeiner Vorschlag	Konkreter Vorschlag	Bereits tlw. in Umsetzung
<p>Koordinierung von KI und kommunalen Integrationsagenturen</p> <p>Die Integrationsagenturen in Ibbenbüren, Rheine und Steinfurt leisten bereits wertvolle Beratungsarbeit in den Kommunen vor Ort. Um Parallelstrukturen zu vermeiden und die Effizienz zu steigern, stimmen das KI und die Integrationsagenturen ihre Arbeit miteinander ab.</p> <p>Das KI verbessert die Vernetzung und Anbindung kleinerer Kommunen, identifiziert in diesen Bereichen „Weiße Flecken“ der Integrationsarbeit und erarbeitet mit den Akteurinnen und Akteuren vor Ort Unterstützungsmaßnahmen zur Verbesserung der Situation.</p>	30				
	davon			+	
	6				
	10				
<p>Aufbau einer Datenbank aller Migrantenselbstorganisationen</p> <p>Um Migrantenselbstorganisationen gezielter ansprechen, in die Integrationsarbeit einbeziehen und untereinander vernetzen zu können, ist der Aufbau einer entsprechenden Datenbank hilfreich.</p>	16			+	
<p>Themenspezifische Treffen zum Informations- und Erfahrungsaustausch der Akteurinnen und Akteure</p>	13		+		
<p>Aufbau einer Informations-Datenbank für Interessierte, Schwerpunkt: „Wer macht was in der Integrationsarbeit?“</p>	7			+	
<p>Mehr Öffentlichkeitsarbeit über Beispiele gelungener Integrationsinitiativen</p>	6		+		
<p>Fachkonferenz Zuwanderung, Aufenthalt und Integration</p> <p>Das bereits begonnene Format der Fachkonferenz wird fortgeführt.</p>	4				+
<p>„Zusammen“: Info-Café Integration</p> <p>Organisation eines Forums für den Austausch von Ehrenamt und Migrantinnen und Migranten inkl. der Bereitstellung von Räumlichkeiten</p>	3			+	

Maßnahmen	Priorität		Spezifität		
			Allgemeiner Vorschlag	Konkreter Vorschlag	Bereits tw. in Umsetzung
<p>Aktuelle Informationen für Bürgerinnen und Bürger, Institutionen, Verbände und Vereine rund um das Thema Integration und Migration</p> <p>Beispiele für Inhalte: Wie ist der aktuelle Stand der zugezogenen Migrantinnen und Migranten, wo werden sie untergebracht, was sind nächste Schritte und Maßnahmen zur Integration, welche Möglichkeiten der Gesundheitsfürsorge können sie in Anspruch nehmen?</p> <p>Mögliche Formate, die ein „Klima“ für mehr Engagement schaffen: Integrationsbezogene Infoabende oder Workshops für die Bürgerschaft, Informationen auf Webseiten, Bürgersprechstunden zu Integrationsfragen, regelmäßige integrationsbezogene Presseinformationen, etc.</p>	21				
	davon			+	
	2				
	4				
<p>Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, um Verunsicherungen und Ängste aufzugreifen und Widerstände gegen Integration abzubauen</p> <p>Aktuelle Ereignisse, Berichterstattungen in den Medien und Gerüchte können Verunsicherungen und Ängste in der Bevölkerung verbreiten und Vorurteile schüren. Latente Ängste oder Hassgefühle lassen sich nicht pauschal verbieten, sondern müssen ernst genommen und diskutiert werden. Die Ansprache und Diskussion mit Bürgerinnen und Bürgern z.B. in Form von anlassbezogenen Vorträgen und/oder Themenabenden können zur Information, Aufklärung und Versachlichung der Debatte beitragen.</p>	16				
	davon			+	
	2				
Fachspezifische Informationen	3		+		
<p>Schulung von Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern im Umgang mit Ehrenamt</p> <p>Arbeiten auf Augenhöhe zwischen Verwaltung und Ehrenamt; Abbau von Hemmschwellen des Ehrenamtes gegenüber der Verwaltung; KI als möglicher Vermittler zwischen Ehrenamt und Verwaltung, Möglichkeiten der Überprüfung des eigenen Handelns und der eigenen Haltung.</p> <p>Entwicklung eines Konzeptes zum Abbau von Hemmschwellen als Unterstützung der Kommunen im Umgang mit Ehrenamtlichen</p>	3				
				+	


Feld 3: Förderung der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe & Partizipation

Bei der Förderung der Teilhabe im Bereich des ehrenamtlichen Segmentes von Integrationsarbeit spielen im strukturell sehr heterogenen Kreis Steinfurt die Unterschiede zwischen großen und kleinen Orten mit ihren unterschiedlichen Integrationssituationen und Teilhabemöglichkeiten eine wichtige Rolle und müssen zu einer angemessenen Binnendifferenzierung der Maßnahmen führen. Dabei sollten gerade auch im Feld der ehrenamtlichen Arbeit unterschiedliche Bereitschaften zur Teilhabe mitbedacht werden. Partizipation heißt Beteiligung von Anfang an. Ehrenamtliche Beteiligung ist frei wählbar, jede und jeder kann und soll ihre und seine Ideen einbringen.

Maßnahmen	Priorität	Spezifität		
		Allgemeiner Vorschlag	Konkreter Vorschlag	Bereits tlw. in Umsetzung
<p>Förderung der interkulturellen Öffnung der Parteien und der Verwaltung</p> <p>Lokale Parteien erhalten Unterstützung bei der interkulturellen Öffnung, um auch Migrantinnen und Migranten die Möglichkeit zum Engagement zu geben.</p> <p>Eine verbindliche interkulturelle Öffnung von Parteien und Verwaltung kann dazu beitragen, politischen Nachwuchs zu gewinnen.</p>	27	●	+	
<p>Informationen für Neubürgerinnen und Neubürger über Partizipationsmöglichkeiten und Ehrenamt</p> <p>Erarbeitung eines Grundgerüsts für eine „Willkommens-Infobroschüre“ durch Kreis/KI, mit Modul-Möglichkeiten für lokal-spezifische Ergänzungen durch Kommunen</p>	25 davon 5	●	+	
<p>Themenbezogene Partizipation ausgewählter Zielgruppen</p> <p>Eine spezifischere Form der politischen Partizipation ausgewählter Zielgruppen ist die themenbezogene Beteiligung, wie sie beispielsweise bereits in Rheine mit dem Projekt „Jugendliche Aussiedler RADUGA“ erfolgt. Die Idee ist, konkrete Zielgruppen anzusprechen und einzubeziehen, um Lösungen für Probleme zu finden, die in ihrer Alltagswelt und direkten Umgebung auftreten. Solche Formen der themenbezogenen Partizipation könnten dazu beitragen, auch Migrantinnen und Migranten, die bereits seit vielen Jahren im Kreis leben, ehrenamtlich zu aktivieren und zu integrieren.</p> <p>Weitere mögliche Zielgruppen neben Jugendlichen: Junge Erwachsene, Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Frauen, Familien, etc.</p>	21	●	+	+
<p>Ausbau von Projekten zur politischen Teilhabe</p> <p>Bestehende Projekte zur politischen Bildung und Teilhabe können gezielt und koordiniert an Schulen angeboten werden, um Interesse und Verständnis für lokale Politik zu wecken. Erste Ansätze werden bereits in der LEADER-Region Steinfurter Land mit dem Leitprojekt „Blickpunkt@Jugend – Jugendliche beteiligen und binden“ verfolgt. Kooperationen können diesen Ansatz auf weitere Teile des Kreises ausweiten sowie für bereits laufende Projekte neue Teilnehmerinnen, Teilnehmer und Zielgruppen gewinnen.</p>	14	●	+	+

Maßnahmen	Priorität		Spezifität		
			Allgemeiner Vorschlag	Konkreter Vorschlag	Bereits tlw. in Umsetzung
Bei Projekten zur politischen Teilhabe ist es wichtig, dass sie einen konkreten Bezugsrahmen haben.					
<p>Verbesserung der Mobilitätsanbindung als Grundvoraussetzung für verbesserte Teilhabemöglichkeiten</p> <p>Ergänzende Mobilitätsangebote (ÖPNV, Mitfahrgelegenheiten, etc.) verbessern die Teilhabemöglichkeiten für mobilitätseingeschränkte Menschen.</p>	11		+		
Förderung der politischen Partizipation	7		+		
<p>Unterstützung der Arbeit von Initiativen von Betroffenen für Betroffene</p> <p>z.B.: Stadtplan von Jugendlichen für Jugendliche, von Migrantinnen, Migranten und „einheimischen“ Jugendlichen gestaltet.</p>	2		+		
<p>Unterstützung von Integrationsräten</p> <p>Die Einrichtung von Integrationsräten wird flächendeckend im Kreis unterstützt und in der kommunalen politischen Arbeit angestrebt.</p> <p>Bei dieser Maßnahme sollten die unterschiedlichen Bedürfnisse und Ressourcen der Gemeinden und Städte berücksichtigt werden.</p>	2		+		
<p>Zusammenarbeit mit Migrantenselbstorganisationen</p> <p>Die Migrantenselbstorganisationen sind überwiegend ehrenamtlich geprägt. Die Einbindung und Teilhabe dieser Organisationen im Netzwerk der ehrenamtlichen Integrationsarbeit wird verbessert.</p>			+		

Maßnahmen	Priorität		Spezifität		
			Allgemeiner Vorschlag	Konkreter Vorschlag	Bereits tlw. in Umsetzung
<p>Ausbau der Unterstützungsstrukturen für Ehrenamtliche in der Integrationsarbeit</p> <p>Bestehende Unterstützungsstrukturen für Ehrenamtliche in der Integrationsarbeit können gebündelt und ausgebaut werden. Best Practice-Beispiele und -Strukturen aus diesem Bereich können auf andere Kommunen übertragen werden. Das KI könnte Unterstützung in folgenden Bereichen anbieten</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>› Informationen über Fördermöglichkeiten für Initiativen</li> <li>› Bereitstellung einer Referentinnen- und Referenten-Liste zu integrationsbezogenen Themen</li> <li>› Baustein-Katalog für Fortbildungen (Referentinnen, Referenten, Durchführbarkeit vor Ort)</li> <li>› Lokale und kreisweite Fortbildungsangebote, Beratungsangebote und Basisinformationen auf der Webseite des KI präsentieren</li> <li>› Supervisionsangebote, z.B. bezüglich psychologischer oder gesundheitlicher Fragen</li> </ul>	57				
	davon				
	7			+	
	13				
	5				
	14				
<p>Beantragung konkreter Maßnahmen im Rahmen des Förderprogramms KOMM-AN</p> <p>Das Landesprogramm KOMM-AN NRW bietet Fördermöglichkeiten zur Stärkung und Begleitung des ehrenamtlichen Engagements in der Flüchtlingshilfe. Das Kommunale Integrationszentrum setzt das Förderprogramm vor Ort um und berät die Kommunen bei der Antragstellung und Umsetzung von Maßnahmen.</p>	5			+	
<p>Bilaterale Vernetzungsarbeit</p> <p>Interessierte Vereine und Verbände werden zusammengebracht und zur Kooperation und Koordination ermutigt.</p>	4		+		

Maßnahmen	Priorität		Spezifität		
			Allgemeiner Vorschlag	Konkreter Vorschlag	Bereits tlw. in Umsetzung
<p>Imagestärkung des Ehrenamtes in der Integrationsarbeit</p> <p>Ehrenamtliches Engagement ist keine Selbstverständlichkeit und sollte gewürdigt und anerkannt werden. Eine Imagestärkung der ehrenamtlichen Arbeit bei der Integration von Migrantinnen und Migranten kann durch Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit erfolgen, z.B. durch regelmäßige Vorstellung von ehrenamtlichen Initiativen, Schwerpunktcommunen, etc. in lokalen Medien.</p> <p>Die Würdigung von ehrenamtlichem Engagement in der Integrationsarbeit und Flüchtlingshilfe erfolgt im Rahmen einer allgemeinen Anerkennung des Ehrenamtes. Veranstaltungen der bundesweiten Woche des bürgerschaftlichen Engagements werden im Kreis berücksichtigt.</p> <p>Der Kreis organisiert Verfahren zur Weiterleitung finanzieller Mittel zur Unterstützung der Anerkennungskultur vor Ort und zur Deckung der Aufwandsentschädigungen.</p>	15				
	davon				
					
	2		+		
	5				

## Handlungsfeld Kultur und Freizeit

### Relevanz des Handlungsfeldes, Akteurinnen, Akteure und Themen

Gesellschaftliche Partizipation, einer der Grundsteine gelingender Integration, vollzieht sich in vielen verschiedenen Segmenten, von denen manche bis in das private und persönliche Umfeld hineinreichen. In diesem Kontext spielen die Bereiche Kultur und Freizeit eine tragende Rolle. Das Auftaktkonzept Integration des Kreises Steinfurt betont deren besondere Bedeutung und zentrale Funktion für die gesellschaftliche Teilhabe der Migrantinnen und Migranten. Hier wird die formelle schulische Bildung im Sinne eines lebenslangen, die Biographie begleitenden Prozesses in mannigfaltiger Weise durch informelle Formate ergänzt. Gleichzeitig erlernen Kinder, Jugendliche und auch Erwachsene beim Hineinwachsen in freizeitbezogene Netzwerke im Kreis Steinfurt bewusst und unbewusst soziale und andere Kompetenzen.

Die Vielfalt der Angebote im Bereich Kultur und Freizeit kann den Migrantinnen und Migranten mit sehr unterschiedlichen Bedürfnissen das Ankommen und die gesellschaftliche Teilhabe erleichtern. Das gemeinsame Tun und Erleben senkt die „Fremdheits“-Schwelle auf beiden Seiten, baut gegenseitige Vorurteile ab und steigert das Gemeinschafts- und Zugehörigkeitsgefühl. Insbesondere zu Beginn der Integration können diejenigen Kultur- und Freizeitangebote, bei denen die Sprachkompetenz eine geringere Rolle spielt, die Hemmschwelle zur Teilnahme senken und Berührungspunkte abbauen. Auf diese Weise werden positive Weichen für die zukünftige Identifikation und zivilgesellschaftliche Teilhabe gestellt.

Das Handlungsfeld nimmt als Zielgruppe Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit Migrationsgeschichte in den Fokus sowie die Migrantenselbstorganisationen, die in den Kommunen des Kreises tätig sind. Zentrale Orte und Institutionen der Kultur und Freizeit, die ebenfalls mit diesem Handlungsfeld angesprochen werden, sind (1) die zahlreichen Vereine und Verbände unterschiedlichster Ausrichtung, (2) kulturelle Einrichtungen wie Theater, Kinos, Museen, etc., (3) Volkshochschulen und Bibliotheken sowie (4) weitere außerschulische Lernorte (z.B. Träger der offenen Jugendarbeit).

Inhaltlich geht es in diesem Handlungsfeld zumeist weniger um das Schaffen zusätzlicher Angebote, als vielmehr um Maßnahmen

- (1) zur Transparenz und öffentlich wirksamen Darstellung des bereits bestehenden vielfältigen Angebotes,
- (2) zur interkulturellen Öffnung, Sensibilisierung und Vernetzung von Einrichtungen und Angeboten sowie
- (3) zum Abbau von Hemmschwellen und Berührungspunkten auf allen Seiten.

## Bestehende Initiativen, Einrichtungen, Angebote, Akteurinnen und Akteure [Auswahl]

### Bestandsauswahl Kultur

- » Theater, Theatergruppen und soziokulturelle Begegnungszentren, z.B. Steinfurt, Rheine, Emsdetten, Tecklenburg, Neuenkirchen, etc.
- » Integrative Angebote der Religionsgemeinschaften
- » Volkshochschulen
- » Bibliotheken und Büchereien
- » Medienzentrum
- » Musikschulen
- » Kulturrucksack NRW, Sonderförderung für Themenfeld Integration
- » Filmangebote in den Kinos der Städte

### Bestandsauswahl Freizeit

- » Touristische und naturkundliche Angebote zum Erleben und Kennenlernen der Umgebung
- » Volkshochschulen
- » Angebote der Jugendarbeit
- » Angebote diverser außerschulischer Lernorte
- » Chöre
- » Musikvereine
- » Bands

## Herausforderungen

Die Herausforderungen unterscheiden sich je nach Kultur- oder Freizeitangebot teilweise stark, so dass an dieser Stelle lediglich zwei allgemeingültige, gleichwohl zentrale Herausforderungen genannt werden können: Es ist zu beachten, dass aufgrund verschiedener kultureller Wertesysteme und Praktiken recht unterschiedliche Vorstellungen über die Bedeutung von und die Teilhabe an Kultur- und Freizeitangeboten bei Menschen mit Migrationsgeschichte aus unterschiedlichen regionalen und sozialen Kontexten bestehen können. Aufgrund der ohnehin oft knappen Ressourcen in diesem Handlungsfeld ist die Integrationsförderung für Teile der betroffenen Kultur- und Freizeitangebote mit Mehrkosten und personellem Mehraufwand verbunden.



## Ziele im Handlungsfeld Kultur und Freizeit

- » Wir befähigen alle Menschen unabhängig von Alter, Herkunft, Geschlecht, Religion und finanzieller Situation zur Teilhabe am kulturellen Angebot.
- » Wir richten die Maßnahmen und Angebote an den Bedürfnissen der Menschen mit Migrationsgeschichte im Kreis Steinfurt aus.
- » Wir stärken Einrichtungen des Kultur- und Freizeitangebotes für eine interkulturelle Öffnung.
- » Wir fördern den interkulturellen Austausch durch bedarfsgerechte Maßnahmen.
- » Wir fördern und ermöglichen die ehrenamtliche Beschäftigung und Weiterbildung für Migrantinnen und Migranten im Kultur- und Freizeitbereich.
- » Wir ermutigen Migrantinnen und Migranten zur Gründung kultur- und freizeitbezogener Migrantenselbstorganisationen und stärken gleichzeitig die Zusammenarbeit und den Austausch mit diesen Organisationen.
- » Wir sensibilisieren die außerschulischen Lernorte des Kreises für eine interkulturelle Öffnung und stärken diese.
- » Wir unterstützen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der Integrationsarbeit und bauen entsprechende Netzwerke auf.
- » Die mit Integrationsfragen betrauten Behörden des Kreises und der Kommunen stellen Transparenz her und treten in Dialog mit Kulturvereinen, Sportvereinen, Organisationen, etc.




## Vorgeschlagene Maßnahmen im Handlungsfeld Kultur und Freizeit

Maßnahmen	Priorität		Spezifität		
			Allgemeiner Vorschlag	Konkreter Vorschlag	Bereits tww. in Umsetzung
<p>Interkultureller Zirkus &amp; Theaterprojekte</p> <p>Derartige niedrigschwellige Angebote tragen zur Stärkung der Selbstkompetenz und zum Austausch bei.</p>	16		+		
<p>Formate und Angebote zum Thema Alltagskultur</p> <p>Essen, Gebräuche, Traditionen – die Alltagskultur findet unterschiedliche Ausprägungen, deren Erleben für alle Seiten spannend und gewinnbringend ist.</p>	14		+		
<p>Mehrsprachige Einführungsangebote für Migrantinnen und Migranten in Bibliotheken</p> <p>Einige Bibliotheken bieten bereits mehrsprachige Einführungen in ihr Angebot an. Diese Maßnahme kann kreisweit ausgebaut werden, um möglichst vielen Migrantinnen und Migranten den Zugang zum Medienangebot der Bibliotheken zu erleichtern.</p> <p>In diesem Kontext werden Sprachmittlerinnen und -mittler zur Verfügung gestellt, ggf. qualifiziert und finanziert.</p>	14 davon 7			+	+
<p>Café International und Begegnungscafés</p> <p>Vierorts im Kreis Steinfurt sind bereits Formen des Café International oder Begegnungscafés vorhanden. Dieses Format kann auf weitere Orte ausgeweitet werden.</p>	13			+	+
<p>Vernetzung und Transparenz von Kultureinrichtungen und ihrer integrationsfördernden Angebote</p> <p>Mithilfe einer solchen Form der Vernetzung werden besonders diejenigen Kultureinrichtungen angesprochen und sichtbar gemacht, die Angebote bereitstellen, welche zur Integration beitragen.</p>	13		+		
<p>Informationsangebote über Fördermöglichkeiten</p> <p>Das KI informiert Vereine, Musikschulen und kommunale Einrichtungen über Fördermöglichkeiten und ist bei der Akquise von Fördermitteln unterstützend tätig.</p>	11			+	
<p>Ausweitung des Kulturdolmetscher-Ansatzes</p> <p>Ehrenamtliche geschulte Kulturdolmetscherinnen und -dolmetscher kommen als Kulturvermittlerinnen und -vermittler in Kitas, Schulen und anderen Einrichtungen zum Einsatz. Mit verschiedenen Aktivitäten werden kulturelle Praktiken ausgetauscht und das gegenseitige Verständnis gefördert.</p> <p>Finden, Qualifizierung und Vernetzung von Kulturlotsinnen und -lotsen</p>	8 davon 6			+	+

Maßnahmen	Priorität		Spezifität		
			Allgemeiner Vorschlag	Konkreter Vorschlag	Bereits tlw. in Umsetzung
<p>Migrationssensible Gestaltung des „Kulturrucksack NRW“</p> <p>Der Kulturrucksack NRW richtet sich an Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 14 Jahren und ermöglicht ihnen den kostenlosen oder kostenreduzierten Zugang zu kulturellen Angeboten. Der Kreis Steinfurt ist bereits seit 2014 unter dem Motto „Connected – der Kreis ist rund“ an dem Programm beteiligt. Die Kulturangebote können migrationssensibel gestaltete Teile enthalten, um besonders auch Kinder mit Migrationsgeschichte anzusprechen.</p> <p>Förderung und Vernetzung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren</p>	5				
	davon				+
	1			+	
<p>Ausweitung bestehender Projekte, um Migrantinnen und Migranten an Kultureinrichtungen heranzuführen</p> <p>Migrantinnen und Migranten, die nicht mehr in Kita oder Schule eingebunden sind, werden bspw. durch ehrenamtliche Kulturpatinnen und -paten an Kulturangebote und -einrichtungen herangeführt.</p>	4		+		

Maßnahmen	Priorität		Spezifität		
			Allgemeiner Vorschlag	Konkreter Vorschlag	Bereits tlw. in Umsetzung
<p>Bekanntmachen von Freizeitmöglichkeiten unter Menschen mit Migrationsgeschichte</p> <p>Um auf die vielfältigen Freizeitmöglichkeiten in den Kommunen des Kreises aufmerksam zu machen, werden verschiedene Strategien genutzt, z.B.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>› Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Migrantenselbstorganisationen, um über diesen Weg sowohl Angebote für die Zielgruppe zu generieren und optimieren als auch Informationen zu den Angeboten breit zu streuen.</li> <li>› Gemeinsame Internetseite (Zeitung) / Plattform als Austauschinstrument nutzen.</li> </ul>	15				
	davon				
	5		+		
				+	
<p>Förderung interkultureller Angebote der außerschulischen Lernorte im Kreis Steinfurt</p> <p>Die Vielzahl von außerschulischen Lernorten soll Unterstützung bei der migrations sensiblen Ausgestaltung ihrer Angebote erhalten.</p> <p>Die Förderung kann auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen, z.B. bei</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>› der Konzeptentwicklung,</li> <li>› der Finanzierung und/oder</li> <li>› der personellen Unterstützung</li> </ul>	14				
	davon		+		
	4				
<p>Organisation von Festen</p> <p>Migrantenselbstorganisationen und ehrenamtlich Tätige werden bei der Organisation und Durchführung von Dorf-, Stadt- und Stadtteilfesten nach ihren Möglichkeiten aktiv einbezogen.</p>	14		+		
<p>Interkulturelle Begegnung schaffen</p> <p>Ehrenamtliche Projekte, die interkulturelle Begegnung und Freizeitmöglichkeiten schaffen, wie z.B. das Centro in Rheine, werden unterstützt und gefördert.</p>	11		+		+
<p>Verknüpfung von schulischen und außerschulischen Angeboten</p> <p>Durch eine Verbindung von schulischen (OGS) und außerschulischen Angeboten kann eine Konkurrenz um die Zeitressourcen der Zielgruppe vermieden werden.</p>	9		+		
	davon				
	4				
<p>Mehrsprachiges Informationsmaterial</p> <p>Informationsmaterial zu den Freizeitmöglichkeiten und außerschulischen Lernorten soll mehrsprachig angeboten werden. Einige Einrichtungen verfügen bereits über Erfahrungen mit mehrsprachigem Informationsmaterial, von denen andere Kommunen und Einrichtungen profitieren können.</p>	8			+	+

Maßnahmen	Priorität		Spezifität		
			Allgemeiner Vorschlag	Konkreter Vorschlag	Bereits tlw. in Umsetzung
<p>Organisation von Touren im Kreis Steinfurt</p> <p>Um Neubürgerinnen und Neubürger mit Migrationsgeschichte die Umgebung und ihre Freizeitmöglichkeiten näher zu bringen, werden ehrenamtlich organisierte Wander- und Radtouren sowie Spaziergänge und Ausflüge in die Region angeboten.</p> <p>Die Organisationen werden an die jeweiligen Bedürfnisse und Gegebenheiten angepasst. Das KI kann Hilfestellungen bei einer gemeindeübergreifenden Organisation bieten.</p>	8		+		

## Handlungsfeld Sport

### Relevanz des Handlungsfeldes, Akteurinnen, Akteure und Themen

Für das aktive Hineinwachsen von Menschen mit Migrationsgeschichte in die sozialen Netzwerke erfüllt der Sport in vielen Fällen eine sehr wichtige Funktion. Ein „Miteinander“ jenseits vorhandener Unterschiede ist bei der sportlichen Betätigung häufig die gemeinsame Grundlage. Viele Sportarten haben überdies Regeln, die international bekannt sind und sich auch bei fehlender oder geringer Kenntnis der Landessprache einfach vermitteln lassen, sodass ein schnelles Hineinwachsen möglich ist. Die sportliche Betätigung findet zumeist in direkter Begegnung und in Gemeinschaft mit anderen Menschen statt, die alltägliche Interaktion verbessert die Kontaktmöglichkeiten und die Integration. Dabei wird im Sport gegenseitige Verständigung und Toleranz aktiv und spielerisch eingeübt.

Zu Recht hebt das Handlungskonzept für eine nachhaltige interkulturelle Öffnung des organisierten Sports in NRW hervor, dass der Sport sehr offen für die Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte ist und dass es dabei vielfältige Angebote für alle Geschlechter und Altersgruppen gibt. Auch im Kreis Steinfurt bieten die Sportvereine damit einen willkommenen Zugang zur einheimischen Kultur und gleichzeitig ein Lernfeld für das aktive Hineinwachsen in die Gemeinschaft.

Vor diesem Hintergrund kann der Sport im Bereich der zivilgesellschaftlichen Angebote des Kreises Steinfurt als einer der wichtigen „Türöffner“ für Integration bezeichnet werden. In diesem Kontext kommt dem organisierten Vereinssport auch vor Ort noch einmal eine besondere Rolle zu, und es ist von Bedeutung, die in diesem Feld bestehende Hilfsbereitschaft und das aktive Engagement zu fördern und mit Blick auf deren Rolle im Bereich der Integration bedarfsgerecht auszubauen.

### Bestehende Initiativen, Einrichtungen, Angebote, Akteurinnen und Akteure [Auswahl]

- » Pakt für den Sport des Kreissportbundes und des Kreises Steinfurt (2014-2018)
- » Integrationsaspekte sind bereits in der Sportförderrichtlinie des Kreises verankert
- » Projektförderung „Integration im Quartier“:  
sportliche und außersportliche Aktivitäten für Geflüchtete
- » ISV United – Offenes Fußballangebot der Ibbenbürener Spvg. 08 e.V.
- » Initiative Sporthand – Integration durch Sport, Steinfurt
- » Viele aktive Sportvereine des Kreises Steinfurt

### Herausforderungen

Auch im Bereich des Sports ist die Integrationsarbeit durch die besondere Herausforderung des nicht immer reibungsfreien Miteinanders verschiedener kultureller Wertesysteme und Praktiken gekennzeichnet, die teilweise unterschiedliche Vorstellungen über die Bedeutung von und die Teilhabe an Sportangeboten entwickeln können. Auf der Seite der formellen und informellen Sportangebote im Kreis Steinfurt ist die Integrationsförderung für Teile der vorhandenen Kultur- und Sportangebote mit Mehrkosten und personellem Mehraufwand verbunden.

### Ziele

- » Wir richten die Maßnahmen und Angebote an den Bedürfnissen der Menschen im Kreis Steinfurt aus.
- » Wir stellen Transparenz her und erarbeiten bedarfsgerechte Angebote.
- » Wir treten in Dialog mit Sportvereinen und -verbänden.
- » Wir fördern in den Sportvereinen des Kreises Steinfurt den interkulturellen Austausch durch Maßnahmen und Projekte.
- » Wir stärken sportbezogene Einrichtungen im Kreis Steinfurt für eine interkulturelle Öffnung.
- » Wir fördern und ermöglichen die ehrenamtliche Beschäftigung und Weiterbildung für Migrantinnen und Migranten im Sportbereich.
- » Wir befähigen alle Menschen unabhängig von Alter, Herkunft, Geschlecht, Religion und finanzieller Situation zur Teilhabe am sportlichen Angebot.
- » Wir fördern spezifische Angebote für Mädchen und Frauen.

## Vorgeschlagene Maßnahmen im Handlungsfeld Sport

Maßnahmen	Priorität		Spezifität		
			Allgemeiner Vorschlag	Konkreter Vorschlag	Bereits tlw. in Umsetzung
<p>Unterstützung spezifischer Angebote zur Teilnahme am Sport für Teilgruppen von Migrantinnen und Migranten</p> <p>Angebote für bestimmte Teilgruppen von Migrantinnen und Migranten wie zum Beispiel Frauen und ältere Menschen werden unterstützt und an die Zielgruppe herangetragen</p>	16		+		
	davon 9				
<p>Erstellung eines Leitfadens zur interkulturellen Öffnung von Sportvereinen, Verbänden, Initiativen, etc.</p> <p>Akteurinnen und Akteure der Integrationsarbeit formulieren einen Leitfaden zur interkulturellen Öffnung von Sportvereinen, Verbänden und Initiativen, um für die Bedürfnisse und Ängste der Migrantinnen und Migranten zu sensibilisieren.</p> <p>Erarbeiten von Aktivierungsideen: Wie können Migrantinnen und Migranten für die Sportvereine gewonnen werden?</p>	11			+	+
	davon 5				
<p>Migrantinnen und Migranten als Übungsleiterinnen und Übungsleiter gewinnen</p> <p>Migrantinnen und Migranten können als Übungsleiterinnen, Übungsleiter und Ehrenamtliche in Sportvereinen gewonnen werden und zur interkulturellen Öffnung der Vereine beitragen.</p> <p>Niedrigschwellige Angebote zur Übungsleiterinnen- und Übungsleiter-Ausbildung</p> <p>Gruppenhelfer (13-17 Jahre) in Vereinen und Schulen</p>	9			+	
	davon 1				
<p>Maßnahme zur Verbesserung der Vernetzung zwischen relevanten Akteurinnen und Akteuren im Bereich Sport.</p>	8		+		
<p>Förderung des Interkulturellen Betriebssportes</p>	6			+	
<p>Elternaktivierung</p> <p>Eltern mit Migrationsgeschichte werden gezielt in Kitas und Schulen angesprochen und über außerschulische Aktivitäten, insbesondere das sportliche Angebot informiert. Hierbei wird auf den Wert außerschulischer Angebote insbesondere für Mädchen hingewiesen.</p>	5		+		
<p>Interkulturelle Fortbildungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Sportvereinen</p> <p>Übungsleiterinnen und Übungsleiter werden gezielt in Bezug auf die interkulturelle Öffnung geschult und fortgebildet (Bekleidung beim Sport, gemeinsamer Sport von Jungen und Mädchen, etc.).</p>	5			+	
<p>Entwicklung und Förderung offener Sportangebote</p>	3		+		

## Weitere künftig stärker zu entwickelnde Handlungsfelder

Die Veranstaltungen zur Erarbeitung des Integrationskonzeptes haben deutlich gemacht, dass es neben den im Konzept aufgegriffenen Handlungsfeldern noch weitere Themen gibt, die für die Integrationsarbeit im Kreis Steinfurt eine zentrale Rolle spielen und die in den kommenden Jahren bei der Weiterentwicklung und Fortschreibung des Konzeptes einfließen sollten.

### Wohnen und Wohnumfeld-Integration

Insbesondere vor dem Hintergrund der Zuwanderungsbewegungen im Herbst 2015 standen nicht nur die kleineren Kommunen vor der Herausforderung, Geflüchtete zeitnah mit Wohnraum zu versorgen. Nach der Notversorgung der Zugewanderten steht in einem nächsten Schritt deren Integration in den lokalen und regionalen Wohnungsmarkt und in das Quartier bevor. Wissenschaftliche Untersuchungen unterstreichen, dass neben dem häufig dominierenden und zweifellos wichtigen Integrationsfaktor Sprache immer auch der Faktor Wohnen und Wohnraumentwicklung als Steuerungsgröße in den Vordergrund gestellt werden sollte.

Der Prozess des Ankommens von Menschen mit Migrationsgeschichte im Wohnumfeld und im Quartier kann durch entsprechende Ziele und Maßnahmen der Integrationsarbeit aktiv unterstützt werden. Dies kann dazu beitragen, die in den jeweiligen Nachbarschaften und Quartieren tätigen zivilgesellschaftlichen Gruppen, Akteurinnen und Akteure zu identifizieren und für die Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte zu sensibilisieren. Auf diese Weise können einerseits potentielle Konfliktlinien der Nachbarschaft erkannt und abgeschwächt und andererseits die Eingliederung der Zugewanderten beispielsweise mithilfe von Integrationslotsinnen und -lotsen proaktiv unterstützt werden.

### Kultursensible Pflege

Die unterschiedlichen kulturellen Wertesysteme und Praktiken der Menschen mit Migrationsgeschichte spielen auch im Handlungsfeld der Pflege im Alter eine Rolle, die zukünftig stärker werden wird. Während sich der Aspekt der Gesundheit durch alle Handlungsfelder des Integrationskonzeptes als Querschnittsthema hindurchzieht, wird in der Pflege ein besonderes Augenmerk auf die spezifischen Beratungsbedürfnisse der Menschen mit Migrationsgeschichte einerseits und die besonderen Sensibilisierungs- und Schulungserfordernisse des Pflegepersonals andererseits gelegt.



## Ausblick

Das erste Integrationskonzept des Kreises Steinfurt liegt vor, es ist ambitioniert und trägt gleichzeitig in seiner Breite und Offenheit den sehr unterschiedlichen integrationsbezogenen Problemlagen und -geschwindigkeiten im Kreis Steinfurt Rechnung. In dieser Form bildet es als erstes auf Kreisebene angelegtes Integrationskonzept die Möglichkeit, aus dem breiten Ziel- und Maßnahmenkatalog die jeweils situations- bzw. ortsbezogenen angemessenen Instrumente auszuwählen und sie an die unterschiedlichen Bedürfnisse anzupassen.

Inhaltlich beruht das Konzept einerseits auf integrationsbezogenen Impulsen aus der Landes- und Bundesebene; andererseits haben die engagierten Debatten der Akteurinnen und Akteure der Integrationsarbeit aus dem Kreis Steinfurt im Rahmen der beiden Workshops diese in starkem Maße mit Blick auf die lokalen, kreisspezifischen Belange hin ausgerichtet und erweitert. Allgemeine Erfordernisse und lokale Spezifika wurden in eine sinnvolle Balance gebracht.

Die kommenden Monate und Jahre werden zeigen, welche Handlungsfelder sich zu Schwerpunkten der Integrationsarbeit herausbilden werden, welche der zahlreichen Maßnahmenvorschläge zeitnah umsetzbar bzw. erweiterbar sind und an welchen Stellen es noch weiterer Abstimmung und Konkretisierung bedarf. In gut zwei Jahren soll das Konzept auf den Prüfstand gestellt werden, dann ist Zeit für einen weiteren Erfahrungsaustausch und für die inhaltliche Nach- und Feinjustierung. In der Fortschreibung des Integrationskonzeptes können Handlungsfelder, Ziele und Maßnahmen angepasst, konkretisiert oder gestrichen werden, und neue Themen können den Weg in das Konzept finden, um so den aktuellen und zukünftigen Entwicklungen gerecht zu werden. Mit einer solchen Überprüfung und Steuerung sind wichtige Komponenten für die zukünftige Entwicklung des Integrationskonzeptes bereits umrissen, die es möglich machen, den sich derzeit dynamisch ändernden gesellschaftlichen Anforderungen ebenso zu begegnen wie den lokalen Rahmenbedingungen und Besonderheiten der Kommunen des Kreises Steinfurt. In dieser Form ist das vorliegende Integrationskonzept ein wichtiger Schritt auf dem Weg in eine nachhaltige und zukunftsorientierte Integrationsarbeit.

## Pressebericht

# Impulse für Integration

Fachkonferenz mit rund 150 Teilnehmern

**KREIS STEINFURT.** Wie kann Integration im Kreis gut gelingen? Diese Frage stand im Mittelpunkt der Fachtagung, zu der das Kommunale Integrationszentrum Kreis Steinfurt (KI) jetzt Akteure aus Kommunen, Politik, Schulen, Wirtschaft, Institutionen, Vereinen, Verbänden und Initiativen ins Steinfurter Kreishaus eingeladen hatte.

Die rund 150 Teilnehmer gaben hierbei wichtige Impulse und Anregungen für das Integrationskonzept,

dass das KI derzeit erarbeitet und das im April politisch beschlossen werden soll.

„Die Integration zugewandelter Menschen ist ein Thema, das uns alle angeht“, betonte Landrat Dr. Klaus Effing in seiner Einführung, „mit dem großen Zustrom von Flüchtlingen Ende 2015 ist es wieder besonders in den Fokus gerückt.“

Die Städte und Gemeinden sowie die zahlreichen Ehrenamtlichen hätten bei der Erstversorgung der Zugewanderten Großartiges geleistet, so Effing. Jetzt sei es wichtig, Strukturen zu schaffen und zu stärken, die die Integration aller, die dauerhaft in Deutschland bleiben dürfen, ermöglicht.

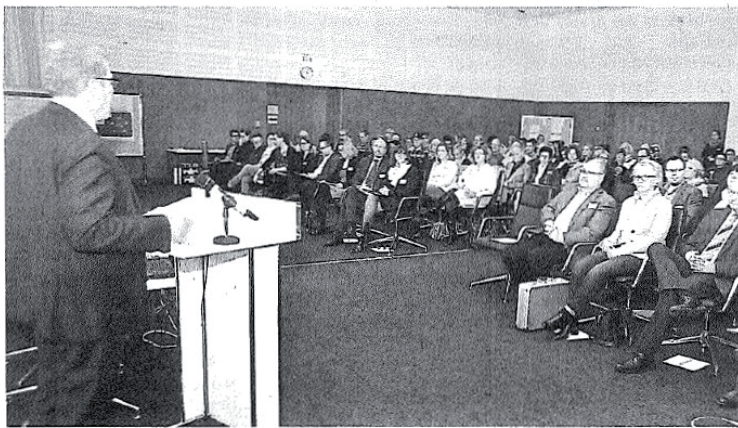
Im Sommer 2016 hat der Kreis ein Kommunales Integrationszentrum installiert. Lilli Schmidt, Leiterin des KI, stellte den Gästen der Tagung Aufgaben und Struktur der Einrichtung vor. Die Unterstützung und Weiterentwicklung von Netzwerken gehöre ebenso dazu wie die Entwicklung integra-

tionspolitischer Handlungskonzepte und die Akquise und Verteilung von Fördermitteln. „Eine wichtige Aufgabe für uns ist darüber hinaus die Qualifizierung von Erziehern, Ausbildern und Lehrern im Bereich der Sprachvermittlung sowie die Unterstützung von Ehrenamtlichen“, erläuterte Schmidt.

In Workshops zu den Handlungsfeldern Frühkindliche Bildung, Schule, Arbeit und Wirtschaft, Ehrenamt und Partizipation sowie Kultur, Freizeit und Sport trugen die Teilnehmer zusammen, welche Faktoren eine gelingende Integrationsarbeit befördern und welche Maßnahmen für den Kreis relevant sind.

Die Themenspektren sprachliche Bildung und Integration als Querschnittsaufgabe wurden dabei in allen Workshops mit berücksichtigt.

Professor Dr. Paul Reuber vom Institut für Geographie der Uni Münster, der mit seinem Team die Veranstaltung moderierte, trägt die Ergebnisse zusammen. Sie werden in einer Fachtagung am Donnerstag (9. Februar) ab 9.30 Uhr im Steinfurter Kreishaus vorgestellt.



Auch für Landrat Dr. Klaus Effing (l.) ist Integration ein wichtiges Thema.

Abbildung 5: Pressebericht, Westfälische Nachrichten vom 31.01.2017.

**Ziele,  
Wege,  
Chancen**

**Integration im  
Kreis Steinfurt  
Auftraktkonzept**

## INHALT

Vorwort	3
Integrationsverständnis	4
Einleitung	6
Ausgangslage	8
Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe	13
Integration und Perspektiven für Geflüchtete	15
Integration und bürgerschaftliches Engagement	16
Integration als Querschnittsaufgabe in der Kreisverwaltung	18
Integration und Daseinsvorsorge	20
Integration entlang der Bildungskette	24
Integration in den Arbeitsmarkt	33
Ausblick	35
Impressum	40

## VORWORT

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Leserinnen und Leser,

neulich bei einem Gespräch auf dem Spielplatz wird ein Kind gefragt: „Habt Ihr bei Euch im Kindergarten auch Ausländer?“ Das gefragte Kind grübelt und überlegt, sieht den Erwachsenen an und sagt strahlend: „Nein, nur Kinder!“

Kann es so einfach sein? Die große Herausforderung beim Thema Integration liegt in der Überwindung von Schubladendenken und Ausschlussmechanismen. Die angst- und vorurteilsfreie Auseinandersetzung mit den Entwicklungen unserer Gesellschaft fordert uns. Aber sie bietet uns auch die Chance, uns weiter zu entwickeln, uns zukunftsfähig aufzustellen und Vielfalt als Bereicherung zu erleben. Wir streben eine von Wertschätzung der sprachlichen und kulturellen Vielfalt gegenüber geprägte Integrationsarbeit an.

Somit ist Integration schon längst eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe geworden, die uns alle angeht. Ich lade Sie ein, das Auftaktkonzept „Integration im Kreis Steinfurt: Ziele, Wege, Chancen“ als Angebot zu begreifen und als Einladung zur Beteiligung.

Wir legen unserem Konzept ein offenes und auf Wertschätzung basierendes Integrationsverständnis zu Grunde. Ziel ist es, allen Menschen die gleichen Chancen an gesellschaftlicher Teilhabe und somit auch gesellschaftlicher Integration zu ermöglichen unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder persönlicher und wirtschaftlicher Situation. Insbesondere die Verwirklichung von Chancengleichheit in Bezug auf schulische und berufliche Bildung ist hierfür ein zentraler Schlüssel.



Ihr Landrat

Dr. Klaus Effing

## INTEGRATIONSVERSTÄNDNIS

Erfolgreiche Integration braucht eine klare Orientierung und eine gemeinsame Zielrichtung. Grundlegendes und übergeordnetes Ziel aller Integrationsarbeit ist das gelingende, friedliche und auf Toleranz basierende Zusammenleben aller Menschen in einer vielfältigen und heterogenen Gesellschaft. Die Sicherung des sozialen Friedens ist eine unabdingbare Voraussetzung dafür, dass sich alle Menschen sicher, angenommen und beheimatet fühlen können.

Die Werte unserer Gesellschaft gründen auf der freiheitlich demokratischen Grundordnung, die im Grundgesetz verankert ist. Toleranz gegenüber anderen und die Akzeptanz der im Grundgesetz verankerten Werte und Normen sind Voraussetzung für ein gelingendes Miteinander. Dabei sind die Menschen- und Bürgerrechte eine feste Grundlage unserer Gesellschaft und nicht verhandelbar. Das gilt insbesondere für die Unantastbarkeit der Würde des Menschen, Toleranz, Religionsfreiheit, Presse- und Meinungsfreiheit sowie die Gleichstellung von Männern und Frauen. Die nachhaltige Vermittlung dieser Werte ist zentrale Aufgabe. Ziel muss es sein, dass alle Menschen, die dauerhaft in Deutschland leben, die Werte des Grundgesetzes respektieren und sich entsprechend verhalten.

Wir gründen die Ziele von Integration und die Umsetzung von Angeboten und Maßnahmen auf dem bestehenden Rechtssystem und den geltenden Gesetzen. Wir verstehen Integration vor allem als Aufgabe, bei der die kommunale Ebene eine zentrale Rolle übernehmen muss.

Alle hier lebenden Menschen sind gefordert, das gemeinsame Leben mitzugestalten. Als Kreis haben wir die Aufgabe, diesen Weg aktiv zu begleiten und dafür Sorge zu tragen, dass alle Beteiligten Integrations Schritte gehen können. Dazu gehört auch, dass sich alle Menschen, die dauerhaft in Deutschland leben wollen, darum bemühen, die deutsche Sprache zu erlernen. Im Gegenzug stellen wir sicher, dass entsprechende Angebote in ausreichender und zielführender Form vorliegen.

Derzeit sehen wir uns auch im Kreis Steinfurt insbesondere mit den Herausforderungen des demografischen Wandels konfrontiert. Angesichts der zu erwartenden Auswirkungen auf die ländlichen Regionen und die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt werden seit Jahren gemeinsam mit den relevanten regionalen Akteuren Strategien entwickelt, die durch nachhaltige, ressourcenorientierte Projekte Perspektiven für die Zukunft schaffen. Dies macht deutlich, dass unsere Gesellschaft permanenter Veränderung, Weiterentwicklung und einem stetigen Wandel unterworfen ist. Diese Prozesshaftigkeit spiegelt sich auch beim Thema Integration wieder. Integration ist für uns ein gegenseitiger Prozess aller Beteiligten, der von den Grundsätzen des Förderns und Forderns geprägt ist.

Die Sicherung des sozialen Zusammenhalts ist ein wesentlicher Gelingensfaktor für Integrationsprozesse. So muss sichergestellt werden, dass nicht verschiedene Bevölkerungsgruppen gegeneinan-

der ausgespielt werden, sei es am Arbeits- oder Wohnungsmarkt oder im Bildungsbereich.

Dabei liegt eine der großen Herausforderungen darin, gesellschaftliche Exklusionsmechanismen zu erkennen und diesen entgegen zu wirken. Dazu gehört insbesondere die aktive Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Homophobie, Feindlichkeit gegenüber behinderten Menschen, Antisemitismus, Feindlichkeit gegenüber allen Religionen, Sexismus und antidemokratischen Einstellungen.

Zudem müssen vorhandene Strukturen noch stärker darauf ausgerichtet werden, gleiche Zugangschancen zu Bildung und Arbeit und somit gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe zu schaffen und zu unterstützen. Als Kreis ist es unsere Aufgabe, die Rahmenbedingungen unter Beachtung der komplexen Lebenszusammenhänge und Lebenswirklichkeiten unserer modernen Gesellschaft zukunftsorientiert mitzugestalten, so dass das Zusammenleben in unserer real existierenden vielfältigen Gesellschaft verbessert wird.

Dieses Integrationsverständnis beschreibt eine Haltung der Offenheit, Toleranz und Akzeptanz unterschiedlicher Lebensentwürfe und formuliert gleichzeitig das Ziel, jedwede Art von Schubladendenken zu überwinden sowie soziale und gesellschaftliche Chancenungleichheiten zu reduzieren. Der Weg dahin muss vor diesem Hintergrund und mit diesem Ziel gestaltet werden.

Dabei sind alle Menschen individuell gefordert. Das vorhandene ehrenamtliche Engagement in zahlreichen Bereichen unserer Gesellschaft zeugt davon, dass viele Menschen sich dieser Herausforderung stellen und bereit sind, Zeit und Energie für Gemeinwohlinteressen einzusetzen und Verantwortung über den persönlich-familiären Bereich hinaus zu übernehmen.

Gesellschaftliche Prozesse vollziehen sich jedoch nicht nur im Privaten.

Insbesondere den politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, staatlichen und kommunalen Akteuren kommt aufgrund ihres Einflusses und ihrer Gestaltungsmöglichkeiten und -spielräume eine besondere Rolle zu. Der Kreis Steinfurt ist sich seiner Rolle bewusst und nimmt die daraus erwachsende Verantwortung ernst.

Mit dem vorliegenden Konzept zeigt der Kreis Steinfurt den Menschen und gesellschaftlichen Akteuren in der Region auf, wie eine Ausein-

dersetzung mit den anstehenden Fragen vollzogen werden kann und welche Schritte notwendig sind, um Chancengleichheit und gleichberechtigte Teilhabe umsetzen zu können. In einem offenen Dialog mit den vielfältigen Akteuren in der Region soll der vor uns liegende Weg gestaltet werden. Der Kreis Steinfurt bringt die vielfältigen Möglichkeiten einer Kreisverwaltung in verantwortlicher und transparenter Weise in den Prozess ein.

# EINLEITUNG

Warum ein Integrationskonzept? Und warum gerade jetzt? Integration ist als Thema nicht neu. Allerdings ist das Thema durch den Zuzug von Geflüchteten insbesondere im letzten Jahr deutlich in den Fokus geraten. Dabei gilt es, die Situation von Geflüchteten, die unter meist schwierigen Bedingungen zu uns kommen, anzuerkennen und ihnen die erforderliche Sicherheit und Unterstützung im Moment des Ankommens, in der Zeit der Klärung ihrer Situation und im Falle des Bleibens zu bieten. Asylrecht ist Menschenrecht.

Dabei darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass Integration ein Prozess ist, der uns in den letzten Jahrzehnten in Deutschland in unterschiedlichen Ausprägungen begleitet hat. Ausgehend von dem oben beschriebenen Integrationsverständnis muss das Integrationskonzept breiter angelegt werden und der Fokus auf die Umsetzung von Chancengleichheit für alle hier lebenden Menschen gerichtet werden. Nur so wird es gelingen, die gesamte Bevölkerung mitzunehmen und die wirtschaftliche Situation zu stabilisieren und sozialen Frieden zu sichern.

Wir verstehen Integration als einen fortwährenden gesellschaftlichen Prozess, in dem das vorliegende Konzept einen Punkt markiert, an dem die Ist-Situation noch einmal besonders in den Blick genommen und analysiert wird und daraus Konsequenzen für künftige Herausforderungen gezogen werden. Das bedeutet auch, dass dieses Konzept

lediglich den Einstieg in einen bewussten Prozess aufzeigen kann. In der Folge ist es erforderlich, dieses Konzept unter Einbeziehung der lokalen Akteure zur Erarbeitung von Projekten und Maßnahmen zu erweitern.

Um auf Dauer das Gelingen von Integration zu messen, ist es wichtig, dieses Konzept regelmäßig auf den Prüfstand zu stellen, zu evaluieren und gegebenenfalls zu aktualisieren. Dabei erfordert die Beurteilung durchgeführter Maßnahmen besondere Aufmerksamkeit. Es muss auf Dauer sicher gestellt werden, dass die angestrebten Ziele auch tatsächlich erreicht bzw. unterstützt werden. Sofern Erfolge nicht erkennbar sind, müssen durch Ursachenanalyse und Anpassung der Maßnahmen Verbesserungen erreicht werden. Nur durch einen regelmäßigen Evaluationszyklus und den Mut, Ursachen auf den Grund zu gehen, kann ein zielführender Einsatz von Ressourcen gewährleistet werden. Aufgabe des Kreises ist dabei sowohl die eigenständige Initiierung von Projekten als auch die interne und externe beratende Unterstützung weiterer regionaler Partner.

In den vergangenen Monaten haben sich sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene etliche Initiativen gegründet, die sich mit dem Thema Integration befassen insbesondere in Bezug auf die aktuelle Herausforderung, die Versorgung der Geflüchteten sicherzustellen, und das Bemühen, die erforderli-

chen Verfahren zur Beantragung von Asyl zu beschleunigen. Insbesondere die Kommunen stehen dabei vor großen Aufgaben.

Integration findet überwiegend in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden mit den Akteuren vor Ort statt. Die Kommunen leisten die unmittelbare Arbeit. Insbesondere durch die steigenden Flüchtlingszahlen sind die Kommunen stark gefordert. In den kreisangehörigen Städten und Gemeinden haben sich in den vergangenen Monaten bereits Strukturen herausgebildet, die ein tragfähiges Fundament für die Flüchtlingsarbeit bilden. Es existieren bereits enge Kontakte und funktionierende Netzwerkstrukturen, die im weiteren Prozess genutzt werden können und müssen, um Doppelstrukturen bereits im Ansatz zu vermeiden.

Der Kreis Steinfurt kann neben eigenen Aufgabenbereichen für viele der kreisangehörigen Städte und Gemeinden wie z.B. bei der Kindergartenbedarfsplanung die Strukturen in den Kommunen unterstützen. Deutlich ist, dass Integration nur gemeinsam mit den Kommunen gestaltet werden kann. Eine gute Kooperationsbasis und die vertrauensvolle Zusammenarbeit sind dafür unverzichtbare Voraussetzungen. Angesichts der Herausforderungen, vor denen die Kommunen derzeit stehen, versteht sich der Kreis einmal mehr als Dienstleister, der die kreisangehörigen Städte und Gemeinden bei der Bewältigung der anstehenden Aufgaben unterstützt.



## Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums

Der Kreis Steinfurt hat einen Beitrag zur Bewältigung der Herausforderungen geleistet und wird das auch weiterhin tun. Im Vordergrund standen dabei zunächst Fragen von Versorgung und Unterbringung. Zusätzlich wurde im Mai 2015 eine Koordinierungsstelle für Integrationsaufgaben im Bereich „Zuwanderung, Aufenthalt, Integration“ eingerichtet. Hier wurden zunächst Kontakte in die Kommunen geknüpft, erste Gespräche über Bedarfe geführt und ein Netzwerk beteiligter Akteure aufgebaut. Im Dezember 2015 hat der Kreistag die Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums beschlossen, was auch durch die kreisangehörigen Städte und Gemeinden unterstützt wird.

Die Kommunalen Integrationszentren in NRW sind bei den kreisfreien Städten und Kreisen angesiedelt und sollen die kommunale Ebene darin unterstützen, die gesellschaftliche Querschnittsaufgabe Integration effizient wahrnehmen zu können. Ihre besonderen Aufgaben liegen in der

- > Herstellung von Transparenz über Angebots- und Nachfragesituationen

- > Sicherstellung von Kooperation und Vernetzung integrationsrelevanter Akteure in Verwaltung, bei freien Trägern und Migrantenselbstorganisationen
- > Stärkung des Bereichs Integration durch Bildung

Die Kommunalen Integrationszentren haben vorrangig den Auftrag, durch Koordinierungs-, Beratungs- und Unterstützungsleistungen Einrichtungen des Regelsystems in der Kommune im Hinblick auf Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte zu sensibilisieren und zu qualifizieren. Die Beratungs- und Unterstützungsleistungen der Kommunalen Integrationszentren beziehen sich gleichermaßen auf bereits seit längerer Zeit in NRW lebende wie neu zugezogene Menschen mit Migrationshintergrund.

Zentrale Handlungsfelder des Kommunalen Integrationszentrums Kreis Steinfurt werden „Integration durch Bildung“ und „Integration als kommunale Querschnittsaufgabe“ sein. Zusätzlich wird dort der Aufgabenbereich „Koordinierung und Qualifikation von Ehrenamtlichen“ angesiedelt.

In dieser Kooperationsstruktur von Land und Kommune werden künftig schwerpunktmäßig die Fäden zusammenlaufen. Damit sollen insbesondere die Kommunen bei ihren Integrationsaufgaben unterstützt werden. Dabei versteht sich der Kreis Steinfurt als Dienstleister, dessen Aufgabe unter anderem der Aufbau zielgerichteter Kooperationsstrukturen mit den Kommunen sowie die Unterstützung bei der Begleitung und Schulung von Ehrenamtlichen ist. Strukturelle Kooperationsvereinbarungen an den identifizierten Arbeitsschnittstellen sollen dabei helfen, Doppelstrukturen zu vermeiden und die Bedarfe der Städte und Gemeinden so mit der Angebotsstruktur des Kreises zu verzahnen, dass die Arbeit vor Ort erleichtert wird.

Die Koordinierungsstelle für Integrationsaufgaben ist als Stabsstelle im Dezernat des Landrats organisiert. Das Kommunale Integrationszentrum wird in diese Stabsstelle integriert. Damit wird das Thema Integration in der Kreisverwaltung an zentraler Stelle so verankert, dass bereits bestehende Kooperationsstrukturen sinnvoll genutzt und Synergieeffekte erzielt werden können.

## Auftaktkonzept

Das nun vorliegende Auftaktkonzept Integration bildet die Grundlage, die geforderten konzeptionellen Aussagen auszuarbeiten und mit den gesellschaftlichen und politischen Akteuren in der Region zu entwickeln.

Es basiert auf den Zuständigkeiten und damit verbundenen Aufgaben dieser Kreisverwaltung. Eine in-

terne Bestandsaufnahme zu den Aufgaben, die die Umsetzung des dargestellten Integrationsverständnisses unterstützen, bildet die Grundlage. Dabei ist sich der Kreis Steinfurt sehr bewusst, dass nicht eine Institution allein dieses Thema schultern kann. Vielmehr geht es darum, die Bausteine in den Blick zu nehmen, die der Kreis im Rahmen seines Aufgabenspektrums

beiträgt und in eigener Zuständigkeit und in Kooperation mit den regionalen Partnern bearbeiten kann.

Mit diesem Ansatz stellt der Kreis seine Ideen, Produkte und Leistungen vor und lädt gleichzeitig zu einem offenen Dialog und zu konstruktiver Kooperation ein, um gemeinsam die Region zukunftssicher zu gestalten und zu entwickeln.

# AUSGANGSLAGE

### Allgemeines

Der Kreis Steinfurt mit seinen gut 437.000<sup>1</sup> Einwohnerinnen und Einwohner liegt im Nordwesten von Nordrhein-Westfalen. 24 mittelgroße bis kleine Städte und Gemeinden verteilen sich auf einer 1796 Quadratkilometer großen Fläche. Der Kreis Steinfurt ist überwiegend ländlich strukturiert. Die Stadt Rheine ist mit etwa 75.000 Einwohnerinnen und Einwohner die bevölkerungsreichste kreisangehörige Kommune, die Gemeinde Horstmar mit ca. 6.400 Einwohnerinnen und Einwohner die kleinste. Die niedrige Arbeitslosenquote von derzeit 4,7 % ist ein Indiz für die gut aufgestellte Wirtschaft, die vielfach durch einen innovativen Mittelstand geprägt ist.

### Rechtliche Grundlagen

Integration stellt einen gesellschaftlichen Prozess dar, der sich über einen langen Zeitraum vollzieht und der sich selbst im Laufe der Zeit wandelt und gleichzeitig Verände-

rungen in der Gesellschaft bewirkt. Einflussfaktoren sind faktische Zuwanderungsprozesse, reale wirtschaftliche Entwicklungen, politische Veränderungsprozesse sowie immer stärker spürbare Einflüsse internationaler Verflechtungen.

Das Grundgesetz ist mit der dortigen Verankerung der Grund- und Menschenrechte elementarer Ausdruck unserer gesellschaftlichen Grundhaltung. Daneben verändern sich in jeder Phase des Integrationsprozesses geltende Normen. Es werden Anpassungen vorgenommen, neue Weichen gestellt und politische Entscheidungen in gültige Handlungsnormen umgesetzt. Alle jeweils geltenden Rechtsgrundlagen binden selbstverständlich auch den Kreis Steinfurt und stellen die verbindliche Handlungsgrundlage dar.

Das Integrationskonzept hingegen formuliert Zielvorstellungen und Handlungsansätze, die das Zusammenleben in der Region nachhaltig

positiv beeinflussen und gestalten helfen sollen. Die Beschreibung von Integration als wechselseitigen Prozess beinhaltet selbstverständlich auch die Beachtung geltender Rechtsnormen durch alle Menschen. Daher wird an dieser Stelle von expliziten Verweisen auf aktuelle Gesetzesvorhaben wie z. B. das geplante Integrationsgesetz des Bundes, den Integrationsplan des Landes NRW oder ähnliches ebenso wie von der Vertiefung rechtlicher Grundlagen abgesehen.

### Zielformulierungen

Der Kreis Steinfurt setzt sich seit vielen Jahren intensiv mit den Herausforderungen des demografischen Wandels, der Entwicklung des Kreises Steinfurt zu einer zukunftsorientierten Region und der Gestaltung einer regionalen Bildungslandschaft auseinander. Dazu gibt es Zielformulierungen auf verschiedenen Ebenen.

<sup>1</sup> Die Einwohnerzahlen beziehen sich auf den 31.12.2014.

## Leitbild Kreisverwaltung Steinfurt (2006)



Das Leitbild beschreibt das Selbstverständnis der Kreisverwaltung Steinfurt. Es stellt die Grundlage für unser tägliches Handeln, unseren Umgang miteinander und unser Verhalten gegenüber Dritten dar. Es ist zugleich Anspruch, Maßstab und Vision; die Umsetzung dieses Leitbildes ist ein kontinuierlicher Prozess.

### Ansprechpartner sein...

Wir sind Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger, Betriebe und Institutionen, um deren Anliegen wir uns kümmern. In unserem Handeln repräsentieren wir eine moderne Verwaltung, in der die kommunalen Alltagsaufgaben genauso engagiert wahrgenommen werden wie die Förderung zukunftsweisender Projekte.

### Partnerschaften leben...

Mit unseren politischen Gremien, unseren Städten und Gemeinden sowie anderen Behörden arbeiten wir partnerschaftlich zusammen.

### Das Allgemeinwohl schützen...

Im Sinne der Gemeinschaft achten wir auf die Einhaltung von Regeln. Dort, wo individuelle Interessen und Handlungen mit Gesetz und Allgemeinwohl nicht zu vereinbaren sind, greifen wir schützend ein.

### Den Wettbewerb suchen...

Im Wettbewerb der Regionen bauen wir durch unsere tägliche gemeinsame Arbeit unseren Platz in der Spitzengruppe weiter aus. Dabei ist es uns wichtig, dass die Menschen gerne hier leben und insbesondere Familien gute Perspektiven haben.

### Leistungsbereitschaft zeigen...

Die Vielfalt unserer Berufe ermöglicht uns ein breites Spektrum an Leistungen, die wir freundlich, zügig und kompetent erledigen; dabei handeln wir eigenverantwortlich, kooperativ und wirtschaftlich.

### Lebensräume gestalten...

Wir gestalten die Lebensräume in unserem Kreis aktiv mit. Im Zusammenwirken mit anderen leisten wir unseren Beitrag zu einer lebenswerten Heimat und einer zukunftsorientierten Gesellschaft.

### Menschen begegnen...

Den Menschen, mit denen wir Kontakt haben, begegnen wir respektvoll, fair und zugewandt. Wir gehen freundlich und offen miteinander um; wir denken und handeln teambezogen und lösungsorientiert.

### Auf Zusammenarbeit setzen...

Unsere Zusammenarbeit in der Kreisverwaltung beruht auf gemeinsamen Werten und Verhaltensregeln. Wir orientieren uns dabei an unseren Leitlinien für Führung und Zusammenarbeit, die auch zu Qualifizierung und Weiterentwicklung verpflichten.

## Kreisentwicklungsprogramm (seit 2008)



Das Kreisentwicklungsprogramm gibt die strategischen Ziele für unseren Kreis in den vier definierten Handlungsfeldern 1. die Menschen, 2. die Wirtschaft, 3. die Bildung und 4. die natürlichen Lebensgrundlagen vor. Das bedeutet für die Kreisverwaltung, dass alle Handlungen und Projekte auf diese Ziele ausgerichtet sind. Die engagierte und qualitätvolle Erfüllung unserer Pflichten ist die unverzichtbare Basis für die Bewältigung der zukünftigen Herausforderungen. Darauf aufbauend initiieren wir mit dem Kreisentwicklungsprogramm Projekte mit dem Ziel, unseren Kreis auch für die Zukunft wirtschaftlich stark, lebens- und lebenswert zu gestalten.

### Die Menschen

- Wir fördern Bürgerengagement.
- Wir engagieren uns für eine inklusive Gesellschaft.
- Wir fördern eine wohnortnahe Versorgung (Arzt, Einkaufen, ...).
- Wir fördern Familienfreundlichkeit und generationsübergreifendes Miteinander.
- Wir tragen dazu bei, die Qualität der Lebensbedingungen für Jung und Alt zu sichern.
- Wir machen präventive Angebote und bieten Unterstützung in Notsituationen.
- Wir tragen dazu bei, dass die sozialen Sicherungs- und Finanzierungssysteme stabil bleiben.
- Wir stärken die Identifikation mit der Region (Kultur, Bauweise, Heimatpflege).

### Die Wirtschaft

- Wir unterstützen unternehmerisches Engagement.
- Wir vernetzen Forschung und Entwicklung mit Praxis und Kapital.
- Wir gewinnen und binden Fachkräfte.
- Wir fördern den Tourismus.
- Wir optimieren die Nahmobilität.
- Wir fördern die Verkehrsinfrastruktur mit Augenmaß.
- Wir gestalten die Energiewende.

### Die Bildung

- Wir gestalten die Bildungsregion (individuell, für alle Altersgruppen, lebenslang, für gelingende Übergänge, für Bildungsbiografien ohne Brüche).
- Wir fördern die frühkindliche Erziehung und Betreuungseinrichtungen.
- Wir fördern die Wissenschaft.

### Die natürlichen Lebensgrundlagen

- Wir schützen, pflegen und entwickeln Natur und Landschaft.
- Wir leben Nachhaltigkeit (Ressourcen und Flächenschutz).
- Wir engagieren uns für die Bewältigung des Klimawandels.
- Wir fördern eine zukunftsfähige Landwirtschaft.
- Wir fördern die naturnahe, ruhige Erholung.

## Leitbild des Regionalen Bildungsnetzwerks Kreis Steinfurt (2010)



Das Regionale Bildungsnetzwerk Kreis Steinfurt hat sich in einem intensiven Beteiligungsprozess der Bildungsakteure in der Region ein Leitbild gegeben, das die inhaltlichen Ziele in Bezug auf Chancengleichheit, individuelle Förderung und Übergangsgestaltung für die Bildungsregion wie folgt beschreibt:

### Chancengleichheit

Wir streben gleiche Bildungschancen für alle Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen in unserer Bildungsregion Kreis Steinfurt an und schaffen den Rahmen für qualitativ gute und vergleichbare Bildungsangebote.

- Wir unterstützen die Lernfähigkeit und Lernbereitschaft durch den Einsatz ganzheitlicher Methoden.
- Wir stärken die Angebote im musisch-künstlerischen, sportlichen und gesundheitlichen Bereich.
- Wir fördern gezielte Maßnahmen zur Überwindung von Benachteiligung aufgrund der sozialen Herkunft.
- Wir stellen uns der Diskussion zur Weiterentwicklung der Schulstrukturen unter Berücksichtigung sozialer, ökonomischer und geographischer Bedarfe.
- Wir berücksichtigen den „Gender – Aspekt“ bei der Verwirklichung gleicher Bildungschancen.
- Wir unterstützen den Aufbau von Netzwerkstrukturen im Sozialraum zur Förderung einzelner Kinder und Jugendlicher.

### Individuelle Förderung

Wir setzen uns für ein hochwertiges und differenziertes Bildungsangebot ein, das sich an den unterschiedlichen Voraussetzungen und individuellen Lebensentwürfen der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen orientiert.

- Wir unterstützen die Umsetzung der Sprachförderung auf allen Bildungsebenen.
- Wir fördern die Qualifizierung und Weiterbildung von Menschen.
- Wir initiieren die Entwicklung individueller Förderpartnerschaften mit dem Ziel der optimalen Nutzung vorhandener Ressourcen.
- Wir setzen uns ein für die individuelle Förderung von Begabten einerseits und Benachteiligten andererseits.
- Wir regen die Verbreitung von Angeboten für die Qualifizierung von Eltern und Erziehungsberechtigten in Erziehungsfragen an.

### Übergangsgestaltung

Wir harmonisieren die Übergänge entlang der Bildungsbiographie.

- Wir nehmen den Übergang von der Familie zur Kindertageseinrichtung verstärkt in den Blick und regen Begleitung an.
- Wir empfehlen Vereinbarungen zwischen Kindertageseinrichtungen, Schulen der Primarstufe und Elternhaus.
- Wir unterstützen Kooperationen von Schulen der Primarstufe und den Schulformen der Sekundarstufen I und II.
- Wir beraten und stärken die Schülerinnen und Schüler bei der Berufsorientierung hinsichtlich der Berufswahlentscheidung.
- Wir schaffen geeignete Rahmenbedingungen für einen optimalen Übergang von der Schule zur Berufsausbildung oder zum Studium.
- Wir vermitteln Ideen für Bildung im Alter und unterstützen generationsübergreifende Kooperationen.

Die Betrachtung der vorhandenen Zielformulierungen macht deutlich, dass der Kreis Steinfurt die notwendigen ersten Schritte auch im Hinblick auf das Thema Integration bereits gegangen ist. Darauf aufbauend müssen die Angebote und Strukturen des Kreises auf ihre Wirksamkeit in Bezug auf gelingende Integration überprüft und entsprechend weiter entwickelt werden.

Vor dem Hintergrund des eingangs formulierten Integrationsverständnisses, das über die Situation von Migrantinnen und Migranten hinausgeht, kann es in den einzelnen Handlungsfeldern teilweise erforderlich sein, Beschreibungen der besonderen Situation von Migrant\_innen, erforderliche soziologische Klassifizierungen und pädagogische Einschätzungen vorzunehmen, die eine Form von Stigmatisierung darstellen und Ausgrenzungserfahrungen (re-)produzieren können. Denn in der Realität existieren Benachteiligungen, Erfahrung mit (Selbst-)Ausgrenzung, Umgang mit Unsicherheiten und tradierten Vorstellungen, die gleichberechtigte Teilhabe beeinflussen, erschweren oder gar verhindern. Eine solche Zuschreibung geschieht jedoch in bewusster Abwägung der Notwendigkeit und Relevanz in Bezug auf die verfolgte Zielstellung. Die Arbeit in diesem Spannungsfeld fordert von den handelnden Akteuren die regelmäßige Reflexion ihrer Haltung und ihrer Arbeit sowie Offenheit für neue Denkmuster dort, wo bisherige Maßnahmen und Regelungen nicht die gewünschte Wirkung gezeigt haben.

# INTEGRATION ALS GESAMTGESELLSCHAFTLICHE AUFGABE

## Herausforderung

Integration ist ein kontinuierlicher und komplexer gesellschaftlicher Prozess, der auf verschiedenen Ebenen verläuft und sich durch alle gesellschaftlichen und auch wirtschaftlichen Bereiche zieht. Nur in der Gemeinschaft aller Verantwortungsträger lassen sich abgestimmte und tragfähige Lösungen entwickeln. Mit dem Auftaktkonzept Integration sollen vorhandene und sich neu entwickelnde Integration fördernde Aktivitäten dargestellt werden, damit Umfang und Qualität der Integrationsarbeit transparent werden. Durch Vernetzung und die Verständigung auf gemeinsame Ziele sollen die geplanten Maßnahmen möglichst effektiv gestaltet werden. Haupt- und ehrenamtlich Engagierte erhalten die Möglichkeit, ihr Wissen einzubringen, um das Vorhandene zu verbessern und neue Ideen zu entwickeln.

Der Integrationsprozess speist sich aus einer gemeinsamen Verantwortung aller Akteure und zieht sich durch das gesamte Spektrum gesellschaftlichen Handelns. Die Kompetenzen und Aufgabenbereiche der einzelnen Akteure gemeinsam so abzustimmen, dass Doppelstrukturen vermieden werden, dass gemeinsame Zielrichtungen auch gemeinsam verfolgt werden und dass Ressourcen dazu zielgerichtet gebündelt werden, könnte zu einer Verwirklichung von Chancengleichheit für alle Menschen beitragen.

Dem offenen Dialog kommt dabei eine große Bedeutung zu. Nur, wer miteinander im Gespräch ist, kann die Perspektive des anderen verstehen, sich gegenseitig kennenlernen und so Vorurteile und Ängste abbauen. Kennenlernen ist der erste Schritt zu gegenseitigem Verständnis und Vertrauen. Daher sind neben den Begegnungen im privaten und persönlichen Bereich auch die Institutionen aufgefordert, Möglichkeiten zu gemeinsamem Tun und Austausch zu schaffen.

In diesem Kontext kann auch ein offener und informativer interreligiöser Dialog helfen, Vorbehalte und Vorurteile gegenüber den unterschiedlichen Religionen abzubauen. Derzeit erleben wir die intensive und kontrovers geführte Debatte um den Islam und Islamismus. Insbesondere geht es darum, Wissen zu vermitteln und Ängste abzubauen ohne Probleme und Gefahren zu verharmlosen oder gar zu verleugnen. Eine bewusste deeskalierende Kommunikation kann dabei bereits ein erster Schritt zur Versachlichung sein.

## Leistungs- und Angebotsspektrum der Kreisverwaltung

- > Der Kreis Steinfurt kooperiert in den verschiedenen Bereichen mit Kommunen, Verbänden, Vereinen, Kirchen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteuren.
- > Der Kreis Steinfurt unterstützt den gesellschaftlichen, interkulturellen und interreligiösen Dialog durch Veranstaltungsformate wie die jährliche Bildungskonferenz des Regionalen Bildungsnetzwerks Kreis Steinfurt sowie die im Rahmen der Kreisentwicklung angebotenen Kreisbegegnungen, aber auch durch Fachformate wie die Fachkonferenz Zuwanderung, Aufenthalt und Integration.
- > Das Kommunale Integrationszentrum führt in regelmäßigen Abständen Bestands- und Bedarfsanalysen zur kommunalen Integrationssituation durch, unterstützt und vernetzt die örtlichen Integrationsangebote.

### Weiterentwicklungen

- > Regelmäßige Information der Bürgerinnen und Bürger zu Fakten, Zahlen und Gesetzen rund um das Thema Integration sowie dazu, was die Kreisverwaltung in diesem Themenfeld plant und in welcher Form umsetzt.
- > Beteiligung von und Austausch mit Bürgerinnen und Bürger, Politikerinnen und Politiker, Vertreterinnen und Vertretern der Kommunen zu gesellschaftlichen Entwicklungen und aktuellen Themen.
- > Entwicklung weiterer Beteiligungsformate, die Veränderungen, Ängste, Verunsicherungen aufgreifen und Informationen und Lösungsansätze vermitteln.
- > Entwicklung und Bereitstellung von kontinuierlich abrufbaren Informationen für Neubürgerinnen und Neubürger mehrsprachig über Flyer, Infopakete und digitale Medien.
- > LEADER Tecklenburger Land: Integration wird in der Lokalen Entwicklungsstrategie im Handlungsfeld Menschen mit dem Entwicklungsschwerpunkt „Prävention, Integration, Beratung“ aufgegriffen.
- > LEADER Steinfurter Land: Integration wird in der Lokalen Entwicklungsstrategie unter dem Handlungsfeld „Voneinander Lernen, präventiv, integriert, früh“ im Entwicklungsschwerpunkt „Willkommenskultur“ aufgenommen.
- > Die Wirtschaftsförderung unterstützt den Dialog „Diversity als Selbstverständlichkeit und Chance“ durch die bewusste Sichtbarmachung gelebter Vielfalt und fördert den Austausch mit Unternehmern und Gründern mit Migrationsvorgeschichte bzw. mit internationalen Unternehmen.



# INTEGRATION UND PERSPEKTIVEN FÜR GEFLÜCHTETE

## Herausforderung

Ein Aspekt von Integration ist die Situation von geflüchteten Menschen. Aufgrund der Situation in den weltweiten Krisengebieten flüchten viele Menschen aus ihrer Heimat und suchen Schutz und einen Neuanfang in anderen Ländern.

Menschen, die nach Deutschland kommen, haben in der Regel entweder bereits vor ihrer Ankunft einen Aufenthaltstitel erhalten oder beantragen nach ihrer Ankunft Asyl. Für die Bearbeitung der Asylverfahren ist der Bund zuständig. Derzeit dauern diese Verfahren mehrere Monate. Für die betroffenen Menschen ist dieser Zustand der Ungewissheit schwer auszuhalten.

Anerkannte Flüchtlinge bzw. Asylberechtigte erhalten nach erfolgreich abgeschlossenem Asylverfahren einen Zugang zu den Integrationskursen des Bundes. Asylsuchende, deren Antrag abgelehnt wurde, sind ausreisepflichtig und erhalten keine gesonderte institutionalisierte Unterstützung zur Integration. Die Ausübung einer Beschäftigung kann allerdings unter erschwerten Bedingungen erlaubt werden, so lange die Menschen noch geduldet sind. Sowohl während als auch nach Abschluss des Asylverfahrens besteht uneingeschränkter Zugang zur Schulbildung, denn es gelten auch hier die Regelungen zur Schulpflicht. Gleiches gilt für den Zugang zur frühkindlichen Bildung in den Kindertageseinrichtungen.

Hierbei sind insbesondere die zeitliche Komponente und die unterschiedlichen Eingliederungsangebote innerhalb einer Familie das Problem. Während die Eltern noch nicht oder nur sehr erschwert einer Arbeit nachgehen können, werden Kinder frühzeitig in die Bildungssysteme integriert. Dabei werden bereits Erwartungen an zu erbringende Integrationsleistungen geäußert, obwohl die Bleibeperspektive oft noch unklar ist.

## Leistungs- und Angebotsspektrum der Kreisverwaltung

- > Beratung und Information von Ausländern und Asylsuchenden
- > Bearbeitung von Anträgen auf Einbürgerung
- > Bearbeitung von Anträgen auf Aufenthaltserlaubnisse
- > Vermittlung in Integrationskurse zur Erlangung notwendiger Sprachkenntnisse sowie von Kenntnissen der Rechtsordnung, Kultur und Geschichte in Deutschland

## Weiterentwicklungen / Ziele

- > Der Kreis Steinfurt unterstützt die politische Forderung der kommunalen Spitzenverbände nach Verkürzung der Bearbeitungszeit für Asylverfahren, um die Zeit der Perspektivlosigkeit für die betroffenen Menschen so kurz wie möglich zu halten.
- > Herstellung von Transparenz in der Förderlandschaft

## INTEGRATION UND BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Bürgerschaftliches Engagement ist der selbstbestimmte und zielgerichtete Einsatz für nachhaltige Verbesserungen sowohl im persönlichen Lebensumfeld als auch im Gemeinwesen. Es reagiert auf individuelle und gesellschaftliche Herausforderungen und versteht sich als Ergänzung zu staatlichem Handeln. Es umfasst Freiwilligenarbeit, Ehrenämter, Selbsthilfe, Bürgerinitiativen

und selbstorganisierte Projekte und lebt von den Fähigkeiten, Kompetenzen und Interessen der Engagierten. Bürgerschaftliches Engagement eröffnet kreative und gemeinschaftliche Lösungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens durch die Verbindung von Eigeninitiative und sozialer Verantwortung. Bürgerschaftliches Engagement basiert auf demokratischen Grundregeln

und Toleranz. Es ist angewiesen auf öffentliche Anerkennung, auf rechtliche, strukturelle und finanzielle Förderung sowie entsprechende Rahmenbedingungen<sup>2</sup>.

<sup>2</sup> Vgl. Förderstelle für bürgerschaftliches Engagement München, [http://www.foebemuenchen.de/?RECORD\\_ID=17](http://www.foebemuenchen.de/?RECORD_ID=17) am 13.05.2016

### Herausforderung

So vielfältig das Erscheinungsbild bürgerschaftlichen Engagements ist, so vielfältig sind auch die gewählten Einsatzbereiche. Neben dem sozialen Bereich mit der Betreuung von Kindern, Kranken und alten Menschen zählen auch Natur- und Umweltschutz, Sport und sowie in besonderer Form auch Freiwillige Feuerwehr und Katastrophenschutz zu den Bereichen bürgerschaftlichen Engagements. Diese Aufzählung zeigt, wie vielfältig die Möglichkeiten von Partizipation und Teilhabe sein können. Wichtig ist in Bezug auf Integration, Menschen mit Migrationsgeschichte nicht ausschließlich und per se als Zielgruppe bürgerschaftlichen Engagements zu verstehen, sondern sie als Teil bürgerschaftlichen Engagements auf allen Ebenen wahrzunehmen und anzusprechen.

Die Förderung politischer Partizipation ist in erster Linie Aufgabe bereits existierender Organisationsformen wie Gewerkschaften, Migrantenselbstorganisationen und politischen Parteien. Aber auch Kreis und Kommunen können hier durch transparente Gremienarbeit und Berücksichtigung bereits etablierter Interessenvertretungen bei Diskussions- und Entscheidungsprozessen einen Beitrag leisten.

Gesellschaftliche Partizipation dagegen vollzieht sich mehr im privaten und persönlichen Umfeld über Bereiche wie Sport, Kultur und Freizeit. Gemeinsam mit den beteiligten Akteuren müssen Zugänge ermöglicht werden, damit eine breite Teilhabe unabhängig von der Herkunft und den sozialen Verhältnissen an diesen Angeboten möglich ist. Die Bereiche Sport und Kultur bieten vielfältige Zugänge. Sie ermöglichen interkulturelle Begegnung und Austausch, aber eben auch das gegenseitige Erleben im gemeinsamen Tun. Das erleichtert Menschen mit unterschiedlichen Bedürfnissen die Teilnahme an diesen Angeboten.

Bürgerschaftliches Engagement leistet in nahezu allen Lebensbereichen einen hohen Beitrag zur Integration. Dies muss sich in der positiven, öffentlichen Anerkennung und Würdigung sowie der tatsächlichen Unterstützung durch hauptamtliche Strukturen widerspiegeln.

### Leistungs- und Angebotsspektrum der Kreisverwaltung

- > Koordinierung der Ehrenamtsförderung und Angebot von Informations- und Schulungsveranstaltungen durch das Kommunale Integrationszentrum
- > Der Kreissportbund und der Kreis Steinfurt betonen und bekräftigen mit dem Pakt für den Sport den Stellenwert des Sports als integralen Bestandteil der Kreisentwicklung.
- > Der Kreis Steinfurt fördert den Sport auch finanziell nach seinen Sportförderrichtlinien.
- > Im Rahmen der Sportförderung koordiniert der Kreis Steinfurt die Projektförderung des Programms „Integration im Quartier“, bei dem mindestens zwei verschiedene Träger unter Federführung eines Sportvereins und mit Unterstützung der Kommune vielfältige sportliche und außersportliche Aktivitäten für Geflüchtete entwickeln und anbieten.
- > Das seitens der Kulturförderung auf Kreisebene betreute Programm „Kulturrucksack NRW“ fördert durch das tatsächliche gemeinsame Tun und Erleben den integrativen Gedanken. Eine zusätzliche Sonderförderung des Landes stellt interessierten Gemeinden Fördermittel für die Umsetzung von Projekten mit einem Schwerpunkt im Themenfeld Integration zur Verfügung.
- > Projektstipendium KunstKommunikation im DA, Kunsthaus Kloster Gravenhorst: Leonore Pooth führt ein Trickfilm- und Daumenkino-Projekt mit dem Titel „Die Kinder von Hopsten“ durch, das Flucht in Hopsten und Umgebung früher und heute thematisiert.
- > Touristische Angebote bieten Gelegenheit, sich mit der regionalen Umgebung und ihrer Geschichte auseinanderzusetzen, diese zu erleben und kennen zu lernen.

### Weiterentwicklungen / Ziele

- > Unterstützungsstrukturen für ehrenamtlich Tätige werden durch das Kommunale Integrationszentrum u.a. im Rahmen des Förderprogramms KOMM-AN gemeinsam mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden ausgebaut und weiterentwickelt.

## INTEGRATION ALS QUERSCHNITTAUFGABE IN DER KREISVERWALTUNG

Als Querschnittsaufgaben werden mehrere oder alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens berührende Aufgaben gesehen, an denen mit gleicher Zielsetzung gearbeitet werden soll. Als Beispiele werden beispielsweise immer wieder genannt: Umweltschutz, Gleichstellung der Geschlechter, soziale Integration.

Im Rahmen der Aufbauorganisation versteht man unter Querschnittsaufgaben solche Aufgaben innerhalb der Verwaltung, die ämterübergreifend für das Funktionieren der

Organisation wichtig sind. Im Gegensatz zu den Fachabteilungen entfaltet die Wahrnehmung dieser Querschnittsaufgaben ihre Hauptwirkung nicht außerhalb der Organisation auf den Bürger sondern innerhalb der Organisation und die dort tätigen Mitarbeiter.

Beide Aspekte von Querschnittsaufgaben spielen im Zusammenhang mit dem Thema Integration eine Rolle. Die Fachämter erhalten organisatorische und methodische Unterstützung z. B. durch das Ver-

messungs- und Katasteramt bei der Erstellung kartographischer Aufarbeitungen bestimmter Themen. Auch die kreiseigene Druckerei und die Stabsstelle Landrat unterstützen bei der Entwicklung und Umsetzung von Materialien zur Öffentlichkeitsarbeit.

Inhaltlich ist Integration - vergleichbar mit dem Thema Inklusion - ein Themenbereich, der zunächst einmal grundsätzlich bei der Erfüllung aller Aufgaben in der Kreisverwaltung mitgedacht werden muss.

### Herausforderung

Ausgehend von dem eingangs beschriebenen Integrationsverständnis liegt das Hauptaugenmerk dabei immer wieder auf der Frage, ob die Angebote, Leistungen und Maßnahmen, die der Kreis entwickelt, die formulierten Ziele von Chancengerechtigkeit und gleichberechtigter gesellschaftlicher Teilhabe unterstützen. Diese Frage mag nicht immer leicht zu beantworten sein. Allein sie zu stellen ist jedoch bereits ein erster Schritt, exkludierende Ansätze zu vermeiden. In diesem Zusammenhang ist die Frage einer zielgruppengerechten Ansprache ein erster wichtiger Schritt, um sicherzustellen, dass angedachte Maßnahmen ihren beabsichtigten Zweck auch wirklich entfalten können.

Die institutionelle Verantwortung für das Thema strukturelle Benachteiligungen und Alltagsrassismen anzuerkennen und zu enttabuisieren kann ein erster Schritt sein, ein entsprechendes Bewusstsein bei den handelnden Personen zu schaffen und gezielte Gegenmaßnahmen zu entwickeln, um einen Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit und zur Sicherung des sozialen Friedens in der Region zu leisten.

Dazu bedarf es umfassender, nachhaltiger und zielgerichteter Fortbildungsangebote für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung zur Entwicklung und zum Ausbau interkultureller Kompetenzen sowie zur zielgruppengerechten Ansprache und Angebotsentwicklung. Hilfreich kann dabei der Einsatz von Kulturvermittlern (Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Fragen zur Interkulturalität beraten und informieren) sein.

Auch die Personalpolitik des Kreises kann einen Beitrag zu mehr selbstverständlicher Integration leisten. Neben der Bereitstellung quantitativ und qualitativ ausreichenden Personals kann eine Erhöhung des Anteils von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund oder Erfahrung mit Interkulturalität – vor allem bei Auszubildenden – einen Beitrag leisten, die tatsächlich existierende heterogene Zusammensetzung der Gesellschaft auch in der Mitarbeiterschaft des Kreises abzubilden.

### Leistungs- und Angebotsspektrum der Kreisverwaltung

- > Einrichtung des Kommunalen Integrationszentrums Kreis Steinfurt, dessen Schwerpunktaufgabe auch die kreisverwaltungsinterne, aber auch die kreisweite Vernetzung und Implementierung des Themas Integration beinhaltet. Dem Kommunalen Integrationszentrum kommt hierbei eine zentrale Bündelungs- und Koordinierungsfunktion zu. Gleichzeitig erfüllt es eine Scharnier- und Vermittlungsfunktion zwischen allen Beteiligten. Es stellt Informationen zur Verfügung und fungiert als Lotse in alle Richtungen.
- > Im Rahmen des Projekts „Interkulturelle Öffnung der Kreisverwaltung“ wurde seit Anfang 2014 in Zusammenarbeit mit dem IMAP Institut Düsseldorf eine Bestandsaufnahme erstellt sowie im zweiten Schritt die für eine interkulturelle Öffnung zu optimierenden Handlungsfelder herausgestellt sowie Ziele und Maßnahmen formuliert. Aktuell werden zu diesem Thema zwei Projekte des Nachwuchsförderkreises durchgeführt.
- > Durch die Mitarbeit der Gleichstellungsbeauftragten in der Lenkungsgruppe für den „Runden Tisch - Häusliche Gewalt - Kreis Steinfurt“ wird insbesondere das Thema Gewalt gegen Frauen in der Region sprachsensibel und auf alle Zielgruppen ausgerichtet begleitet.

### Weiterentwicklungen / Ziele

- > Umsetzung der im Rahmen des Projekts „Interkulturelle Öffnung der Verwaltung“ entwickelten Maßnahmen
- > Sensibilisierung von Führungskräften und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Strategie der Interkulturellen Öffnung
- > Optimierung der zielgruppenorientierten Bewerberansprache
- > Sprachreduzierte Leitsysteme in öffentlichen Gebäuden
- > Kompetenzförderung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich Interkulturalität
- > Aufbau eines gemeinsamen Pools von Dolmetschern und Sprachhelfern aus verschiedenen Sprachkulturen
- > Leitlinien der Kreisverwaltung zu Integration (Auffassung von / Zielsetzung zu Integration) ins Haus tragen und verankern
- > Regelmäßige Information der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darüber, was die Kreisverwaltung im Themenfeld Integration plant und an welchen Stellen im Haus umgesetzt
- > Erstellung einer „Willkommensbotschaft“ in sechs verschiedenen Sprachen, welche in Form einer PDF-Datei auf der Homepage des Kreises Steinfurt als Download bereitgestellt wird mit der zusätzlichen Möglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger, freie Texte und Fragen in ihrer Landessprache an den Kreis Steinfurt richten zu können.

## INTEGRATION UND DASEINSVORSORGE

Der Begriff der öffentlichen Daseinsvorsorge bezeichnet Tätigkeiten des Staates, die einer grundlegenden Versorgung der Bevölkerung mit wesentlichen Gütern und Dienstleistungen dienen. Teilweise wird in diesem Zusammenhang auch von Leistungen zur „Existenzsicherung“ oder zur „zivilisatorischen Grundversorgung“ gesprochen. Als klassische Bereiche der öffentli-

chen Daseinsvorsorge gelten dabei Bereiche wie Abfallbeseitigung, Wasser- und Energieversorgung, sowie der Betrieb Öffentlicher Personennahverkehr und Infrastruktur. Vor dem Hintergrund, dass die Beantwortung der Frage, welche Güter und Dienstleistungen allerdings konkret von staatlicher Seite aus bereitgestellt werden müssen, umstritten ist und – wie damit auch die

Definition des Begriffes „öffentliche Daseinsvorsorge“ selbst – dem gesellschaftlichen Wandel unterliegt, werden unter dem Begriff in diesem Konzept insbesondere die für gelingende Integration wichtigen Bereiche Wohnen / Wohnumfeld, Sozialraumentwicklung, Altersvorsorge sowie Mobilität beleuchtet.

### Wohnen / Wohnumfeld

#### Herausforderung

Das eigene Zuhause und das Wohnumfeld als erweiterter Nahbereich bilden für fast alle Menschen eine wesentliche Lebensgrundlage. Menschen mit Migrationshintergrund oder auch Flüchtlinge sind bei der Wohnungssuche häufig benachteiligt. Viele Vermieter, Einzeleigentümer und auch Wohnungsunternehmen, entscheiden sich häufig bei einem angespannten Wohnungsmarkt für Wohnungssuchende ohne Migrationshintergrund. Dies kann dazu führen, dass sich Wohnmöglichkeiten nur in schlechteren Wohnlagen am Rande der Orte finden lassen, so dass der Grundstein für ein Leben am Rande der Gesellschaft gelegt ist.

Auch im Kreis Steinfurt besteht in den weiter entstehenden neuen Wohnquartieren die Gefahr der Segregation von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Besonders deutlich ist dieses in jüngster Zeit bei der Suche nach geeigneten Standorten für die Unterbringung von Asylbewerbern geworden. Hier sind die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auf sehr große Ressentiments gestoßen. Die überwiegende Bevölkerung ist grundsätzlich offen für Integration, allerdings noch vielfach nach dem Motto, „ja, aber nicht vor meiner Haustür wohnen“. Menschen mit Migrationshintergrund müssen daher zumindest in Teilen weiterhin als Benachteiligte bei der adäquaten Wohnungssuche betrachtet werden. Gesellschaftspolitisches Ziel muss es jedoch sein, die Wohnungsmärkte gleichberechtigt für alle Menschen zu öffnen.

### Leistungs- und Angebotsspektrum der Kreisverwaltung

- > Information für die Bau- und Planungsamtsleiter der Kommunen im Kreis Steinfurt zur Darstellung der Notwendigkeit der Erstellung von integrierten wohnungspolitischen Handlungskonzepten durch Bau- (Wohnraumförderung) und Umweltamt (Raum- und Landschaftsplanung) unter Beteiligung des Bauministeriums NRW und der NRW.BANK
- > Unterstützung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden bei der Erstellung von integrierten wohnungspolitischen Handlungskonzepten und der Entwicklung darauf aufbauender konkreter Projekte
- > Unterstützung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden bei der Erstellung von integrierten Quartierskonzepten im Rahmen des Förderprogramms „KFW 432 - Energetische Stadtsanierung“ der Kreditanstalt für Wiederaufbau
- > Information und Beratung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden bei der Umsetzung geförderter Wohnungsbaus
- > Entwicklung von Ideen zur Vermeidung einer Ghettoisierung bei der Planung von sozial gefördertem Wohnraum
- > Beratung der Gemeinden und Erteilung der Baugenehmigungen unter den planungsrechtlich erleichterten Bauvorschriften für die Unterbringung von Flüchtlingen

## Weiterentwicklungen / Ziele

- > Abschluss einer Pauschalvereinbarung mit dem Bauministerium NRW über ein Globalbudget, mit dem Kreis Steinfurt erweiterte Handlungsspielräume bei der Verteilung der Fördermittel zur Verfügung stehen
- > Kreisweite Erstellung von integrierten wohnungspolitischen Handlungskonzepten als Grundlage für kommunale Planungen und die bedarfsorientierte Errichtung von öffentlich geförderten Wohnungen
- > evtl. Neugründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugenossenschaft, um insbesondere kleinere Kommunen bei der Unterbringung von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund zu unterstützen.
- > zielgerichtet bezahlbaren neuen Wohnraum in integrierten Standorten mit Mitteln der Wohnraumförderung bereitstellen
- > aktiv die Wohnungsmarktentwicklung begleiten und gestalten und die wohnungswirtschaftlichen Akteure davon überzeugen, auch für Benachteiligte mit Migrationshintergrund Wohnungen bereitzustellen

## Sozialraumentwicklung

### Herausforderung

Sozialraumentwicklung bedeutet den Blick auf den Mikrokosmos Sozialraum mit allen Facetten zu werfen. Dabei geht es um alle Bewohnerinnen und Bewohner eines solchen Quartiers und ihre Bedürfnisse. Ziel von Sozialraummanagement ist die Ermöglichung von gleichberechtigter Teilhabe aller an der Gesellschaft

## Leistungs- und Angebotsspektrum der Kreisverwaltung

- > Entwicklung des ländlichen Raumes in den LEADER-Regionen Steinfurter Land und Tecklenburger Land mit zahlreichen Förderprojekten
- > Erleichterung des Zugangs zu sozialen Systemen durch gezielte Informationen vor Ort
- > Unterstützung des Ausbaus einer barrierefreien Gestaltung des öffentlichen Raums bei städtebaulichen Planungsvorhaben

## Weiterentwicklungen / Ziele

- > Schaffung von Gemeinschaftsräumen für Bewohnerinnen und Bewohner größerer Anlagen bzw. für das Quartier evtl. mit Quartiersmanager
- > Ausbau der Unterstützung der Städte und Gemeinden bei der sozialadäquaten Weiterentwicklung ihrer Quartiere durch verstärkte Auseinandersetzung mit dem örtlichen Wohnungsmarkt
- > Wahrnehmung aktiver Steuerungsmöglichkeiten durch kommunale wohnungspolitische Handlungskonzepte
- > Entwicklung von Strategien zur zukunftsfähigen, ausgewogenen Wohnungsmarktentwicklung und Wohnraumversorgung

## Mobilität

### Herausforderung

Ein hohes Mobilitätsangebot erweitert den Aktionsradius und den Bewegungsspielraum von Menschen und kommt insbesondere Menschen mit Mobilitätseinschränkungen (Kinderwagen, Rollator, Rollstuhl usw.) zu Gute. Dies spielt generell im Zusammenhang mit der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben eine große Rolle, insbesondere jedoch ist dieser Aspekt in Bezug auf die Partizipation am Arbeitsmarkt wichtig. Die Förderung der Mobilität ist daher eine wichtige Aufgabe, die mittelbar die aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unterstützt und daher eine Zugangsvoraussetzung darstellt.

### Leistungs- und Angebotsspektrum der Kreisverwaltung

- > Förderung des SPNV- und Bus-ÖPNV-Angebots im Kreis Steinfurt
- > Unterstützung der Verkehrsunternehmen z.B. bei der Information (auch mehrsprachig) über das Angebotsspektrum und die Nutzungsmöglichkeiten und -bedingungen im SPNV und Bus-ÖPNV
- > Erhöhung und Stärkung der Nahmobilität (Mobilität zu Fuß und mit dem Rad) durch gemeinsame Aktionen von Kommunen, Polizei und Straßenverkehrsbehörde
- > Entwicklung einer mehrsprachigen Broschüre zum sicheren Radfahren durch die Straßenverkehrsbehörde
- > Information über Regelungen zur Fahrerlaubnis aus Nicht-EU-Staaten



## Altersvorsorge

### Herausforderung

Das Thema Integration ist im Arbeitsfeld der Pflege- und Betreuungsangebote für ältere pflegebedürftige Menschen mit und ohne Behinderungen nicht neu, jedoch scheint das Thema zunehmend präsenter zu werden. Aus Sicht der Betroffenen (ältere Pflegebedürftige mit Migrationshintergrund und deren Angehörige) ist kultursensible Pflege aus verschiedenen Gründen ein zunehmend wichtiges Thema. Aus Sicht der professionellen Dienstleister wie ambulante Pflegedienste/stationäre Pflegeeinrichtungen wird mit unterschiedlichem Umfang an dem Thema gearbeitet. (Berücksichtigung Thema Kultursensible Pflege in der Ausbildung von Altenpfleger/innen, Fortbildung von Berufserfahrenen etc., Menschen mit Migrationshintergrund etc. als potentielle Kunden von Pflegedienstleistungen)

### Leistungs- und Angebotsspektrum der Kreisverwaltung

- > Im Rahmen der Erstellung und Fortschreibung von Pflegebedarfsplanungen lt. Alten- und Pflegegesetz NRW soll dieser Punkt soweit wie möglich berücksichtigt werden.
- > Bereitstellung von Kommunikationsplattformen bei Bedarf wie z. B. die Kommunale Gesundheits- und Pflegekonferenz

### Weiterentwicklungen / Ziele

- > Ziel ist, eine Versorgungslandschaft vorzuhalten, welche auch auf kultursensible Belange eingestellt ist.
- > Fachkräftemangel in der Pflege: Einbindung von dringend benötigten Personalressourcen in den Pflegektor – Integration als Chance für alle Beteiligten

## INTEGRATION ENTLANG DER BILDUNGSKETTE

Im Kreis Steinfurt gibt es ein breites Spektrum an Bildungseinrichtungen. Dazu gehören Kindertageseinrichtungen, Schulen aller Schulformen und in unterschiedlicher Trägerschaft sowie zwei Fachhochschulen. Daneben bieten Volkshochschulen, Familienbildungsstätten, Musikschulen, Bibliotheken und weitere Einrichtungen vielfältige Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten in privaten und beruflichen Themenfeldern. Darüber hinaus können bei etlichen Bildungsanbietern die unterschiedlichsten beruflichen und allgemeinbildenden Fort- und Weiterbildungen absolviert werden.

Bildung stellt einen wichtigen Schlüsselfaktor zur gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft

dar. Vor diesem Hintergrund sind die Bildungsakteure verpflichtet, ihre Angebote in Bezug auf die Wirksamkeit zur Herstellung echter Chancengleichheit zu überprüfen. Dazu gehört auch, sich möglicher Exklusionsmechanismen bewusst zu werden und zu versuchen, diese abzustellen.

Dabei darf nicht die Frage eines möglichen Migrationshintergrundes in den Vordergrund gestellt werden. Menschen mit Migrationshintergrund sind eine ebenso heterogene Gruppe wie Menschen ohne Migrationsgeschichte. Sie sind in allen gesellschaftlichen Schichten und Milieus vertreten und nicht per se benachteiligt oder unterstützungsbedürftig. Daher ist die Frage nach den exklu-

dierenden Ursachen vielschichtiger. Ob Chancengleichheit gelingt, hängt also stark davon ab, ob Bildungsstrukturen so gestaltet sind, dass soziale Herkunft nicht mehr über Bildungserfolge entscheidet.

In vielen Bereichen ist Sprache eine wesentliche Voraussetzung für die Teilnahme an Angeboten. Daher hat – dort, wo es erforderlich ist, Sprachbildung eine hohe Priorität. Das gilt nicht nur für den grundsätzlichen Erwerb der deutschen Sprache für den Fall einer anderen Muttersprache. Sprachbildung ist auch innerhalb des deutschsprachigen Bildungssystems eine permanente und mit vielen Maßnahmen früh einsetzende Komponente der individuellen Förderung.

### Frühkindliche Bildung

Die frühe Kindheit ist eine besonders sensible Phase rasanter körperlicher, kognitiver, sozialer und emotionaler Entwicklungen eines Kindes. Ergebnisse der Bildungsforschung belegen, dass schon in den ersten Lebensjahren bei Kindern die Grundlagen für späteres erfolgreiches Lernen und damit für gute Entwicklungs-, Teilhabe- und Aufstiegschancen gelegt werden.

Frühkindliche Bildung beinhaltet die Förderung von Sprache und Kommunikation, von emotionalen und sozialen Beziehungen, von Bewegung und Spielen, Gestalten und Experimentieren von Kindern ab Geburt bis ins Vorschulalter und schließt gleichzeitig eine enge Einbindung der Eltern und Erziehungsberechtigten ein. Durch Sprach- und Wissensvermittlung,

verschiedene Angebote von Musik-, Kunst- und Bewegungserziehung sowie eine qualitativ hochwertige Betreuung können individuelle Fähigkeiten gefördert und besondere Förderbedarfe frühzeitig erkannt werden. Durch gute frühkindliche Bildung wird die Chancengerechtigkeit für Kinder verbessert.

Frühkindliche Bildung findet zunächst im Elternhaus statt. Der Zugang zu den Kindern erfolgt dabei über die Eltern. Erst, wenn Kinder eine Kindertageseinrichtung besuchen oder das Betreuungsangebot durch eine Tagesbetreuung erfolgt, können Kinder direkt erreicht werden.

Präventive und niedrigschwellige Hilfsangebote unterstützen Familien mit Kindern bis drei Jahren durch Stärken- und Ressourcenförderung. Sie richten sich prinzipiell an alle Familien. Gegebenenfalls belastende Lebenssituationen werden enttabuisiert. So können Familien frühzeitig unterstützt werden. Familienhebammen und ehrenamtliche Familienpaten stehen Familien in akuten Überlastungssituationen nach Vermittlung durch Koordinationsstellen zur Verfügung. In Elterncafés besteht die Möglichkeit zu zwanglosem Austausch untereinander, wie auch mit einer Hebamme. Mit dem Angebot Guter Start werden Familien im Zusammenhang mit der Geburt eines Kindes im Matthias-Spital in Rheine beraten.

Unter den Geflüchteten, die in den letzten Monaten nach NRW gekommen sind bzw. noch kommen werden, sind zahlreiche Kinder, die einen Anspruch auf einen Betreuungsplatz haben und von den frühkindlichen Bildungsangeboten in der Kindertagesbetreuung profitieren sollen. Allerdings sind diese Kinder häufig traumatisiert, und es bestehen Sprachbarrieren. Auch für die Eltern ist eine Aufnahme des Kindes in einer Kindertageseinrichtung oder die Inanspruchnahme von Kindertagespflege kurz nach den Erlebnissen der Flucht zu Beginn noch nicht das richtige Angebot. Daher finanziert das Land zusätzliche Betreuungsangebote für Kinder aus Flüchtlingsfamilien, so genannte Brückenprojekte, und stärkt damit die Kommunen in ihrem großen Engagement zur Unterbringung, Versorgung und Integration der betroffenen Menschen. „Brückenprojekte“ sind niedrigschwellige Betreuungsangebote, die Kinder und ihre Eltern an institutionalisierte Formen der Kindertagesbetreuung heranführen und in denen die Kinder bereits während dieser Zeit gezielt und ihren spezifischen Bedürfnissen entsprechend gefördert werden.

Im Rahmen der Planung der Kindertagesbetreuung für das Kitajahr 2016/17 wurden die Mehrbedarfe entsprechend eingeplant, so dass für jedes Flüchtlingskind im Alter von drei bis sechs Jahren, das dem Jugendamt im Dezember 2015 namentlich von den Kommunen gemeldet wurde, ein Platz in einer Kindertageseinrichtung ab dem 01.08.2016 zur Verfügung steht. Für Flüchtlingskinder unter drei Jahren wurden ebenfalls vereinzelt Plätze in den Kindertageseinrichtungen eingeplant. Insgesamt stehen 155 Plätze für Ü3-Kinder und 48 Plätze für U3-Kinder zur Verfügung

## Leistungs- und Angebotsspektrum der Kreisverwaltung

- > Bereitstellung von Unterstützungsangeboten für Familien von der Geburt an
- > Quantitative Planung und qualitative Weiterentwicklung der Betreuungsangebote (Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege)
- > Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz
- > zeitnahe Versorgung angehender Schulkinder mit einem Kitaplatz (häufig als Überbelegung)
- > Brückenprojekte: In 13 Kommunen wurden niedrigschwellige Betreuungsangebote für Kinder in besonderen Lebenslagen in Form von Eltern-Kind-Gruppen initiiert.
- > Fortbildung zum Thema „Traumakompetenz für die Kinder- und Jugendarbeit“ am 19.04.2016 für Erzieherinnen, Erzieher und Tagespflegepersonen
- > Angebot von Kindertageseinrichtungen mit speziellen Ausrichtungen in Kooperation mit den entsprechenden Trägern wie Familienzentren, PLUSKitas bzw. Sprachförderkitas oder Bewegungs-Kitas
- > Entwicklung und Ausbau durchgängiger Sprachförderung sowie Zusammenarbeit mit den Eltern im Rahmen der Förderprogramme „Rucksack-KiTa“ und „Griffbereit“
- > Gesundheitsvorsorge in Kooperation mit den Kindertageseinrichtungen (Zahngesundheit)

### Weiterentwicklungen

- > Entwicklung mehrsprachigen Informationsmaterials für Eltern bezüglich der Möglichkeiten früher Hilfen sowie der Angebote von Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege
- > Ausweitung der Brückenprojekte auf alle Kommunen im Kreis
- > Einsatz von Betreuungspersonen, die Lotsenfunktion übernehmen
- > Regionale Ansprechpartner in den Kommunen als Mittler zu den Angeboten der Frühen Hilfen
- > Sprachkurse zur besseren Verständigung und sinnvollen Teilnahme von Familien ohne Deutschkenntnisse an Angeboten der Frühen Hilfen
- > Frühe Hilfen werden selbstverständlicher Bestandteil der Planung von bedarfsgerechter Infrastruktur in den Sozialräumen.
- > Ausweitung der Sprachförderprojekte in Kindertageseinrichtungen auf alle Kommunen im Kreis
- > Beratung, Unterstützung und Qualifizierung von Erzieherinnen und Erzieher im Bereich interkulturelle Öffnung durch das Kommunale Integrationszentrum
- > Unterstützung und Schaffung von Elternangeboten zur Interkulturalität

### Schulische Bildung

Im Schulgesetz wird die Aufgabe von Schule in NRW so beschrieben: „Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf seine wirtschaftliche Lage und Herkunft und sein Geschlecht ein Recht auf schulische Bildung, Erziehung und individuelle Förderung.“

An diesem Anspruch muss Schule sich messen lassen. Auch ist hier

deutlich formuliert, was zu gelingender Integration beiträgt. Schule hat die Aufgabe, für Chancengerechtigkeit zu sorgen und soziale Benachteiligungen auszugleichen. Wissenschaftliche Studien jedoch zeigen, dass in Deutschland Bildungschancen immer noch stark von der sozialen Herkunft abhängen. Es entsteht der Eindruck, dass sich die soziale Selektion in den ver-

gangenen Jahren sogar noch verschärft hat. Umso wichtiger ist die Erkenntnis, dass Schule allein dem umfassenden Bildungsauftrag nicht gerecht werden kann. Gelingende Bildungsbiografien von Kindern und Jugendlichen benötigen Vielfalt. Dazu sind intensive Kooperationsformen zwischen Schule und weiteren Bildungsakteuren erforderlich.

Der Aufbau von Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischen Bildungsakteuren erfolgt auf verschiedenen Ebenen. Bei der Gestaltung des offenen Ganztags an den Schulen der Primarstufe arbeiten Schule, Schulaufsicht, Schulträger und außerschulische Akteure wie beispielsweise Sport- und Musikvereine, Bibliotheken, Träger der Jugendhilfe auf lokaler Ebene vor Ort intensiv zusammen.

Die Gesamtgestaltung der Schullandschaft vor Ort unterliegt ebenfalls der Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden in Kooperation mit der Schulaufsicht. Sich verändernde rechtliche und tatsächliche Rahmenbedingungen haben jedoch gezeigt, dass eine überörtliche Kooperation zur Bewältigung von Herausforderungen zur Gestaltung der Schullandschaft erforderlich sein kann. Beispielhaft sei hier der kreisweite Prozess zur Umgestaltung der Förderschullandschaft genannt.

Dabei kommen freiwillige Kooperationen zum Tragen, die sich an dem gemeinsamen Interesse orientieren, eine Schullandschaft vorzuhalten, die dem Bildungsauftrag gerecht werden kann. Projekte im sportlichen, gesundheitlichen und kulturellen Bereich ergänzen das schulische Lernen und eröffnen den Kindern und Jugendlichen Möglichkeiten zur Begegnung mit Sport, Kunst und Kultur, unabhängig von Herkunft und sozialem Status.

In diesem Zusammenhang hat das Land NRW bereits unterschiedliche Kooperationsstrukturen mit den Kommunen entwickelt und institutionalisiert. Das zeigt sich insbesondere bei der Einrichtung der Regionalen Bildungsnetzwerke sowie der Kommunalen Integrationszentren. Das Regionale Bildungsnetzwerk Kreis Steinfurt begleitet nunmehr seit 2008 die Entwicklung der Bildung in der Region, entwickelt Angebote zur Stärkung der Schulen und bringt die regionalen Bildungsakteure miteinander ins Gespräch. Hier werden durch eine enge Kooperation mit schulischen und außerschulischen Bildungspartnern sowie der Schulaufsicht Unterstützungsangebote insbesondere für den Bereich der schulischen Bildung entwickelt. Mit der Abordnung von Lehrkräften bestärkt das Land NRW diese Aufgabenwahrnehmung sowohl beim Regionalen Bildungsnetzwerk als auch beim Kommunalen Integrationszentrum.

## Leistungs- und Angebotsspektrum der Kreisverwaltung

- > Organisatorische Unterstützung bei der Schaffung von außerunterrichtlichen Angeboten für Kinder ohne Deutschkenntnisse durch Schulsportgemeinschaften im Ausschuss für den Schulsport
- > Organisatorische Unterstützung bei der Durchführung von Sprachfeststellungsprüfungen zur Anerkennung der Herkunftssprache als zweiter Fremdsprache
- > Organisatorische Unterstützung zur Umsetzung des freiwilligen Angebots im Nachmittagsbereich sowohl für die Primarstufe als auch die Sekundarstufe I für den herkunftssprachlichen Unterricht
- > Im Rahmen seiner Schulträgerschaft für fünf Förderschulen und sechs Berufskollegs obliegt dem Kreis Steinfurt die Ausstattung der Schulen sowie in Kooperation mit der Schule die Umsetzung schulischer Konzepte.
- > An allen sechs Berufskollegs wurden zur Ausbildungsvorbereitung „Internationale Förderklassen“ für z. Zt. rd. 220 schulpflichtige Schülerinnen und Schüler eingerichtet, die an jedem Berufskolleg jeweils durch eine Stelle des Bundesfreiwilligendienstes unterstützt werden.
- > Insbesondere an den kreiseigenen Berufskollegs bieten Schulsozialarbeiter systemische Unterstützung für Schülerinnen und Schüler in Bezug auf schulische und außerschulische Problemlagen an.
- > Ein großer Teil der kreiseigenen Berufskollegs beteiligt sich an dem Projekt „Schule ohne Rassismus“.

- > An den Technischen Schulen Steinfurt wird in Kooperation mit der Kreishandwerkerschaft ein Pilotprojekt für nicht mehr schulpflichtige Zuwanderer mit Bleibeperspektive durchgeführt, das sich durch die Kombination von Unterricht und fachpraktischer Unterweisung auszeichnet.
- > Die Regionale Schulberatungsstelle des Kreises Steinfurt bietet Schülerinnen und Schüler, Eltern sowie Lehrkräften vertrauliche und sachkundige Beratung bei Problemen im Schulalltag. Das Angebot der Schulpsychologie umfasst Individualberatung sowie Systemberatung.
- > Angesichts der aktuellen Flüchtlingssituation bietet die Regionale Schulberatungsstelle des Kreises Steinfurt ergänzend eine Fortbildung zur Arbeit mit traumatisierten Kindern sowohl für interessierte Kollegien als auch schulübergreifend als Fortbildung für Lehrkräfte an.
- > Das Gesundheitsamt führt Schuleingangsuntersuchungen durch. Dabei sollen frühzeitig individuelle Förderbedarfe erkannt werden.
- > In Kooperation mit den Schulen führt das Gesundheitsamt auch Gesundheitsvorsorge im Bereich der Zahngesundheit durch.
- > Bei Seiteneinsteigern, also Schülerinnen und Schülern, die in andere als die Eingangsklassen eingeschult werden, führt das Gesundheitsamt die so genannten Seiteneinsteigeruntersuchungen durch, die in erster Linie die passgenaue Integration ins Schulsystem zum Ziel haben.
- > Das Regionale Bildungsnetzwerk unterstützt Schulen bei der Weiterentwicklung des Themas „Individuelle Förderung“ z. B. durch das Projekt „Vielfalt fördern“.
- > Das Regionale Bildungsnetzwerk bietet seit Jahren Unterstützung für Schulen im Bereich der Gewaltprävention. Gewaltprävention trägt zu einem positiven Schulklima bei und hilft, Rassismus entgegenzuwirken.
- > Das Regionale Bildungsnetzwerk bietet den Bildungsakteuren in der Region Formate zu Austausch und Weiterentwicklung aktueller Bildungsthemen an.
- > Das Regionale Bildungsnetzwerk unterstützt die Schulträger, gemeinsame Interessen zu beraten und umzusetzen. Beispiele dafür sind die Neugestaltung der Förderschullandschaft und die Kooperation zur Einrichtung von Willkommensklassen im Rahmen der so genannten Schulträgersgespräche.
- > Das Medienzentrum des Kreises Steinfurt stellt über 20.000 Medien kostenlos für Schulen und außerschulische Einrichtungen zur Verfügung. Durch die Bereitstellung entsprechender – auch bilingualer – Medien fördert das Medienzentrum intensiv das Lernen mit neuen Medien und greift auch aktuelle Themen wie z. B. Flucht und Migration auf. Für die Bereitstellung der Pädagogischen Landkarte im Internet sorgt das Medienzentrum zusätzlich für eine starke Vernetzung von schulischen und außerschulischen Lernorten.
- > Die Kulturförderung unterstützt die Kommunen bei der Durchführung des außerschulischen NRW-Landesprogramms „Kultur und Schule“. Besonders gefördert werden derzeit Projekte, die entweder im offenen Ganztage- und / oder im Primarbereich stattfinden oder den integrativen Aspekt und die Einbeziehung von Migrantinnen- und Flüchtlingskindern besonders berücksichtigen.

### Weiterentwicklungen

- > Das Regionale Bildungsnetzwerk baut das Angebot der Schulträgersgespräche zu einer Entwicklungsplattform für Schulentwicklung im Kreis Steinfurt aus.
- > Nach seiner Einrichtung wird das Kommunale Integrationszentrum die flächendeckende Beratung von Seiteneinsteigern in Kooperation mit der Schulaufsicht ausbauen und weiterentwickeln.
- > Das Kommunale Integrationszentrum bietet Qualifizierungsmaßnahmen für das gesamte pädagogische Fachpersonal – auch im Ganztage- und begleitet Schulen im Prozess der „Interkulturellen Öffnung“.
- > Das Kommunale Integrationszentrum berät und unterstützt Schülerinnen und Schüler bei Fragen in Bezug auf den schulischen Seiteneinstieg.

## Außerschulische und informelle Bildung

Der Erwerb von Bildung beginnt und endet nicht mit schulischem Unterricht. Bildung ist ein lebenslanger Prozess, der vielgestaltig in formellen, informellen und nichtformellen Zusammenhängen stattfindet. Gerade im außerschulischen Bereich und in der Gruppe der Gleichaltrigen erwerben Kinder und Jugendliche soziale und andere Kompetenzen, die für ihre Entwicklung wesentlich sind.

Außerschulische Jugendbildung umfasst den pädagogischen Handlungsbereich der Lebenswelten von Jugendlichen in Familie, Freizeit und Bildung. Nach §11 SGB VIII gehört die außerschulische Jugendbildung zu den Schwerpunkten der Jugendarbeit mit allgemeiner, poli-

tischer, sozialer, gesundheitlicher, kultureller, naturkundlicher und technischer Bildung. Sie ist gekennzeichnet durch vielfältige Strukturen und Formen und hohe Flexibilität, auch in der Fluktuation der Teilnehmer. Die Angebote sind freiwillig und von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern selbst- oder mitbestimmt, das Lernen ist auf Gruppen ausgerichtet und erfahrungsbezogen.

Informelles Lernen findet im Alltag, am Arbeitsplatz, im Familien- und Freundeskreis oder in der Freizeit statt. Es ist in Bezug auf Lernziele, Lernzeit oder Lernförderung nicht organisiert oder strukturiert. Informelles Lernen ist in den meisten Fällen aus Sicht des Lernenden nicht ausdrücklich beabsichtigt und

führt nicht zur Zertifizierung mit Bildungsberechtigung. Es werden jedoch sogenannte „soft skills“ wie soziale Kompetenzen erworben.

Non-formale Bildungsprozesse und informelle Lerngelegenheiten, die an den Interessen und Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen ausgerichtet sein sollen, finden hier ihren Raum. Außerschulische Jugendbildung ist gekennzeichnet durch vielfältige Strukturen und Akteure. Dabei spielen Jugendkulturformen und jugendlichen Lebenswelten und die Auseinandersetzung mit Ethnizität, jugendlichem Risiko- und Suchtverhalten, Interkulturalität und Migration, Gewalt und sozialer Benachteiligung eine große Rolle.

### Herausforderung

In der Kinder- und Jugendarbeit steht im Vergleich zur Schule weniger das „Beibringen“ und „Belehren“ der Kinder und Jugendlichen im Vordergrund, als vielmehr das selbstentdeckende Lernen, die partizipative und eigenständige Entwicklung von Meinungen, Haltungen und Werten, das nicht minutiös geplante Erlernen von Alltagskompetenzen unter Realbedingungen sowie das konkrete, aktivierende Tun, beispielsweise durch konkrete Verantwortungsübernahme. Hierbei erleben Jugendliche sich als selbstbestimmt („Ich entscheide, was ich einbringe.“), selbstwirksam („Ich kann etwas.“) und gesellschaftlich relevant („Ich werde gebraucht.“). Aufgabe der Kinder- und Jugendarbeit ist es, jungen Menschen unterschiedliche Möglichkeiten der aktiven und aktivierenden Teilnahme anzubieten.

### Leistungs- und Angebotsspektrum der Kreisverwaltung

- > Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit vor Ort ermöglichen Begegnungen von Kindern und Jugendlichen, fördern das gegenseitige Kennenlernen, bauen Berührungängste ab und geben Raum für die Entwicklung von Cliquen und Freundschaften.
- > Einige Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit unterstützen an Schulen eingerichtete Willkommensklassen und begleiten die Jugendlichen in deren Freizeit, damit diese sich leichter zurechtfinden und Deutsch im Alltag lernen und anwenden können.
- > Auf Verbands- bzw. Vereinsebene sind viele Sportvereine, Verbände von Sportvereinen oder Gemein-desportverbände in der Ansprache und Einbindung junger Geflüchteter aktiv, zum Teil durch Vorhalten besonderer Angebote, zum Teil durch besondere Bemühungen zur Aufnahme in bestehende Angebote und Gruppen. Der Kreis Steinfurt unterstützt dieses Engagement durch die Angebote der Sportförderung.
- > Der Kreis Steinfurt nimmt an dem bundesweiten Projekt „Jugendgerechte Kommune“ teil, in dem Partizipationsmöglichkeiten von und mit Jugendlichen entwickelt werden.
- > Mit dem „Kulturrucksack“ werden Kunst- und Kulturprojekte für alle 10- bis 14-Jährigen Kinder und Jugendliche gefördert. Der Kulturrucksack bietet Möglichkeiten zum Entdecken, Anhören, Zusehen, Mitmachen, Ausprobieren, Mitgestalten und zum Kreativwerden und fördert so durch das tatsächliche gemeinsame Tun und Erleben den integrativen Gedanken. Eine Sonderförderung ermöglicht den Gemeinden die Umsetzung von Projekten mit einem Schwerpunkt im Themenfeld Integration.

## Übergang Schule und Beruf

Damit allen Jugendlichen der Übergang von der Schule in den Beruf gelingt, hat das Land NRW mit dem Landesvorhaben „Kein Abschluss ohne Anschluss“ den Übergang von der Schule in den Beruf in NRW mit der Einführung eines landesweit verbindlichen Übergangssystems neu gestaltet. Es nimmt alle Schülerinnen und Schüler in den Blick und ermöglicht ihnen einen zielgerichteten Start in Ausbildung oder Studium. Für jeden ausbildungsfähigen jungen Menschen soll es eine verbindliche Ausbildungsperspektive geben, damit klare Wege für eine gute berufliche Zukunft geschaffen und die Fachkräfte von morgen gesichert werden. Ziel ist es, den jungen Menschen nach der Schule möglichst rasch eine Anschlussperspektive für Berufsaus-

bildung oder Studium zu eröffnen und durch ein effektives, kommunal koordiniertes Gesamtsystem unnötige Warteschleifen zu vermeiden. Das unter anderem mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Bundes geförderte Programm bezieht alle wesentlichen Akteure in die Umsetzung ein und verortet die Koordinierung des Prozesses auf der kommunalen Ebene.

Folgende inhaltliche Handlungsfelder sind definiert:

**1. Berufs- und Studienorientierung**  
Die Schüler sollen eigene Fähigkeiten und Interessen wahrnehmen und ausbauen, unterstützt von Eltern und anderen Wegbegleitern mit dem Ziel eine gute Berufs- und Studienorientierung zu erhalten.

**2. Übergangssystem Schule – Ausbildung/Studium**  
Warteschleifen oder Abbrüche auf dem Weg ins Berufsleben sollen durch frühzeitige und systematisierte Orientierung vermieden werden.

**3. Attraktivität des dualen Systems (Ausbildung in Betrieb und Berufsschule)**  
Die vielseitigen Möglichkeiten für junge Menschen in und nach einer dualen Berufsausbildung sollen beworben werden, auch um Nachwuchs für regionale Unternehmen zu sichern..



Bereits lange vor der Einführung der Landesinitiative gab es bereits eine Vielzahl von Berufs- und Studienorientierungsmaßnahmen auf unterschiedlichen Ebenen, die nun gemeinsam mit den Akteuren in der Region neu justiert und aufeinander abgestimmt werden müssen. Dazu sind umfangreiche Kommunikationsprozesse mit den Akteuren vor Ort wie Unternehmen, Schulen, Kommunen, Trägern und natürlich Schülerinnen und Schülern und Eltern erforderlich. Die Strategie der Landesinitiative stellt den Blickwinkel auf die individuelle Förderung jedes Jugendlichen in den Vordergrund. Daher sind neben den Standardelementen für alle Schülerinnen und Schüler auch zusätzliche Förderbausteine vorgesehen, die die Entwicklung der Schülerinnen und Schüler in den Blick nehmen und sie individuell unterstützen.

### Leistungs- und Angebotsspektrum der Kreisverwaltung

- > Mit der Umsetzung von „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAOA) werden ab dem Schuljahr 2016/17 verpflichtend für alle öffentlichen Schulen standardisierte Elemente in der Berufs- und Studienorientierung umgesetzt.
- > Das zdi-Zentrum Kreis Steinfurt fördert mit seinen Angeboten den naturwissenschaftlichen und technischen Nachwuchs und hat sich zum Ziel gesetzt, junge Menschen für einen Beruf oder ein Studium im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) zu begeistern.
- > Das zdi-Zentrum unterstützt die Entstehung nachhaltiger MINT-Strukturen entlang der Bildungskette, besonders jedoch die Berufs- und Studienorientierung.
- > Im Rahmen individueller Bedarfe fördern auch das Jobcenter und das Jugendamt Maßnahmen, die zur Erlangung der Ausbildungsreife beitragen.
- > Der Kreis Steinfurt bietet als Ausbildungsbetrieb verschiedene Formen von Berufsfelderkundungen und Praktika an.
- > Die kreiseigenen Berufskollegs unterstützen insbesondere unversorgte Jugendliche durch passgenaue Angebote bei der Erlangung von Schulabschlüssen und / oder der Ausbildungsreife.

### Weiterentwicklungen

- > Die Standardelemente werden in Kooperation mit den regionalen Partnern aber auch im Rahmen der NRW-weiten Qualitätsentwicklung der migrations-sensibel gestaltet.
- > Angesichts der aktuell steigenden Zahlen von jugendlichen Flüchtlingen im Schulsystem wird ab dem Schuljahr 2016/17 mit dem so genannten „KAOA-Kompakt“ eine besondere Förderung für Seiteneinsteiger eingeführt.

## Ausbildung / Studium

Nach der Schule schließt sich für die meisten jungen Menschen eine Berufsausbildung oder ein Studium an. Dabei stehen den jungen Menschen viele Fachrichtungen und Möglichkeiten offen.

Im nordrhein-westfälischen Ausbildungskonsens haben sich Landesregierung, die Organisationen der

Wirtschaft, die Gewerkschaften, die Arbeitsverwaltung und die Kommunen 1996 zusammengeschlossen mit dem Ziel der qualifizierten Ausbildung aller ausbildungsfähigen und -willigen Jugendlichen nach dem Motto: „Jeder junge Mensch in Nordrhein-Westfalen, der ausgebildet werden will, wird ausgebildet.“ Aus Sicht der Unternehmen

ist Ausbildung eine der erfolgversprechendsten Maßnahmen, um dem drohenden Fachkräftemangel vorbeugen zu können. Die regionale Umsetzung der Ziele aus dem Ausbildungskonsens erfolgt auf der Ebene der IHK-Bezirke in Zusammenarbeit der zuständigen Partnerorganisationen.

Auch bei der Aufnahme eines Studiums oder einer Berufsausbildung ist die Herkunft ein bestimmender Faktor. So studieren beispielsweise drei Viertel des Nachwuchses aus Akademikerhaushalten, aus Nichtakademikerhaushalten ist es nur ein Viertel. Aber auch bei der Suche nach Ausbildungsstellen gibt es Erfahrungen mit Ausgrenzung. Insbesondere junge Menschen mit Migrationshintergrund müssen oft deutlich länger nach einer Ausbildungsstelle suchen als Schulabsolventen mit vergleichbarem Abschluss ohne Migrationsgeschichte. Die Studie „Berufsausbildung junger Menschen mit Migrationshintergrund – eine repräsentative Befragung von Betrieben“ der Bertelsmannstiftung aus dem Jahr 2015 zeigt, dass mit knapp 70.000 Unternehmen nur rund 15 % aller Ausbildungsbetriebe einen oder mehrere Jugendliche mit Migrationshintergrund ausbilden. 60 % der Betriebe hingegen haben noch nie einem Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine Ausbildungsstelle gegeben.

### Leistungs- und Angebotsspektrum der Kreisverwaltung

- > jobcenter Kreis Steinfurt: Unterstützungsangebote für junge Menschen aus dem Jobcenter-Leistungsbezug bei der Vermittlung und Begleitung ins Berufsleben
- > Abdeckung des schulischen Teils der Ausbildung im dualen System durch die Berufsschule an den kreiseigenen Berufskollegs
- > Im Rahmen der Landesinitiative „Kein Abschluss ohne Anschluss“ beschäftigen sich die regionalen Partner intensiv mit der Frage der Attraktivierung des dualen Systems, wobei auch Aspekte von Chancengleichheit berücksichtigt werden.
- > Der Kreis Steinfurt bildet in verschiedenen Berufen selbst aus und trägt so zur Leistungsfähigkeit und zur Gewinnung von Fachkräftenachwuchs in der Region bei.

### Weiterentwicklungen

- > Enge Kooperation der Partner für Ausbildung in der Region
- > Sensibilisierung der Wirtschaft für die Chancen und Bereicherungen der Arbeitswelt durch gelebte Vielfalt, Darstellung von Good-Practice Beispielen in den Gremien der Wirtschaftsförderung
- > Abbau von Einstellungshemmnissen für junge Menschen aus bildungsfernen Milieus
- > Steigerung des Bekanntheitsgrades und der Attraktivität der Kreisverwaltung als Arbeitgeber bei Bewerberinnen und bewerber mit Migrationshintergrund

## INTEGRATION IN DEN ARBEITSMARKT

In Deutschland liegt die Arbeitslosenquote derzeit bei 6,3 %<sup>3</sup>, in NRW sind es 7,9 % und im Kreis Steinfurt 4,6 %. Auf den SGB-II-Bereich des Jobcenters Kreis Steinfurt entfallen 3,2 % und auf den SGB-III-Bereich der Agentur für Arbeit Rheine entfallen 1,4 %. Die Lage auf dem

Arbeitsmarkt ist also gut. Gleichzeitig wird auch im Kreis Steinfurt der drohende Fachkräftemangel über kurz oder lang spürbar werden. Erste Branchen bekommen die Auswirkungen des demografischen Wandels bereits zu spüren. Umso wichtiger sind daher gezielte, langfristige Strategien, um ausreichend Arbeitskräfte mit den benötigten

Qualifikationen für die Region gewinnen zu können.

Neben dem Thema Ausbildung spielt dabei die Unterstützung von Menschen in den Arbeitsmarkt, die bisher aus verschiedenen Gründen nicht gelungen ist, eine große Rolle. Gefordert sind hier insbesondere die wirtschaftlichen Akteure wie die Unternehmen selbst, aber auch die Kammern und Verbände.

<sup>3</sup> Alle angeführten Arbeitslosenquoten beziehen sich auf Stand Mai 2016

### Herausforderung

Vor diesem Hintergrund muss zunächst die Frage nach Integrationshemmnissen gestellt werden. Das können in Bezug auf Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund sprachliche Barrieren sein. Integration funktioniert, wenn sie schnell beginnt, wenn Zuwanderer rasch passende Bildungsangebote bekommen, beginnend mit Sprachkursen, und wenn sie Gelegenheit zum Arbeiten erhalten. Daher sind alle Beteiligten gefordert, die notwendigen Angebote bereit zu stellen und möglichst allen Menschen die Aufnahme von Arbeit zu erleichtern. In diesem Zusammenhang ist wichtig, nicht verschiedene am Arbeitsmarkt benachteiligte Gruppen gegeneinander auszuspielen, sondern auf die individuellen Ressourcen und Bedarfe der Menschen zu blicken und idealerweise passgenaue Vermittlungs-, Qualifizierungs- und Begleitungsangebote zu erstellen

### Leistungs- und Angebotsspektrum der Kreisverwaltung

- > Jobcenter Kreis Steinfurt: Unterstützungsangebote für Menschen aus dem Jobcenter-Leistungsbezug bei der Vermittlung und Begleitung ins Berufsleben
- > Mit der WEST mbH bietet der Kreis Steinfurt den Unternehmen in der Region Beratung und Unterstützung auch in Bezug auf die Gewinnung von Fachkräften an.
- > Der Kreis Steinfurt ist ein großer Arbeitgeber in der Region und bietet Stellen in unterschiedlichen Bereichen an.
- > Informationsbroschüre der Gleichstellungsstelle zum Thema „Der Mini-Job – Da ist mehr für Sie drin!“ mit mehrsprachigen Informationen zum Arbeitsrecht
- > Neben den bereits etablierten Beratungsstrukturen entwickelt das Jobcenter aktuell eine gezielte Beratungs- und Integrationsstrategie für die anerkannten Asylbewerberinnen und Asylbewerber und Flücht-

linge mit Bleiberechtigterperspektive im SGB II. Hierzu werden Spezialvermittlerinnen und Spezialvermittler mit besonderer Sprach- und interkultureller Kompetenz eingestellt. Oberste Priorität hat zunächst die Herstellung der Sprachfähigkeit der Zielgruppe und daran anschließend die Vorbereitung auf den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Bereits vorhandene Netzwerkstrukturen werden optimiert und in diesem Zusammenhang auch die Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit intensiviert. Zusätzlich entwickelt das Jobcenter zusätzliche neue Angebote für die Zielgruppe. Durch die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Sprachkursträgern sollen die vorhandenen Angebote hinsichtlich ihrer Auslastung optimiert werden. Da diese Maßnahmen grundsätzlich mit zusätzlichem Personal unter Ausschöpfung zusätzlicher Bundesmittel erbracht werden, ist sichergestellt, dass die übrigen Langzeitarbeitslosen im SGB II im Hinblick auf ihre Förderungsmöglichkeiten nicht beeinträchtigt werden.

### Weiterentwicklungen / Ziele

- > Ausbau der engen Kooperation der Arbeitsmarkt-beteiligten in der Region
- > Unterstützung der Wirtschaft bei der Gewinnung gut qualifizierter Fachkräfte
- > Steigerung der Attraktivität des Kreises Steinfurt als Arbeitgeber

## Berufliche und persönliche Weiterbildung

Weiterbildung, auch Erwachsenenbildung, wird definiert als „Fortsetzung oder Wiederaufnahme organisierten Lernens nach Abschluss einer unterschiedlich ausgedehnten ersten Bildungsphase“ und ist heute weitgehend kooperativ gestaltet. Dabei wird unterschieden zwischen „Weiterbildung“, die über das eigene

Fach hinaus geht und „Fortbildung“, die im eigenen Fach weiterführt.

Weiterbildung sind somit alle Aktivitäten, die der Vertiefung, Erweiterung oder Erneuerung von Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten von Menschen dienen, die eine erste Bildungsphase abgeschlossen ha-

ben und in der Regel erwerbstätig waren oder in der Familie gearbeitet haben. Fortbildung hingegen bezieht sich einschränkend auf ergänzende und fortlaufende Ausbildung in einem erlernten Beruf, beispielsweise das Erlernen einer zusätzlichen Methode oder die Ausbildung zum Meister oder Techniker.

### Herausforderung

Bildung ist ein lebenslanger Prozess. Soll Bildung also gut und chancengerecht gestaltet werden, so gilt es die Stärken aller Bildungsbereiche einzubeziehen, die für die Bildungsbiografie eine Rolle spielen. Mit ihren vielfältigen Angeboten in allen Lebensbereichen ist die öffentlich verantwortete Weiterbildung NRW ein wichtiger Partner. Vor Ort engagieren sich viele öffentliche und private Träger in den unterschiedlichsten Feldern persönlicher und beruflicher Weiterbildung. In besonderer Weise und langer Tradition bieten die Volkshochschulen, die in der Regel von den Städten oder Gemeinden bzw. Zweckverbänden getragen werden, regional orientierte Angebote an.

Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Dieser Satz weist auf die Unabdingbarkeit gelingender Kommunikation in unserem Leben hin. Dabei sollte die gelebte Mehrsprachigkeit in Migrantenfamilien unter dem bereichernden Blickwinkel individueller Ressource betrachtet und die gesprochene Familiensprache nicht als Integrationshindernis verstanden werden. Das Erlernen von Alltags- oder Bildungssprache erfordert unterschiedliche pädagogische Konzepte. Ziel muss sein, eine durchgängige Sprachförderung für Einwanderinnen und Einwanderer und ihre Kinder zu etablieren und Sprachlernprozesse von der Familie über Kindergarten, Schule, bis hin zu Aus- und Weiterbildung bewusst zu gestalten.

Seniorenbildung wird im Allgemeinen der Geragogik – also der Lehre über den Alterungsprozess und den Lebensabschnitt Alter – zugeordnet, deren Ziele unter anderem die Aktivierung von Ressourcen, die Kompensation von Defiziten, der Erhalt der körperlichen und psychischen Leistungsfähigkeit älterer Menschen und die Befähigung alter Menschen zu einer selbstbestimmten, Lebensqualität erhaltenden Lebensführung sind. Angesichts der demografischen Entwicklung wird dieser Bereich in den kommenden Jahren weiter zunehmen.

## Weiterentwicklungen

- > Umsetzung des vom Ministerium für Schule und Weiterbildung (MSW) geförderten Projekts „Weiterbildung als Akteur in Regionalen Bildungsnetzwerken“
- > Verstärkte Kooperation des Regionalen Bildungsnetzwerks mit den Weiterbildungsakteuren
- > Kooperation des Kommunalen Integrationszentrums insbesondere mit den Anbietern von Sprachbildung zur Förderung der Integration von Menschen ohne Deutschkenntnisse

# AUSBLICK

## Auftaktkonzept Integration - und was nun?

Das vorliegende Konzept erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Es kann und will nur einen Auftaktimpuls zur verantwortungsvollen Auseinandersetzung mit dem breiten Themenfeld Integration anbieten. Gleichzeitig zeigt es Handlungsspielräume der Kreisverwaltung auf und bringt diese in die gesellschaftliche Diskussion ein. Das bewusst als Auftaktkonzept bezeichnete Papier verlangt in der folgenden Auseinandersetzung einen kritischen Blick auf den hinter uns liegenden Weg, eine offene und konstruktive Wahrnehmung der derzeitigen Situation und einen mutigen Geist zur nachhaltigen und tragfähigen Gestaltung einer zukünftigen lebensbejahenden und wertschätzenden Gesellschaft. Das Auftaktkonzept ist bewusst von Offenheit geprägt und lädt zur aktiven Mitwirkung unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen und einzelner engagierter Bürgerinnen und Bürger ein.

Integration ist ein kontinuierlicher Prozess, der nur dann lebendige Wirkung entfalten kann, wenn alle sich beteiligen. Diese Beteiligung von Menschen, gesellschaftlichen und politischen Akteuren und Verantwortungsträgern muss der nächste Schritt sein. Der Kreis Steinfurt lädt mit dem Auftaktkonzept ein, einen gemeinsamen Dialog in der Region zu führen und die Herausforderungen einer zukunftsfähigen Gestaltung unserer Gesellschaft gemeinsam anzunehmen. Er wird im Rahmen seiner Möglichkeiten aktiv Beteiligungsprozesse anstoßen.

Integration ist nicht in erster Linie Verwaltungsaufgabe und kann nicht allein durch die Institutionen geschafft werden. Integration lebt von der gemeinsamen Gestaltung im aktiven Tun und Miteinander und im offenen Dialog. Den Dialog mit den politischen Parteien und Gremien, mit den Vertreterinnen und Ver-

treter von Verbänden, Kirchen und Vereinen suchen und führen ist der nächste Schritt zur Konkretisierung des Auftaktkonzepts Integration. Dieses Konzept ist eine Einladung an alle, sich in den Prozess einzubringen und gemeinsam Integration im Kreis Steinfurt zu leben und erlebbar zu machen.

Integration ist unsere gemeinsame Zukunftsaufgabe. Dieser stellen wir uns gerne, weil gelebte Vielfalt die Chance für eine tolerante und an gleichberechtigter Teilhabe aller Menschen orientierte Gesellschaft ist, die aktiv an der Beseitigung von Vorurteilen und Stereotypen jeglicher Art mitarbeitet und so Rassismus und Ausgrenzung keine Chance gibt.



## Impressum

Kreis Steinfurt  
Landrat Dr. Klaus Effing  
Tecklenburger Str. 10  
48565 Steinfurt

Telefon: +49 02551 / 69-0  
E-Mail: [post@kreis-steinfurt.de](mailto:post@kreis-steinfurt.de)  
Internet: [www.kreis-steinfurt.de](http://www.kreis-steinfurt.de)

## Impressum

### Herausgeber

Kreis Steinfurt | Der Landrat  
Kommunales Integrationszentrum  
Tecklenburger Str. 10  
48565 Steinfurt  
Tel. 02551 69-0  
[www.kreis-steinfurt.de](http://www.kreis-steinfurt.de)

Lilli Schmidt  
02551 69-2173  
[schmidt@kreis-steinfurt.de](mailto:schmidt@kreis-steinfurt.de)

### Stand: März 2017

1. Auflage



### Moderation und Redaktion

Institut für Geographie  
Westfälische Wilhelms-Universität Münster  
Prof. Dr. Paul Reuber  
Imme Lindemann, M.Sc. Geographie

Titelfoto: © Lindemann | Institut für Geographie



